

Stenographischer Bericht

Enquete Landtag Steiermark „Klimaschutz“

XV. Gesetzgebungsperiode – 27. Februar 2008

Beginn der Enquete: 10:04 Uhr

Präsident: Hohes Haus!

Ich eröffne hiermit die Enquete des Landtages Steiermark in der XV. Legislaturperiode zum Thema „Klimaschutz“.

Ich begrüße alle Erschienenen, im Besonderen

- die Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung,
 - Frau Landesrätin Mag. Kristina Edlinger-Ploder, die auch in Vertretung des Herrn 1. Landeshauptmannstellvertreter Schützenhöfer unter uns ist, der erkrankt ist, herzlich willkommen.
 - Ich begrüße weiters Herrn Landesrat Ing. Manfred Wegscheider und
 - Herrn Landesrat Hans Seitinger
- die Abgeordneten zum Landtag Steiermark sowie
- die Referentinnen und Referenten in der Reihenfolge der gehaltenen Referate:
 - Ich begrüße Univ.- Prof. Dr. Gottfried KIRCHENGAST anstelle des im Tagungsprogramm vorgesehenen Herrn Dr. Scheer, der leider verhindert ist und begrüße weiter
 - Herrn DI Wolfgang JILEK
 - Herrn DI Dr. Adolf GROSS
 - Frau Mag. Andrea GÖSSINGER-WIESER
 - Herrn DI Gotthard FRESACHER
 - Herrn Dr. Heinz KOPETZ
 - Herrn DI Herbert KASSER
 - Herrn DI Martin BLUM
 - Herrn DI Dr. Max OBERHUMER
 - Herrn DI Mag. Herbert LECHNER
 - Herrn Wolfgang PEKNY
- und alle geladenen Teilnehmer sowie alle bisher noch nicht genannten anwesenden Damen und Herren. Und jetzt kann der Applaus einsetzen! (*Beifall*)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, erlauben Sie mir einleitende Gedanken zum Thema „Klimaschutz“ anlässlich dieser Enquete:

„Lassen Sie uns alles daransetzen, dass wir der nächsten Generation, den Kindern von heute, eine Welt hinterlassen, die ihnen nicht nur den nötigen Lebensraum bietet, sondern auch die Umwelt, die das Leben erlaubt und lebenswert macht.“

Dies hat einmal gesagt Richard von Weizsäcker, der deutsche Bundespräsident. Meine sehr verehrten Damen und Herren, diese Worte haben mich zu meinen einleitenden Worten inspiriert. Die Welt verändert sich - es gibt inzwischen keinen Zweifel mehr, dass der Klimawandel im Gange ist.

Der Klimawandel ist die wichtigste globale Herausforderung unserer Zeit. Hitzewellen, Dürren, schwere Stürme und Überschwemmungen nehmen zu - und bringen enorme Schäden und Kosten mit sich. Auch Österreich bleibt davon nicht verschont – man denke nur an die furchtbare Flutkatastrophe im Jahr 2002 oder an die Orkanstürme „Kyril“ oder „Paula“, welche auch in der Steiermark Spuren der Verwüstung zogen. Obwohl solche Einzelereignisse nie mit letzter Bestimmtheit dem Klimawandel zugerechnet werden können, geben sie doch einen deutlichen Hinweis darauf, dass wir die Verantwortung für unsere Umwelt und einen schonenden Umgang mit den natürlichen Ressourcen ernst nehmen müssen.

In Zukunft wird es unsere Aufgabe sein zu versuchen, den Klimawandel im verträglichen Rahmen zu halten, indem wir den Klimaschutz und das Kyoto-Protokoll weiterentwickeln und einhalten.

Mit Unterzeichnung des Kyoto-Übereinkommens hat sich Österreich verpflichtet, die CO₂-Emissionen zwischen 2008 und 2012 um zumindest 13% gegenüber dem Jahr 1990 zu senken. Aufgrund einer Absichtserklärung des Europäischen Rates im März 2007 ist nach 2012 mit einer Reduktionsverpflichtung von 20% bis 2020 auszugehen. Im Jahr 2005 lagen diese Emissionswerte in Österreich um 18% über dem Basisjahr und 36% über dem Kyoto-Ziel. Die Quelle daraus ist der 8. Umweltkontrollbericht; Berichtszeitraum 2003 - 2006. Die wesentlichen Verursacher waren Verkehr, Industrie, Energieaufbringung sowie Raumwärme und sonstiger Kleinverbrauch.

Bei einem zu erwartenden globalen Temperaturanstieg von mehr als 2 Grad Celsius sind großräumige Störungen der Biosphäre und unseres Wasserhaushaltes, wie auch eine noch stärkere Zunahme extremer Wetterphänomene zu erwarten.

Der Klimaschutz steht auch auf der internationalen Agenda ganz oben, unterstrichen wird seine Dimension durch die Verleihung des Friedensnobelpreises im Dezember 2007 an den Weltklimarat und Al Gore. Die Preisträger hätten das Wissen über den vom Menschen verursachten Klimawandel vergrößert und die Grundlagen dafür gelegt, die Veränderungen zu bekämpfen, erklärte das Komitee seine Entscheidung.

Der Klimawandel birgt viele Risiken, aber auch große Chancen - gerade im Hinblick auf die Entwicklung innovativer Technologien. Sowohl in der Klimaforschung als auch in der Klimapolitik liegt in den nächsten Jahren ein deutlicher Schwerpunkt.

In diesem Sinne wird diese Enquete zum Thema „Klimaschutz“ als weiterer Kieselstein beim Bau eines Weges zu einer gesunden und lebenswerten Umwelt beitragen. Es werden wichtige Informationen weiter getragen und ausgetauscht.

Versuchen wir unseren Kindern und Kindeskindern eine Welt zu hinterlassen, die nicht krank macht und lebenswert bleibt – das und nur das ist eigentlich unsere Pflicht und Aufgabe!

Meine Damen und Herren! Bevor ich nun in die Enquete eingehe, darf ich herzlich einen langjährigen Arbeiter oder Diener dieses Hauses begrüßen, unseren Landesrat Günther Dörflinger, der heute als Vorstandsdirektor auch der Energie Steiermark hier ist. Ich darf dich recht herzlich begrüßen, lieber Günther, und freue mich, dass du dich heute so intensiv für unsere Klima-Enquete interessierst. Herzlich willkommen! (*Beifall*)

Mein Damen und Herren! Die Enquete ist gemäß § 72 Abs. 6 GeoLT 2005 öffentlich. Sie ist die vierte Enquete in der laufenden XV. Gesetzgebungsperiode und wurde von den Abgeordneten der SPÖ-Fraktion am 12. Juni 2007 beantragt.

Zwecks Vorbereitung der heutigen Enquete wurde im Ausschuss „Umwelt“ am 26. Juni 2007 ein Unterausschuss mit Vertreterinnen und Vertretern aller Fraktionen eingerichtet.

Die Beratungen des Unterausschusses am 12.09., 04.12. und 20.12. 2007 führten zum heutigen Tagungsprogramm. Dieses wurde in der Landtagssitzung am 15. Jänner 2008 einstimmig beschlossen.

Für die elf Referate ist eine Redezeit von jeweils 10 bzw. 20 Minuten vorgesehen. Im Anschluss an das Referat von Herrn Dipl.-Ing. Martin Blum freue ich mich sehr, Sie zu einem Mittagsempfang in den Rittersaal einladen zu dürfen. Nach den Statements der nominierten Abgeordneten der Landtagsklubs findet eine 20-minütige Kaffeepause statt.

Den Landesräten, den nominierten Abgeordneten zum Landtag Steiermark, den Referentinnen und Referenten sowie den Teilnehmerinnen und Teilnehmern, die von den eingeladenen Organisationen entsandt bzw. von den Landtagsklubs nominiert wurden, steht beschlussgemäß ein Rederecht zu. Ich ersuche jene Damen und Herren, die von ihrem Rederecht Gebrauch machen wollen, das in der Sitzungsunterlage enthaltene Formular auszufüllen und bei der stellvertretenden Direktorin des Landtages Steiermark abzugeben, die zu meiner Rechten sitzt.

Ich weise darauf hin, dass allen oben erwähnten Personen eine Redezeit von je fünf Minuten zusteht.

Wir kommen nun zum **1. Referat**, meine Damen und Herren, **zum Thema „Herausforderung Klimaschutz“** von Herrn Univ.-Prof. Dr. Gottfried Kirchengast. Univ.- Prof. Kirchengast ist der Leiter des Wegener Zentrums für Klima und Globalen Wandel an der Karl Franzens Universität.

Einleitend darf ich einige Details aus dem Lebenslauf von Herrn Univ.-Prof. Dr. Gottfried Kirchengast verlesen:

- Studium Physik, Geophysik und Meteorologie an der Universität Graz.
- Seit 1996 Leiter der von ihm gegründeten Forschungsgruppe für Atmosphärenfernerkundung und Klimasystem und erhielt 1998 den renommierten START-Preis (1.1 Mio. Euro Forschungsgeld)

- Seit 2002 wissenschaftlicher Leiter einer in Vorbereitung befindlichen europäischen Klimasatellitenmission.
- 2003 Berufung als Universitätsprofessor auf den traditionsreichen Grazer Lehrstuhl für Geophysik (Gründungsinhaber Alfred Wegener, 1924-1930)
- Seit 2005 Leiter des von ihm initiierten interdisziplinären Wegener Zentrums für Klima und Globalen Wandel an der Universität Graz.
- 2006 erhielt er den nur alle vier Jahre vergebenen GRAWE-Award für Wissenschaft für seine Forschungstätigkeit zum Thema Klimawandel.

Herr Universitätsprofessor, ich ersuche Sie nunmehr um Ihre Ausführungen.

Univ.-Prof. Dr. Gottfried Kirchengast: Sehr geehrter Herr Landtagspräsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Vielen Dank für die Einladung, die ich sehr kurzfristig am Montag erhalten habe, gestern war ich noch in Wien. Ich gehe in medias res, wir haben beim Klimawandel zwei Betrachtungsweisen: „Wir sind mitten im Klimawandel“ ist die eine – da geht es also um die globale Erwärmung, im Kern was wir heute behandeln – und „Wir brauchen Klimawandel“ ist die zweite, in einem anderen Sinne, gesellschaftlich, politisch gedacht.

Die „Herausforderung Klimaschutz“ – mein Redethema – habe ich hier in zwei Begriffe geteilt, den Klimaschutz an sich und auch nicht zu vergessen die Anpassung an das Klima, die ich für wichtig halte, separat dazu zu nennen und nicht einfach unter dem Wort Klimaschutz zu subsumieren. Um die zwei Begriffe kurz zu erläutern:

„Klimaschutz“ ist der Begriff, dass wir uns fragen, wie können wir unsere klimawichtigen Emissionen, den Ausstoß von Treibhausgasen vermindern, um die globale Erwärmung einzubremsen? Es geht also um „Verminderung von Treibhausgasen“, was ich oft bildhaft beschreibe, in dem ich frage, wie können wir versuchen, die Erde auf max. 38° Fieber zu halten und nicht auf 40° oder mehr Fieber ansteigen zu lassen?—im Vergleich mit der menschlichen Körpertemperatur die etwa bei 36° liegt. Darum geht es also beim Klimaschutz: „Emissionsminderung“.

„Klimaanpassung“ heißt, was machen wir in Antwort auf den schon im Gang befindlichen und unvermeidlich weiter sich verstärkenden Klimawandel? Also in Antwort auf die Klimaänderungen, die schon vorgehen und die in den nächsten Jahrzehnten weiter zunehmen werden.

Die Fragen dazu sind, was den Klimaschutz betrifft, aus meiner Sicht zunächst in diesem Rahmen: „Was können wir in der Steiermark beitragen?“ Das ist ja ein weltweites Problem. „Wie können wir die Herausforderung, die das zweifellos ist, als Chance gestalten?“ Ich werde mir vielleicht 3 Minuten für die Herausforderung nehmen, um die zu skizzieren. „Wie können wir die als eine Chance gestalten?“ Das muss pro-aktiv geschehen, wenn wir das wollen. Und das wichtigste, darauf werde ich das meiste Augenmerk legen, wenn ich im Hauptteil zu 5 Herausforderungen komme bzw. zu 5 Dimensionen der Herausforderung Klimaschutz: „Wie schaffen wir das, als eine Gesellschaft geführt von politischem Handeln?“ „Wie schaffen wir das, den nötigen Beitrag als Steiermark zu diesem

weltweit notwendigen Klimaschutz zu leisten?“ Es gibt dabei ein paar Knackpunkte, auf die es wichtig ist hinzuweisen.

Was die Klimaanpassung betrifft sind die Fragen „Wie können wir in der Steiermark zunächst herausfinden, was sind unsere verwundbarsten Lebens- und Wirtschaftsbereiche?“, „Wie sind die Zeitziele, die Zeitpläne, die Investitionen die wir brauchen, allfällige Hilfestellungen, die private Bereiche aus dem öffentlichen Raum brauchen, um sich an den voranschreitenden Klimawandel anzupassen?“ Auch hier ist also die Frage dahinter: „Wie schaffen wir konkret für unseren steirischen Lebensraum diese Anpassungen?“

Nach dieser Erklärung des Themas „Herausforderung Klimaschutz und Klimaanpassung“ noch ein letztes Einführungswort: Einige von Ihnen werden am Montag in der Kleinen Zeitung einen Artikel gelesen haben, der zurückgeht auf ein Gespräch im Sommer 2007, das ich mit Herrn Engele von der Kleinen Zeitung geführt habe. Da war ein schönes Bild – so eine Art Sommer unter Palmen – und da stand dann, als Zitat von mir, Gottfried Kirchengast, Klimaforscher: „Der Kleinmut unserer Politiker ist der Grund, dass wir im Klimaschutz so weit hinten sind.“ Ein bisschen differenzierter schon, das war doch etwas platt, eine Seite vorher: „Den Kleinmut unserer Politiker sehe ich als Hauptgrund“. So stand das dort.

Was mir wichtig ist dazuzusagen, ist, dass meine persönliche Überschrift dazu in dem Zeitungsartikel unterging. Meine Überschrift – oder mein Credo – wenn es um das politische Handeln im Bereich Klimaschutz geht, heißt „Politikerinnen und Politiker brauchen Ermutigung.“, d.h. mein Schluss aus dem vielleicht vorherrschenden Kleinmut ist „Politikerinnen und Politiker brauchen Ermutigung“. So wie wir alle, wenn wir im beruflichen oder privaten Bereich mit allerlei Schwierigkeiten – wirklichen, aber auch Kinkerlitzchen – konfrontiert sind. Ermutigung ist, glaube ich, ein wichtiges Wort, und zur Ermutigung gehört insbesondere, doch unseren Verstand gut zu gebrauchen – so wie es im Roman „Der Name der Rose“ von Umberto Eco heißt „Lerne deinen Verstand zu gebrauchen“. Dahinter stehen neben Vernunft auch Werte, und weg vom Kleinmut auch zu einem gewissen Führungsverhalten zu kommen. Ich komme in der Analyse der Herausforderung dazu, aber ich möchte wirklich das was ich hier sage unter diesen Titel „Ermutigung“ stellen. Ich hatte auch einleitend zu jenem Artikel gesagt, schreiben Sie ganz zuerst, es geht um Mut und Tatkraft, und dass wir es schaffen können, und erst dann von der Größe der Herausforderung und der Gefahr; das kam dann auch nicht vor.

Nach diesem letzten Einführungswort jetzt eine kurze Skizzierung der Herausforderung Klimawandel. Hier gibt es zur Hintergrundinformation Präsentations-Folien, die ich nicht bespreche, die sind als Anhang gedacht für eine schriftliche Kurzunterlage, die als Nachlese verfügbar ist. Ich beschränke mich hier auf eine kurze Zusammenfassung der Fakten, der Weltklimabericht 2007 des IPCC hat das ja sehr gut als Ergebnis einer großen Gruppe vorgelegt und wir Wissenschaftler aus der Steiermark waren ja auch als aktive Mitwirkende dabei.

Die Wirkungskette von Treibhausgasemissionen, die wir zunehmend verursachen, über den Treibhauseffekt bis hin zu den Klimaauswirkungen können wir heute im Feber 2008 als ein Faktum

ansehen. Ich sage das deswegen hier so ausdrücklich, weil es ganz natürlich ist im politisch-öffentlichen Raum, dass, wenn sich Fakten aus der Wissenschaft heraus, aus der vernunftmäßigen Begründung heraus, sehr stark erhärten, dass dann auch Instrumentalisierungen unterschiedlichster Art stattfinden. Dass es zum Beispiel ein die Fakten verzerrendes Buch gibt von Björn Lomborg, oder jetzt von Vaclav Klaus, oder viele andere skeptische Meinungsäußerungen. Das ist einerseits zwar wichtig um in der Debatte noch Details abzuklären. Andererseits ist es trotzdem und vor allem wichtig, dass man die „Spreu vom Weizen“ oder den „Nebel von den klaren Bildern“ trennt und klar erkennt: was wir hier noch ein bisschen an „Scharmützeln“ haben, wie sich im Detail da und dort Auswirkungen einstellen werden, ändert nichts am wissenschaftlichen Grundfaktum, dass der von uns Menschen verursachte Klimawandel unumstößlich im Gange ist. Dass die Grundphysik, die Grundtatsachen verstanden sind. Dass es ganz klar im Bereich des Klimaschutzes darum geht, die Emissionen zu mindern. Dass es letztlich notwendig ist einen von zwei Wegen zu gehen, Klimastabilisierung oder unabsehbare Risiken.

Es werden in diesem Jahrzehnt, in diesem kommenden, nächsten Jahrzehnt die Weichen gestellt, ob letztlich unser Klimasystem der Erde eine Stabilisierung finden wird, mit größerer Wahrscheinlichkeit, oder aber ob es in eine Richtung geht, wo wir die Folgen jetzt noch gar nicht absehen können. Das Entscheidende ist also: aus dem Naturgeschehen hinter dem Thema Klimaschutz ergibt sich klar „Handeln ist jetzt und beherzt erforderlich“, weil Klimaprozesse träge sind, weil die Prozesse auch unaufhaltsam sind; nur so können wir Langfristwirkungen hintan halten. Das ist schon alles, was ich als Hintergrundinformation zu diesem Thema hier sage.

Wir haben also mittlerweile die Notwendigkeit des Klimaschutzes und der Anpassung als ein Faktum vorliegen. Ich ermutige Sie also, wenn Sie Unsicherheiten haben in diesem Bereich von differenzierten Fragen, wie genau ist das jetzt mit dem Kenntnisstand der Klimawissenschaft, der Klimaforschung: Fragen Sie nach, schauen Sie nach und suchen Sie differenzierte Antworten. Widerstehen Sie gleichsam der Instrumentalisierung, die halt aus einem eher, sage ich einmal, „groben“ politischen Tagungsgeschäft kommt, aber sicher nicht ernst nimmt, was derzeit schon als wirklich hoher Kenntnisstand zum Klimawandel vorliegt.

Ich wende mich damit den Herausforderungen beim Klimaschutz zu. Als Archetyp oder als Hintergrundbild habe ich hier diese Präsentations-Folie gewählt „Österreich und das Kyoto-Ziel“, aus einer kleinen Publikation des Wegener Zentrums, wo man die bekannte Schere zwischen Soll- und Ist-Emissionen sieht, die unmöglich zu schließen ist: Österreich kann – realistisch betrachtet – mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit sein Kyoto-Ziel nicht mehr erreichen. Es gibt aber andere wichtige Ziele, die sehr wohl erreicht werden können. Was sind nun die eingangs erwähnten 5 Herausforderungen, wo ich auf die 5. den größten Wert legen werde?

Das Erste ist die Wissenschaftliche Herausforderung. Da sind Leute wie wir am Wegener Zentrum und viele, viele andere auf der Welt gefragt. Es gibt hier für die Entwicklung vernünftiger, stimmiger Maßnahmenpakete, auch von Ihrer politischen Seite, viele Fragen zu bearbeiten und zu lösen. Das ist ganz klar. Es gibt hier, was die Klimaanpassung betrifft, und ebenso was eine gute, eine kompakte,

eine stimmige Vorgangsweise beim Klimaschutz betrifft, viel Forschungsbedarf. Dass man plant, wie komme ich zu einem Ziel 2020/2030 über eine vernünftige Mehrschrittdefinition hin? Was ist ein Maßnahmenpaket, das insgesamt passt? Das bezeichne ich als die wissenschaftliche Herausforderung, als die Herausforderung Sachverstand zur Verfügung zu stellen, der politische Entscheidungen sowie auch persönliche Entscheidungen und unternehmerische Entscheidungen unterstützt. Der sind wir gewachsen, ist dazu mein Schluss. Wir müssen hier fleißig arbeiten, aber wir sind ihr gewachsen. Wir brauchen auch klar den gemeinsamen Grundwert der Nachhaltigkeit im Hintergrund, den wir im Konsens tragen müssen. Ich glaube, das tun wir aber alle mittlerweile in der Steiermark, dass wir der Meinung sind, wir wollen das Klima schützen und wir wollen uns auch vernünftig anpassen für uns und unsere Kinder. Was dazu kommt, darauf aufbauend, sind Wissen, Sachverstand und Handeln.

Ähnliches gilt für die technologische Herausforderung – meine zweite Herausforderung. Wir haben dazu eine Gruppe von Referaten im Anschluss mit Schwerpunkt auf Technologischem, die sich mit Themen wie Energie – Einsparung, Verbrauch, Erzeugung –, Verkehr, Landwirtschaft, Ernährung, beschäftigen. Die ganze Palette an Aktionen, die wir machen können um den Klimawandel zu bewältigen. Klimaschutzseitig und klimaanpassungsseitig. Ich gehe gar nicht näher darauf ein, außer dass meine klare Einschätzung auch hier ist, wir haben die Mittel in der Hand, ich glaube wir haben auch die nötige Innovationskraft. Was wir nicht haben, werden wir erfinden. Diese technologische Herausforderung, der sind wir also auch gewachsen. Franz Josef Radermacher, den einige von Ihnen kennen, sagte immer: „Aber das Problem dabei ist, der göttliche Ingenieur, the divine engineer, wird uns nicht erlösen können.“ D.h. übersetzt: Was immer wir technologisch oder wissenschaftlich vorlegen an Möglichkeiten, das wird das Problem nicht lösen, weil wir schon – und Hermann Scheer würde das übrigens ganz ähnlich sehen – weil wir schon mehr brauchen als Wissen und Technologie um Lösungen auch umzusetzen. Es ist aber wichtig, die Sicherheit zu haben, können wir es von unserem Verstand her, der Wissenschaft, der Technologie, können wir das schaffen, sind wir aufgestellt? Es ist beruhigend und ermutigend zu wissen: Ja, selbstverständlich. Das ist gelöst. Das werden wir tun. Wir müssen fleißig sein. Aber das ist gelöst.

Etwas schwieriger wird das Terrain schon, wenn ich zur persönlichen und zur unternehmerischen Herausforderung komme - das wären die dritte und die vierte Herausforderung, die ich sehe. Sie merken, das bewegt sich jetzt weg vom wissenschaftlich-technischen „Wie bewältige ich den Klimawandel?“ hin zu „Wie stelle ich mich als Person, als Wirtschaft, als Gesellschaft, als Politik zum Thema?“. Bei dieser persönlichen und unternehmerischen Herausforderung sehe ich es auch so, dass unter den gemeinsamen Rahmenbedingungen, die wir uns als Gesellschaft im öffentlichen Raum geben müssen, das Problem lösbar ist. Aber noch nicht gelöst ist, da es nur unter geeigneten gemeinsamen Bedingungen lösbar ist, die noch fehlen; ich werde bei der Skizzierung der 5. Herausforderung, für die ich dann den Rest meiner Zeit verwenden möchte, darauf zurückkommen.

Es geht ja bei der persönlichen und unternehmerischen Herausforderung letztlich um die Auflösung, die wir schaffen müssen, zwischen dem Streben von uns Einzelnen nach unserem persönlichen Vorteil, oder nach unserem mikroökonomischen betriebswirtschaftlichen Vorteil, und den

Gemeinwohlinteressen, oder dem volkswirtschaftlichen Gedeihen und Vorteil. Diese Spannung ist ganz natürlich da – da brauchen wir uns nicht zu schämen dafür als Unternehmerin oder Unternehmer, also als handelnde kollektive Gruppe, oder auch als Einzelperson – wir denken ökonomisch, sind zunächst mehr oder weniger ein Homo Oeconomicus. Aber nicht nur ökonomisch, auch gesellschaftlich-kulturell in unserem sonstigen Handeln, sind wir zunächst selbstbezogen. Das ist auch aus fundierten soziologischen Studien unterlegt: bis auf eine ganz wichtige Gruppe von etwa nicht mehr als 15% sind wir grundsätzlich egoistisch eingestellt. Diese Minderheit von Idealisten und Altruisten, die so zu sagen über das Maß hervorpreschen und Vorreiter sind, sind also zwar ein ganz, ganz wichtiger Teil unserer Gesellschaft, aber eben limitiert auf diese etwa 15%. So müssen wir uns als Kollektiv begreifen, um realistische Lösungsansätze für ein gemeinsames, weltweites Risiko wie den Klimawandel zu finden.

Die Minderheit wird also immer eindeutig zu klein sein und allein aus unserem persönlichen und unternehmerischen Handeln heraus werden wir die Gemeinschafts-Probleme Klimaschutz und Klimaanpassung ganz sicher nie lösen. Wir müssen also dieses Dilemma, das im englischen Fachjargon „collective-risk social dilemma“ heißt – nämlich, wie kann ich die Gemeinwohlinteressen bei Risiken schützen und gleichzeitig die persönlichen und die unternehmerischen Interessen mitführen? – schon im gesellschaftlich-politischen Raum lösen.

Und deswegen ist die 5. Herausforderung, die gesellschaftlich-politische Herausforderung, für mich der Knackpunkt. Ein Hintergrundplot kurz dazu: Erst vergangene Woche wurde eine sehr schöne, neue wissenschaftliche Studie veröffentlicht, angeführt von einem Kollegen von mir, Jochem Marotzke, Direktor am Max-Planck-Institut für Meteorologie in Hamburg, und dem Direktor des Max-Planck-Instituts für Evolutionsbiologie, Manfred Milinski. In dieser Studie wurde erstmals für das Thema Klimawandel mit Testgruppen untersucht, welche Bedingungen es braucht um das Kollektivrisiko-Sozialdilemma aufzulösen. Dass wir einerseits alle als Gemeinschaft wollen, dass sich die Welt für uns und unsere Kinder gedeihlich entwickelt aber andererseits unser persönliches, unternehmerisches, politisches Handeln mehr von Einzelinteressenslagen dominiert ist als dem Gemeinwohl verpflichtet. Diese Spannung können wir nicht wirklich selbst auflösen und die Studie hat ergeben, wenn nicht die Angst sehr groß ist vor einer Gemeinwohlgefahr, oder, ergänzend angemerkt, gemeinsame Regeln das persönliche Handeln bestimmen, dann kam bei den Experimenten heraus, dass die Ergebnisse für das Gemeinwohl scheitern.

Es gab nur einen von zehn Ausgängen, dass eine Testgruppe die Abwendung einer gefährlichen Klimaentwicklung geschafft hätte, ohne eine extrem hohe Gefahr zu erkennen, überproportional hoch, 90% Verlustrisiko zu 10% Chance, also weit über 50% Risiko. Oder gemeinsame Rahmenbedingungen verpflichten zur Abwendung. Also eines dieser soziologischen Gruppen-Experimente, die eindrucksvoll zeigen, hier erstmals direkt zum Thema Klimawandel, dass wir als Menschen einfach nicht „geeignet“ sind, Probleme, die in der Gemeinschaft liegen, aus Altruismus heraus zu lösen. Das Wichtigste das wir zu tun haben, wenn wir hoffentlich nicht auf möglichst hohe

Angst und Panik warten wollen, die wichtigste Herausforderung, ist daher, sinnvolle, verpflichtende, den Klimaschutz fördernde Rahmenbedingungen im öffentlichen Raum schaffen.

Deswegen lege ich auch soviel Wert darauf zu sagen, Politikerinnen und Politiker brauchen Ermutigung, oder, es ist ein gewisser politischer Kleinmut da. Die politisch zu setzenden Rahmenbedingungen sind tatsächlich das Entscheidende für mich, ob wir als Steiermark oder wir als größere öffentliche Gemeinschaft es schaffen, so wie wir es wollen, konkrete Klimaschutzziele bis 2020 und 2030 zu erreichen und eine entsprechende Wirtschaftstransformation.

Wenn wir die Herausforderung Klimaschutz meistern wollen, dann wird es also nicht primär an der Wissenschaft, an der Technologie, an einzelnen Personen oder Unternehmen liegen, sondern ob wir es schaffen, unsere gemeinsamen gesetzlichen Rahmenbedingungen so aufzustellen, dass wir uns innerhalb dieser Rahmenbedingungen ganz klar „pro Klimaschutz und Klimaanpassung“ entwickeln können. So wie wir politisch andere ganz große Themen, wie etwa Reformbedarf im Pensionssystem, im Gesundheitssystem, im Schulsystem, alle unsere langfristigen Themen, aufstellen, so müssen wir – in der Steiermark und in Österreich gemeinsam – auch das Thema Klimaschutz als zentrales Reformthema für unsere Zukunft aufstellen. So werden wir es schaffen, sonst werden wir es nicht schaffen. Ich möchte Sie ermutigen, dass wir es schaffen sollen. Dankeschön!

(Allgemeiner Beifall)

Präsident: Ich danke Herrn Univ.-Prof. Dr. Gottfried Kirchengast für seinen interessanten Vortrag. Ich bedanke mich noch einmal, dass Sie so kurzfristig für Herrn Dr. Scheer eingesprungen sind.

Als Nächsten darf ich nun Herrn Dipl.-Ing. Wolfgang Jilek, Energiebeauftragter des Landes Steiermark, um seinen Vortrag **zum Thema „Nimmt die Steiermark die Herausforderung an?“** ersuchen. Ich möchte Ihnen auch hier einige Daten bekannt geben:

Die wichtigsten Abschnitte im Lebenslauf des Herrn Dipl.-Ing. Jilek sind:

- Studium an der TU Graz, Fachrichtung Architektur - Graduierung.

Bei dieser Gelegenheit freue ich mich, dass der Rektor der Technischen Universität Graz, hier ist, den wir als Landtag Steiermark vor einigen Wochen besuchen durften und feststellen konnten, dass die Technische Universität keinen Vergleich auf dieser Welt scheuen braucht mit ihren hervorragenden Zielen für die nächsten Jahre. Ich darf Sie herzlich begrüßen und freue mich, dass Sie an dieser Enquete heute teilnehmen. Herzlich willkommen! *(Beifall)*

- Weiters Arbeits- und Studienaufenthalte in München, Paris und Barcelona,
- Mitarbeit bei Planung von Solarenergieanlagen am Institut für Umweltforschung, jetzt Joanneum Research,
- Tätigkeit im Rahmen der Stadt- und Regionalplanung Geschäftsführer des Landesenergievereines;
- Betreuung von Energieforschungsprojekten, kommunalen Energiekonzepten und Aufbau von Biomasse-Nahwärmenetzen,
- seit 1992 Landesenergiebeauftragter,

- seit 1994 Lehrauftrag an der TU Graz, (Energiekonzepte),
- seit 2001 Mitglied im Bundeselektrizitäts- und –erdgas- und Investitionsbeirat,
- seit 2003 Mitglied des EDM-Comittee in Brüssel,
- seit 2005 Lehrauftrag an der Karl-Franzens-Universität Graz, (Umweltsystem-wissenschaften); Mitglied des Gesellschafterausschusses ECO-World Styria.

Ich bedanke mich, dass Sie uns auch bei der Vorbereitung dieser Enquete so sehr unterstützt haben und ersuche nun um Ihre Ausführungen. Ihre Redezeit beträgt laut Vereinbarung 10 Minuten. Herzlichen Dank!

Dipl.-Ing. Wolfgang Jilek: Vielen Dank! Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Herren Landesräte, die Frau Landesrätin ist glaube ich gerade draußen, meine Damen und Herren!

Ich mache es jetzt kurz, nachdem der Lebenslauf so lang war. Die Steiermark ist vor die Frage gestellt, ob sie die Herausforderung „Klimaschutz“ (*Präsident: Meine Redezeit wird nicht eingerechnet!*) - danke – annimmt und ich würde jetzt gerne mit einem uneingeschränkten Ja antworten, ganz uneingeschränkt ist es nicht, aber ich versuche das darzulegen. Wir haben ein großes Problem, das ist das Wachstum, vor allem das Wachstum des Energieverbrauchs. Sie sehen das an den Kurven. Ich will mich nicht auf viele Zahlen einlassen. Und dieser Energieverbrauch der Steiermark setzt sich immer noch zu einem hohen Prozentsatz aus fossilen Energieträgern zusammen. Ein Teil davon, rund 24 % des Endenergieverbrauchs, ist immerhin erneuerbare Energie, die in Form von Biomasse, Wasserkraft und Solarenergie da ist. Damit sind wir international an sich recht gut unterwegs. Es ist aber natürlich nicht genug, um allen Anforderungen gerecht zu werden.

Wir haben die Herausforderungen auf vielen Bereichen angenommen. Da steht jetzt der Begriff „Passivhaus“, da werden Sie noch einiges darüber hören. Viele sagen bei dem Begriff „Passivhaus“, na ja, das ist eine hohe Herausforderung, das geht nicht. Es geht sogar am Hochschwab wie Sie da sehen. Ich gebe zu, mit etwas erhöhten Kosten, aber die lassen sich über die vielen Jahre der Gebäude-Stet hereinbringen. Da wird Herr Dr. Gross noch mehr dazu sagen.

Wir haben an sich auch viele Potentiale in der Natur in der Steiermark. Eines davon ist die Biomasse. Auch da gibt es Berufenere, die noch viel sagen werden. Ich möchte nur dazu sagen, wir haben diese Chance durchaus genutzt. Es gibt viele Biomasse-Heizwerke, Fernwärmewerke, auch Kraft-Wärme-Kupplung in der Steiermark. Das ist ein Beispiel von insgesamt über 350, die es in der Steiermark derzeit gibt und die uns durchaus auch – ich darf ruhig sagen – weltweit sozusagen mit dieser Technologie, mit dieser Nutzung an die Spitze gebracht haben. Ich will – noch einmal – Sie nicht mit vielen Zahlen belasten, aber nur eine da hier, so ungefähr 300 Megawatt Leistung haben alle diese Fernwärmenetze zusammen – 300 Megawatt. Es gibt natürlich die Biomassenutzung auch in anderen Gebieten. Ich nehme da nur einmal die Kleinanlagen heraus. Da gibt es mittlerweile schon über 28.000 Anlagen in der Steiermark, eine hohe regionale Wertschöpfung, viele Arbeitsplätze, steirische Firmen, die exportieren, eine absolut positive Entwicklung, mehr Pelletsanlagen als Ölanlagen in der

Steiermark, die derzeit verkauft werden. Aber immer noch ein großes Potential, das noch nicht lukriert ist. Also es bleibt noch Arbeit zu tun.

Biogas, ein weiteres Thema. Da sind wir ursprünglich mal von tierischen Abfällen ausgegangen. Inzwischen sind Lebensmittelabfälle, Energiepflanzen, alles Mögliche dazugekommen. Und von dem ursprünglichen Gedanken, daraus Wärme und Strom zu machen, ist man auch schon einige Schritte weiter. Also das geht zunehmend in den Treibstoffbereich, auch in die Einspeisung in das Erdgasnetz zum Beispiel. Biogas, auch eine Technologie.

Auch da gibt es ganz viele Anlagen in der Steiermark, mittlerweile so über 45. Die Summe der Leistung gestehe ich da hier nicht. Das ist nicht wahnsinnig viel muss ich sagen, obwohl die Bemühung, die dahinter steckt, sehr groß ist, obwohl viele Förderungsmittel dahinter stehen, in dem Fall über das Ökostromgesetz und in dem Fall leider nur über zwei Jahre, wo es in Österreich ein funktionierendes Ökostromgesetz gegeben hatte, im Moment gibt es ja keines.

Wenn Sie unten hereinkommen zum Landhaushof, dann werden Sie auch Unterlagen von der SEG in Mureck sehen, die hat schon als wirklich ein Pionier und der dann letztlich auch über die Firma BDI weltweit Anerkennung gefunden hat, Treibstoff als Biomasse zum Thema gemacht. Auch da gibt es eine durchaus positive Entwicklung. Sie wissen in Graz fährt die Busflotte mit Biodiesel, es gibt eine Reihe von Tankstellen in der Steiermark.

Solarenergie, auch eine Erfolgsstory. Das sieht man jetzt ganz schlecht, aber ich wollte damit zum Ausdruck bringen, dass die Solarenergie natürlich essentiell eine positive, wenn auch zwischendurch mal wechselhafte Geschichte hatte. In letzter Zeit geht es steil bergauf. Aber vielleicht kann man es da ein bisschen besser zum Ausdruck bringen an Hand der Fördermittel, die hineingesteckt worden sind. Sie sehen, das hat mal 2004 mit ungefähr zwei Millionen Euro Förderung seitens des Landes für Biomassefernwärme, Solarenergie, kleine Biomasseanlagen begonnen. Das ist steil angestiegen. Von 2006 auf 2007 konnte das verdoppelt werden. Und die Prognose 2008 – so mich die Finanzfachleute auch wirklich lassen und der zuständige Landesrat steht ja durchaus dahinter – wird die Prognose noch etwas höher ausfallen. Also eine durchaus positive Entwicklung. Und an dem Punkt muss ich auch sagen, es hat leider im Verlauf des letzten dreiviertel Jahres sehr viele wirklich falsche Meldungen in den Medien gegeben, ob jetzt aus politischem Kalkül oder aus reiner Unwissenheit, das will ich jetzt nicht kommentieren.

Faktum ist, es ist da einiges passiert. Solarenergie kann man natürlich auch zur Stromerzeugung nutzen. Der Strombedarf in der Steiermark steigt zwischen 2 % und 4 % jährlich, das ist ganz, ganz enorm viel. Da ist akuter Handlungsbedarf, man hat darauf auch reagiert, wir haben ein Geschenk der Natur das ist die Wasserkraft. Wir versuchen über Kraftwärmekopplung mit Biomasse da einiges in Gang zu setzen und wenn ich mir einen kurzen Blick auf Europa erlauben darf, es gibt Statements der Elektrizitätsindustrie und Elektrizitätswirtschaft, dass bis zum Jahr 2020 rund 300.000 MW Erzeugung fehlen, ich darf noch einmal erinnern 300 MW waren unsere Biomasseanlagen, das könnte man folgendermaßen lösen. Man stellt in Europa 187 AKW, also Atomkraftwerke auf 1.600 MW auf, ich habe versucht die Standorte einzuzeichnen, das geht sich mit dem Platz fast nicht aus. Man könnte

auch 273 Braunkohlekraftwerke machen oder Gaskombikraftwerke, was auch immer. Man könnte aber auch alternativ dazu einfach „Strom sparen“. Wir haben es versucht in Richtung Ökostromanlagen in der Steiermark, das ist eine Karte der Ökostromanlagen, die Knödel schauen recht groß aus, die Summe darunter, auch das sehen Sie, sind 210 MW Ende 2007. Ich erinnere noch einmal, 300.000 MW fehlen in Europa, 200 MW haben wir zusammengebracht, allerdings auch Dank des nicht vorhandenen Ökostromgesetzes im Moment, Adresse „Bund“! Da ist sicher Handlungsbedarf. So, ich fasse zusammen, damit mich der Herr Präsident nicht mit der Glocke aufrufen muss und damit ich ein bisschen Zeit einhole. Der energetische Endverbrauch in der Steiermark steigt, gewaltig, die Verteilung der Energieträger ist so schlecht nicht im internationalen Vergleich, aber halt immer noch zuviel fossile Energie in der Steiermark und wir werden keine Chance haben mit erneuerbarer Energie wirklich zu punkten wenn wir nicht eines machen, nämlich ganz einfach das Energiebedarfswachstum zu begrenzen, es muss mit dem Wachstum Schluss sein. Wir haben im Übrigen eine EU-Richtlinie, die den Mitgliedsstaaten vorschreibt 1 % im Mittel, 1 % Energie pro Jahr einzusparen, das ist im Moment so ziemlich die größte Herausforderung die wir haben. 1 % hört sich nicht sehr viel an, aber das ist sehr viel und das werden wir nicht mit einer Maßnahme sondern mit einer ganzen Reihe von Maßnahmen und einem Maßnahmenbündel lösen können. Es gibt zum Beispiel die Idee eines Klimaschutzgesetzes, ich bin der Ansicht – abgesehen davon, dass das rechtlich in das Rechtssystem eines Bundeslandes gar nicht einzubinden ist – bin ich der Ansicht, wir brauchen viel mehr als nur ein Klimaschutzgesetz, wir müssen Maßnahmen in der Baugesetzgebung finden, in der Raumordnung, überall dort wo das Land Kompetenzen hat. Das ist auch durchaus möglich und vielleicht bietet sich auch im Rahmen der Änderung des Baugesetzes in diesem Jahr die Chance. Ein Stichwort erlaube ich mir da ins Rennen zu werfen, – das ist „Solarenergie verpflichtend machen“ – wir wären nicht mehr die ersten, Spanien und Portugal haben das schon gemacht, wenn die es zusammenbringen, sollten wir es eigentlich auch zusammenbringen. Ich bitte da sehr, die Politik und die Abgeordneten, auch an so einer Strategie mitzuarbeiten. Bevor ich ganz aufhöre, darf ich Ihnen noch ganz kurz einen Absatz vorlesen, aus einer Zeitung die glaube ich unverdächtig ist im grünen Eck zu stehen, wenn ich das so sagen darf. „THE WALL STREET JOURNAL“ - da schreiben sie in einer der letzten Ausgaben: „Big money is at stake. The U.S. environmental-technology sector, defined to include such machinery as wind turbines, solar panels“, da sind noch einige andere aufgezählt, „has seen its exports grow at an annual average of 15 % over the past five years“, und dann wird angemerkt, „twice as fast as any other global industrial sector“. Also die USA, der wir ja jetzt in der Bush Administration allerhand vorwerfen können, vor allem was Klimaschutz anbelangt, die haben entdeckt, dass der Sektor „Umweltschutzindustrie“ zweimal so stark wächst wie alle anderen Sektoren. Und das darf ich vielleicht denen mitgeben, die wahrscheinlich nach vielen Vorträgen die heute stattfinden, sagen werden, na, ja Passivhaus – teuer! Ja, teuer, aber langfristig OK. Erneuerbare Energie – teuer, alles zugegeben, aber wir reden hier von langfristigen Chancen und der Herr Professor Kirchengast hat ja gesagt, „Herausforderung ist auch Chance“, wir haben als „Steiermark“ aufgrund unseres technologischen Know Hows, aufgrund der Universitäten,

aufgrund der bisherigen Entwicklung eine große Chance und wir können die Herausforderung zu einer Chance machen. Insofern darf ich sagen, wir haben die Herausforderung angenommen. Dankeschön!
(Allgemeiner Beifall)

Präsident: Ich danke, dem Herrn DI. Jilek für seine interessanten Ausführungen.

Wir kommen nun zum **3. Thema: „Weniger Energie für Haushalt und Gebäude: Faktor 10?“** von Herrn DI Dr. Adolf GROSS, Energiebeauftragter des Landes Vorarlberg.

Die wesentlichen Abschnitte im Lebenslauf des Vortragenden sind:

- HTL in Bregenz, abschl. Studium an der TU in Graz Elektrische Energietechnik /Energiewirtschaft.
- Im Rahmen einer mehrjährigen Tätigkeit als Universitätsassistent erfolgten zahlreiche Publikationen und Forschungsarbeiten zu den Themen effiziente Energienutzung und Erneuerbare Energieträger.
- Dissertation über die technischen Chancen und Risiken einer großflächigen Integration von Photovoltaik.
- Seit 1996 im Amt der Vorarlberger Landesregierung für den Bereich Energie verantwortlich.
- Seit 2001 Geschäftsführer im Energieinstitut Vorarlberg.

Ich danke, für Ihr Kommen und Ihre Teilnahme und bitte Sie um Ihre Ausführungen. Ihre Redezeit ist wie vereinbart 20 Minuten.

DI Dr. Adolf GROSS: Guten Tag, sehr verehrte Damen und Herren!

Ich steige gleich in ein sehr wichtiges Thema ein „Weniger Energie für Haushalt und Gebäude“. Vielleicht zum Anfang, für alle die nicht so sehr damit bewandert sind, also warum ist das eigentlich ein wichtiges Thema? Wir dürfen nicht vergessen, dass etwa 35 % des Endenergieverbrauches benötigt wird um Wärme zu erzeugen, Raumwärme und Warmwasser zu bereiten. Es ist eigentlich eine unglaubliche Menge die wir für den täglichen Wärmebedarf benötigen. Es hat ein bisschen mit Physik zu tun, Wärme zu erzeugen ist etwas sehr energieintensives. Es ist immer noch so, dass ein Großteil der Gebäude mit fossilen Energieträgern beheizt ist, dass ist vielleicht in der Steiermark noch ein bisschen besser als bei uns, aber der Anteil ist nach wie vor sehr, sehr groß. Wir wissen, dass 80 % der Treibhausgasemissionen - jedenfalls in Österreich und in westlichen Ländern - energiebedingt sind. Ich komme jetzt zu einem ganz wichtigen Punkt – zum Thema Effizienz. Um Gebäude stärker mit Erneuerbaren Energieträgern zu versorgen – und da muss es ja hin – ist natürlich ein geringer Verbrauch schlichtweg eine Schlüsselfrage. Das gilt auch für Erneuerbare Energieträger, auch die sind im praktischen Sinne nicht uneingeschränkt verfügbar, auch deswegen „Effizienz muss einfach das Primat haben“ und dann geht es darum den möglichst geringen, restlichen Energieverbrauch mit Erneuerbaren Energieträgern zu versorgen. Vorrangig ist die Verbesserung des Bestandes – Österreich

ist gebaut, die Steiermark ist gebaut – also Energieverbrauch in Gebäuden findet im Gebäudebestand statt, d.h. wenn man in der Klimapolitik erfolgreich sein will kommt man um das Thema „Gebäude“ nicht herum. Das ist ein wichtiges Segment und was wir leider immer wieder haben – auch Österreich weit – ist ein Hin und Herschieben von Verantwortlichkeiten: „Tut ihr einmal zuerst in den Ländern etwas bei den Gebäuden, dann reden wir über andere Dinge usw.“ Das ist sicher nicht produktiv, es ist absolut notwendig in allen Segmenten ambitioniert zu handeln. Ich möchte zeigen, dass wir keinen Mangel an Zielen haben, ich greife einige wichtige Ziele hier heraus. Der EU-Aktionsplan für Energieeffizienz, ganz vorne das Potenzial ausschöpfen. Die EU ist da immer wieder sehr pointiert und auch spannend unterwegs was solche Positionspapiere betrifft, und hat auch längst erkannt bzw. in den letzten Jahren wird es immer klarer, das dem Thema „Effizienz“ stärker Raum gewidmet wird. Die EU sagt wir müssen die Anstrengung mindestens verdoppeln, eine der obersten Prioritäten der Energieeffizienz ist im Bausektor und das Einsparpotential bei Wohngebäuden sieht die EU bis 2020 bis 27 bis 30 %. Das ist mehr als nur ambitioniert, jedenfalls wenn man nur den Wärmeverbrauch ansieht dann wird man auch in andere Segmente eingreifen müssen um solche Potentiale zu lukrieren, in so kurzem Zeitraum. Angekündigt ist eine deutliche Ausweitung der Gebäuderichtlinie, bin eigentlich auch sehr froh darüber. Sie hat in den letzten Jahren gezeigt, dass derartige Richtlinien ein wichtiger teilender Faktor sind auch in der österreichischen Energiepolitik. Und heuer noch möchte die Kommission eine Strategie zur Einführung von Niedrigstenergie und Passivhäusern entwickeln. Vielleicht haben Sie mitbekommen, letzte Woche hat das Europäische Parlament ein gemeinsames Statement abgegeben. Also das Parlament fordert bis 2011 das Passivhaus zum Standard einzuführen in Europa. Sie kennen sicher das aktuelle Klima- und Energiepaket der EU, das auf eine Mitteilung der Kommission zurückgeht. Minus 20 % bei den CO₂-Emissionen, mindestens die EU selber 30 % bis 2050 60 % – 80 %. Und Anhebung des Anteiles an erneuerbaren Energieträger auf 34 % in Österreich. Auch das ist ein sehr wichtiger Punkt was Gebäude betrifft, weil es ja ganz stark im Ökostrome darum geht, die Raumversorgung mit erneuerbaren bereit zu stellen. Auf einen Punkt hinweisen möchte ich noch in Ergänzung zum ersten Vortrag. Wichtig ist, wenn wir die CO₂, diese 2 Grad Celsius-Grenze einhalten wollen, müssen wir in etwa 10 Jahren den Emissionspic haben. Das ist ganz wichtig. Sonst ist dieses Temperaturziel nicht mehr einhaltbar. Das ist eine gigantische Herausforderung, weil dieses Ziel ja weltweit zu verstehen ist. Umso wichtiger ist es, das wir in den Industrieländern die Trendwende in diesen Zeitraum jedenfalls schaffen. Österreich ist ja, es ist die Zielverfehlung bereits angesprochen worden. Vielleicht im Detail zur Raumwärme. In der Klimastrategie Österreichs wurde ein Reduktionsziel von 28 % vereinbart gegenüber 1990. Geschafft haben wir ein plus von knapp 5 %. Die österreichische Strategie ist, wie das jetzt wieder gemacht wurde, ein bisschen warten und dann über die Ziele diskutieren. So wiederum geschehen letztes Jahr. Man hat das Ziel reduziert um 10 %. Was aktuell läuft - wir haben auch morgen die nächste Verhandlungsrunde – ist so bisschen ein Hoffnungsträger auch, Abschluss einer 15a-Vereinbarung zum Energiestandard in Gebäuden, was Wohnbauförderung betrifft, aber auch was baurechtliche Vorschriften betrifft. Auch da denke ich, brauchen wir die EU-Unterstützung. Ich hoffe, dass wir

morgen auch in der Steiermark Seite an Seite dafür kämpfen können. Wo muss es hin? Kann man nicht ganz pointiert sagen. Es ist klar, es gibt nur eine Alternative dieser vollständig nachhaltigen Energieversorgung von Gebäuden – bleibe beim Thema Gebäude – dazu natürlich klare Effizienzstrategie ambitioniert und erneuerbare, ich habe es gesagt. Wir haben etwas herumgerechnet, dass ist möglich ohne weiteres bis 2030, ich werde es nachher zeigen, spätestens 2050 ist eine vollständig nachhaltige Energieversorgung von Gebäuden ohne weiteres möglich. Damit das geschieht, ist es wichtig, dass man heute Maßnahmen ergreift. Also jedes Gebäude, das heute saniert wird, jeder Bauteil, der saniert wird, muss optimal saniert werden, weil jedes Fenster, das nicht optimal ist und eingebaut wird, jede Wärmedämmung, die nicht optimal gemacht wird, die haben wir für 20 – 30 Jahre. Da wird nichts mehr daran gerüttelt werden. Das ist eine vertane Chance für lange Zeit. Das gleiche gilt für neue Gebäude. Jedes neue Gebäude, das errichtet wird, erhöht den Energieverbrauch. Sei es noch so gut. Deswegen wichtig, dass dieser Energieverbrauch wenigstens so gering wie möglich ist. Das System ist träge, zeige es noch einmal. Deswegen umso wichtiger, wenn man im trägen System eine Kurve machen will, muss man früh steuern. Möchte zeigen, dass wir eigentlich keine technischen Fragestellungen haben, es wird zwar immer auf die Technik geschoben und auf F & E hinausgeschoben, also wir brauchen mehr technische Entwicklung. Ich meine nein, wir brauchen das nicht. Natürlich bin ich dafür, dass die Forschungs- und Entwicklungsanstrengungen erhöht werden, no na. Wir brauchen noch mehr, gar keine Frage. Aber die Fragen, die wir heute haben, ist mit der Technik zu lösen wir heute haben. Das ist ein ganz ein wichtiger Punkt. Und diese Technik ist im Wesentlichen da. Stand der Technik ist das Passivhaus. Also ein Gebäude, salopp gesagt, also so wenig Energie braucht, dass es keine klassische Heizung mehr braucht. Das funktioniert. Denn den Energiebedarf kann man mit der vorhandenen Komfortlüftung, die so ein Haus hat, zuführen. Es gibt weit über 1000 Passivhäuser dokumentierte, mit einer sehr großen Wachstumsrate erfreulicherweise an die Bundesländer, die sich da sehr bemühen. Ich möchte ein paar Beispiele auch noch zeigen. Wir selber haben jetzt in Vorarlberg vor etwas über 1 Jahr beispielsweise Passivhauspflicht eingeführt im sozialen Wohnbau. Wir sehen bei diesen Projekten und auch bei vielen anderen, vor allem bei den Gemeinden, Investitionsmehrkosten im Bereich von 4 % - 7 %. Das ist so eine Dimension. Das kann mehr sein, wenn schlecht plant. Das kann weniger sein, wenn man gut plant. Das ist eine Kernfrage. Das zeigt auch ganz klar, dass ein Passivhaus bereits heute wirtschaftlich ist, über eine vernünftige Lebensdauer gerechnet und jeder, der ein Semester Wirtschaftsvorlesung hatte, weiß, das man auch die Betriebskosten mit einrechnen muss. Und bei Passivhäusern ist die Versorgung mit erneuerbaren Energieträgern leicht möglich. Das ist ein ganz ein wichtiger Punkt. Vollversorgung als Stichwort. Möchte trotzdem noch ein paar Vorteile des Passivhauses kurz erwähnen. Ich kenne die Diskussionen. Auch bei uns sehr emotional geführt, man kann kein Fenster aufmachen, lauter solche Dinge, was natürlich nicht standhält in der Praxis. Sie haben keine Feuchtigkeitsschäden mehr in Passivhäusern, weil die Oberflächentemperaturen hoch sind, kein Schimmel usw. Sie haben einen sehr behaglichen Innenraum durch diese hohen Oberflächentemperaturen, hoch in Anführungszeichen, also bereits 20 Grad und drüber. Da fühlt man

sich wohl. Sie können Ihre Heizkosten mit dem Taschengeld bezahlen. Ein Passivhaus können Sie heizen um 150 Euro pro Jahr. Es ist Krisensicher, auch ein wichtiger Punkt. In Vorarlberg vor allem, man scheut sich nicht zwei Heizungsstäbe einzubauen, damit ja nichts passiert. Im Passivhaus kann nichts passieren, wenn Sie das bewohnen und Sie haben einen Stromausfall, dann wird es nicht kälter als 17 Grad Celsius. Und Sie haben auch frische Luft und wichtig auch, das wird immer wichtiger werden, - leider – es wird wichtiger werden, die Wärme draußen zu halten statt drinnen zu halten. Ein Passivhaus ist auch im Sommer ein angenehmes Gebäude. Es gibt eigentlicher, meiner Meinung nach, nicht wirklich sehr griffige Gründe gegen eine Passivhausstrategie. Noch einmal bildlich ganz kurz im Vergleich. Ein Bestandsgebäude haltet durchaus typisch im Bereich von 200 Kilowattstunden pro Quadratmeter. Jahresenergieverbrauch 20 Liter Öl pro Quadratmeter, herumgerechnet etwas, vielleicht ein bisschen weniger, vielleicht etwas mehr, dürfte eine typischer Durchschnitt sein. Ich verabschiede die Richtlinie 6, die eigentlich überall in Kraft treten hätten sollen. Hat einen Standard von etwa 78 Kilowattstunden, jetzt im Baurecht österreichweit eingeführt. Wir haben es geschafft etwas darunter zu gehen. Wohnbauförderungsstandard typischerweise 50. Ein Niedrigenergiehaus irgendwie drunter und das Passivhaus bei 10 Kilowattstunden. Also man sieht rein an diesem Bild, dass man ein Gebäude sehr behaglich mit Energie versorgen kann, mit einem Bruchteil der Energie, wie das heute noch üblich ist. Zu minimalen Investitionskosten (noch). Da entwickelt sich sehr viel und ohne Mehrkosten über eine vernünftige Lebensdauer. Immer wieder wird gesagt, ein Passivhaus schaut aus wie eine Seilbahntalstation oder irgendwie so etwas. Auch das stimmt nicht. Natürlich ist Kompaktheit wichtig und man sieht einfach da, die Vielfalt ist enorm. Man kann ganz langweilig und klassisch bauen, so wie links oben bis hin zu sehr moderner Architektur. Auch architektonisch gibt es letztlich keine Gründe gegen hocheffiziente Gebäude. Ich meine ganz im Gegenteil. Ich möchte ganz kurz ein paar Beispiele noch zeigen, die wir jetzt gemacht haben mit unserem gemeinnützigen Wohnbauträger, der sich zum Ziel gesetzt hat, nur noch Faktor 10-Sanierungen zu machen, d.h. den Energieverbrauch zu Zehnteln. Also um 90 % reduzieren, dass also noch 10 % über bleiben. Wir haben jetzt einige Projekte bereits abschließen können. Mehrere Wohnanlagen sind jetzt noch in Umsetzung. Sie sehen hier vorher/nachher. Vorher 175 Kilowattstunden, nachher 15 Kilowattstunden. Also realisierter Passivhausstandard mit höherem Komfort. Mit Komfortlüftung, wurde sogar noch eingebaut usw. Balkonverglasungen, alles Mögliche. Und das sogar im bewohnten Zustand. Nächstes Beispiel. Ist genauso ein typischer Wohnblock in den 60iger Jahren, 70iger Jahre in dem Fall, die auch in der Steiermark zu Hauf herumstehen, wurde saniert auf 13 Kilowattstunden. Also auch auf Passivhausniveau. Und letztes Beispiel auch da noch einmal von knapp 200 Kilowattstunden auf 17 Kilowattstunden. Also lauter Gebäude, wie Sie sie kennen, massenweise herumstehen. Und auch da die Bewohner damit eine Riesenfreude damit haben. Übrigens erstaunlich, in allen diesen Projekten hat es einstimmige Beschlüsse gegeben der Bewohner. Das ist doch gelungen, durch eine Kommunikationsbegleitung den Menschen das da beizubringen oder zu überzeugen, dass das Sinn macht, jetzt bisschen mehr die Miete etwas zu erhöhen um nachher einen entsprechend hohen Komfort und geringe Energiekosten zu haben. Ich möchte jetzt ein bisschen was zeigen, das ich sehr wichtig

finde, um zu sehen, was ist wichtig, also welche Parameter sind wichtig. Und wir haben jetzt einmal für einen Baubestand in Vorarlberg, aber das ist im Wesentlichen in der Steiermark das gleiche, ist nicht viel anders von der Altersstruktur, ist im Detail nicht so wichtig, ich möchte Ihnen zeigen, was tut sich bei welchen Parameter Veränderungen. Ich habe jetzt einmal angenommen, die Szenarien gehen bis 2030, angenommen 15 % Zuwachs an Wohnungszahl, ich denke, das ist eher ein bisschen vorsichtig geschätzt bis 2030.

Szenario 1 – wir tun so weiter ohne besondere Bemühungen, Gesamtsanierungsrate bei einem Prozent, so typisch für Österreich, Abbruchrate standardmäßig und Energieverbrauch im Neubau reduzierbar so um 20 % bis 2015 bei allen neuen Gebäuden. Was tut sich dann beim Gesamtenergieverbrauch? Bis 2015 praktisch nichts, 4 % bis 2030 schaffen wir ein Minus von 14 % bei so einer Strategie.

So, jetzt werden wir ambitionierter. Wir machen im Neubau einen forcierten Passivhausfahrplan, Sanierungsrate lassen wir gleich. Ab 2015 Passivhausstandard aller Neubauten, kann man ja auch sagen, eh nicht so ambitioniert, aber ab 2020 auch alle Sanierungen im Passivhausstandard, Energieverbrauch Warmwasser können wir deutlich senken. Was tut sich? Bis 2015 nichts, Trägheit des Verstehens bis 2030 immerhin ein Minus von 24 % möglich, aber auch noch nicht berauschend.

Szenario 3 – jetzt gehen wir in die Sanierung. Wir erhöhen die Sanierungsrate auf 3 %, das ist Gesamtsanierungsrate – ich betone das, nicht Bauteilsanierungen – Gesamtsanierungsrate 3 %. Das ist möglich, aber einiges zu tun. Wir verdoppeln die Abbruchrate, wir verdichten den Wohnbau stärker, 80 % verdichteter Wohnbau bis 2020. Und keine Ambitionen im Neubau, erst ab 2020 Passivhausstandard. So! Was tut sich? Das ist doch erheblich anders. Bis 2015 immer noch keine große Bewegung, aber bereits minus 40 % bis 2030 Energieverbrauch.

Jetzt lege ich noch ein bisschen was drauf. Gleiches Sanierungsszenario, aber Passivhaus forciert. Früher, da sind wir halt dann bei 2030 bei 48 % minus statt bei 42 %. So, was sieht man daraus? Einerseits noch einmal, das System ist extrem träge, es ist daher wichtig, die Weichen früh zu stellen. Und das alles Entscheidende ist letztlich die Sanierungsrate. Es ist ganz entscheidend, die Sanierungsrate zu erhöhen mit halbwegs guten Sanierungen. Ich denke, eine Sanierungsrate von 3 % ist notwendig, um vernünftige Reduktionsraten erzielen zu können in den nächsten Jahrzehnten.

Der zweitwichtigste Parameter ist die Sanierungsqualität. Es ist so, was jetzt nicht ein Argument für Laxheit sein soll, aber wichtig ist, dass viele halbwegs gute Sanierungen stattfinden. Natürlich möglichst gute, das ist klar. Wenige gute Sanierungen bringen wenig, die Qualität des Neubaus wirkt sich quantitativ sehr spät und sehr langsam aus, was wiederum kein Plädoyer wieder gegen das Passivhaus ist, sondern wir brauchen die Vorreiter. Das ist ganz klar. Ich will aber damit nur zeigen, dass am System Parameter, da kann man jetzt drüber diskutieren, es hilft nichts, es ist so, um Klimaschutzziele zu erreichen, müssen wir ganz massiv in einer Erhöhung der Sanierungsrate, aber wir brauchen begleitend herausragende Konzepte wie das Passivhaus.

Dazu brauchen wir Anreiz orientierte Fördersysteme in Sanierung und Neubau, kann man sagen – no na – trotzdem, da ist, denke ich, noch einiges drinnen. Wir müssen die Mittel verlagern in die Sanierung hinein. Das wissen wir eigentlich alle und wird aber trotzdem gewagt, öffentlich

auszusprechen. Es gibt dazu ja nur eine Strategie Wohnbauförderung, die kann nur lauten, Mittel weg von der Einfamilienhausförderung, Neubau in die Sanierung. Es gibt eigentlich keinen anderen Weg. Es muss eine Abstimmung zwischen Wohnbauförderung und Baurecht geben, es muss eine Parallelbewegung sein. Das Baurecht darf keinen zu großen Abstand zur Wohnbauförderung haben, sonst haben wir Fluchtbewegung vor allem in Zeiten niedriger Zinssätze usw.

Also dazu braucht es auch ambitioniertes Baurecht, aber auch viele andere Dinge, Architekten, Planer, Qualifizierung usw., Beratungsangebote, um die Leute nicht alleine stehen zu lassen.

Qualitätssicherungsinstrumente ganz wichtig natürlich. Es hat keinen Sinn, Bestimmungen einzuführen und dann nicht nachzuschauen. Und natürlich Öffentlichkeitsarbeit, Kampagnen, um das Passivhaus beliebter oder charmanter zu machen und um es auch zu kommunizieren, dass ein saniertes Gebäude mindestens so wünschenswert ist wie ein neues Gebäude auf grüner Wiese, das uns allen nicht weiterhilft.

Abschließend ein paar mögliche Zielformulierungen, die man sich setzen könnte und ich hoffe ihr Bundesland wird diese Bemühungen auch in der laufenden Diskussion zu einer 15a-Vereinbarung unterstützen, wir diskutieren ja Ähnliches auch bei uns.

Ich schlage vor, als Mindestziele sozusagen Reduzierung des Raumwärmeverbrauchs bis 2030 mindestens 35 %.

Es geht bis 2030 mindestens 60 % des Energiebedarfs für Raumwärme und Warmwasser durch erneuerbare. Ich habe schon gesagt, möglich ist 100 %. Ich denke, 60 % ist ein Minimum, Minimalanforderung.

Schrittweise Einführung des Passivhausstandards in der Wohnbauförderung im Neubau. 2015 als Sowieso-Standard und im mehrgeschossigen Wohnbau und ich denke, 80 % Anteil im Einfamilienhaus bis 2015 ohne weiteres möglich und realistisch.

2020 genereller Passivhausstandard im Neubau, sprich im Baurecht.

Forcierung der hochwertigen Gebäudesanierung habe ich schon gesagt, also bis 2015 Sanierungsrate bei 3 %. Ich denke, das ist eigentlich die fast wichtigste Maßnahme, es ist eine Verdreifachung. Das hat natürlich eine enorme Auswirkung auf die Bauwirtschaft auch, um auch klar zu sagen. Die müssen sich da entsprechend vorbereiten können. Darum wichtig, Planbarkeit.

Bis 2020 Passivhausstandard in der Sanierung im Mehrwohnungsbau, fünf Jahre später auch im Einfamilienhaus und natürlich eine periodische Nachjustierung der baurechtlichen Anforderungen.

Dann sind diese Ziel, wie sie oben stehen, ohne weiteres erreichbar oder auch mehr – also oben – die Ziele sind dann auch ein bisschen vorsichtig angesetzt. Das geht auch zu Nutzen der Wirtschaft wie gerade auch die neue Studie der Universität Klagenfurt zeigt, dass wir nirgends eine höhere regionale Wertschöpfung an Arbeitsplatzgenerierung haben wie im Gebäude-, im Sanierungsbereich. Also wir brauchen uns davor nicht zu fürchten. Also da ist sehr viel auch an positivem Wirtschaftswachstum oder Lebensqualität drinnen. Danke sehr! (*Allgemeiner Beifall*)

Präsident: Ich danke Ihnen, Herr Dipl.-Ing. Dr. Gross. Sie haben auf die Sekunde die 20 Minuten eingehalten. Herzlichen Dank bei allen Rednern für die Zeitdisziplin bei den Referaten. Das macht es uns möglich, dass wir im Zeitfahrplan bleiben.

Wir kommen nun zum **Thema „Weniger Energie für Haushalt und Gebäude: Faktor 10?“** von Frau Mag. Andrea GÖSSINGER-WIESER vom Klimabündnis Steiermark.

Die wesentlichen Abschnitte im Lebenslauf der Vortragenden sind:

- Studium Biologie/Zoologie mit Schwerpunkt Ökologie und Umweltschutz an der Karl Franzens Universität Graz
- Weiterbildung Aufbaustudium Technischer Umweltschutz, an der TU Graz
- Management Ausbildung, Frauendokumentationszentrum Graz
- Projektstätigkeit für Stadt Graz, Land Steiermark, Land Niederösterreich, Land Kärnten, WWF Steiermark
- Mitarbeiterin SALE Steiermark, ÖIE Steiermark und Südwind Steiermark
- Seit 1997 Mitarbeiterin von Klimabündnis Österreich

Ich bedanke mich, dass Sie bereit sind, hier einen Vortrag zu halten und ersuche Sie um Ihre Ausführungen. Ihre Redezeit ist wie vereinbart 10 Minuten. Ich bitte darum.

Mag. Andrea Gössinger-Wieser: Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Abgeordnete, Herr Präsident, sehr geehrte Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung!

Ich möchte mich zuerst ganz herzlich bedanken, dass ich heute die Möglichkeit habe, hier vor Ihnen ein paar Anmerkungen oder ein paar Gedanken zum Thema „Klimaschutz“ auch einzubringen.

Dem Vortrag von Herrn Dr. Gross kann ich eigentlich nur ganz voll inhaltlich unterstützen, ist auch das, was wir in den Gemeinden erzählen, möchte aber den Fokus von meinem Schwerpunktthema ein bisschen weggeben von den rein technisch orientierten Maßnahmen hin zu den Bewohnern und Nutzern im Haushalt und in den Gebäuden.

Unter dem Motto „Fallen im Klimaschutz“ habe ich hiermit Schwerpunkte herausgenommen:

Das Haus im Grünen oder Konsum nach Lust und Laune. Das sind so zwei große Blöcke, wo man sieht, man tappt sehr leicht trotz guter Vorsätze in die Klimaschutzfalle. Aber auf der anderen Seite haben wir natürlich auch sehr gute Möglichkeiten, Maßnahmen zu setzen und neue Handlungsfelder zu beschreiten und die habe ich dann zusammengefasst unter dem Motto „Global denken – lokal handeln“ und „Bewusstsein schafft Veränderung!“

Gehen wir gleich in medias res. Das Haus im Grünen als Falle für den Klimaschutz oder für die Klimaschutzsteigerung, auf die Lage kommt es an. Trotz zahlreicher innovativer Entwicklungen neuester Baustandards und ausgefeilter Technologie ist es uns in Bezug auch im Wohnbereich nicht gelungen, wirklich so massive Einsparungen zu erzielen. Und das hat meiner Ansicht auch eine bzw. mehrere Ursachen, nämlich, dass zwar das technisch machbare mittlerweile im Vordergrund steht. Wir

haben gehört der Passivhaus-Standard ist ja kein technisches Problem mehr, aber vielfach auf die Nutzer und Nutzerinnen in den Haushalten vergessen wird, d.h. das Haus im Grünen entwickelt sich so zu einer Klimafalle. Wegstrecken werden größer, man hat größere Distanzen zum Arbeitsplatz, zur Infrastruktur, zum Kindergarten, zur Schule. Wenn man hier im Vergleich eine Grafik ansieht, - die ich mir vom VCÖ ausgeborgt habe - wo 3 verschiedene Haustypen mit unterschiedlichem Nutzerverhalten verglichen wurden, dann sieht man, dass der Faktor „Wärme und Raumbeheizung“ nicht mehr der Faktor ist, der eigentlich bestimmend ist was den Energieverbrauch von privaten Haushalten anlangt. Der Faktor Mobilität kommt zusehends in den Vordergrund und das ist auch jener Bereich der uns langfristig ein riesiges Problem beschert hat, und mittlerweile haben wir noch immer keine konkreten Lösungen oder Handlungsmöglichkeiten gefunden, um hier Trendumkehr und eine Klimaschutzmaßnahme zu entwickeln. Ein normales Haus ohne Auto ist de facto Klimaeinsteiger oder Klimasieger in diesem Vergleich im Gegensatz zu einem Energiesparhaus, wenn hier die Mobilität mit einem privaten PKW zurückgelegt wird. „Das Haus im Grünen“ als Falle für den Klimaschutz – auch ein zweites Beispiel. Es gab im Herbst eine Studie aus Wien, die mir ins Auge gesprungen ist, da hat man den öffentlichen Wohnbau angeschaut und hat gesehen, dass hier sehr gute Sanierungsmaßnahmen umgesetzt wurden, und trotzdem kamen die Techniker auf ein erschreckendes Ergebnis, dass vorher berechnete Einsparpotential wurde bei weitem nicht erreicht und das heißt „Gut gedämmt ist nur die halbe Miete“, weil nämlich die Nutzer und Nutzerinnen uns ein Schnippchen schlagen. Das heißt, die Nutzer und Nutzerinnen in den Wohnräumen, in den Haushalten freuen sich „Jetzt haben wir Energie eingespart“ und was passiert? „Wir erhöhen die Raumtemperatur, wir nützen Räume – die bis dato nicht genützt wurden – verstärkt im Wohnbereich, wir weiten unsere Raumflächen aus“. Es gibt hier eine Vergleichszahl aus Deutschland, da hat sich in den letzten 2 Jahren die Wohnnutzfläche für den Privaten von durchschnittlich 31 m² auf 41 m² erhöht. Man sieht also hier auf einer Seite die technische Möglichkeit Einsparungen zu erzielen, aber in kürzester Zeit habe ich diese positiven Effekte durch ein – ich sage - unverständliches oder uneffizientes Nutzer- und Nutzerinnenverhalten wieder verpufft. Damit sind wir nun wieder bei einem sehr kritischen Bereich, den ich auch ansprechen möchte und wenn man vom Haushalt spricht und von den Bewohnern und Bewohnerinnen. „Schrankenloser Konsum als Falle im Klimaschutz“ – wir sind damit konfrontiert, dass wir einem ständig steigenden Konsum gegenüberstehen und der gegenwärtige Lebensstil der weltweiten Konsumschicht basiert auf sehr hohem Energie- und Ressourcenverbrauch. Allein die Anzahl der stetig ansteigenden Elektrogeräte in den Haushalten, zeigt natürlich, dass da hier mit irgendwelchen negativen Effekten verbunden sein muss. Wenn ich mir so einen durchschnittlichen Haushalt anschau, ist es mittlerweile so, dass nicht nur mehr ein Fernsehgerät in den Wohnzimmern steht sondern auch die Kinderzimmer werden versorgt. Wir haben „PlayStation“, wir haben das gekühlte „Weindepot“ das ganzjährig unseren Wein auf der richtigen Temperatur hält, wie haben die „Dampfsauna“ im Keller, also unsere Energiedienstleistungen, unsere Energiebedürfnissen steigen ungleich stärker an, als was wir mit alternativen Formen, mit positiven Effekten im Gebäudesanierungsbereich, mit positiv motivierenden, unterstützenden Faktoren erzielen können.

„Die Wahrheit ist den Menschen zumutbar“ – das ist ein Zitat, das mir in den letzten Tagen ein paar Mal untergekommen ist, von Ingeborg Bachmann. Ich denke mir, es passt sehr treffend auf das Klimathema „Die Wahrheit ist den Menschen zumutbar“. Wenn wir die Erde bei Nacht anschauen, dann ist das für mich ein objektives Bild dessen wie sich unser Globus darstellt, und ganz deutlich auch wo die Verursacher dieses globalen Klimawandels sind. Die sind nicht im Süden, die sind auch nicht in China angesiedelt, sondern das sind die Völker der westlichen Welt im Norden – das ist Zentraleuropa, das ist die nördliche USA – hier haben wir noch einen pro Kopf Verbrauch, der jenseits von dem Faktor 10 angesprochen Ziel ist. Österreich mit 11,5 Tonnen, die USA mit bereits weit über 20 Tonnen pro Einwohner. Das sind Zahlen die reduziert gehören und da sind massive, nachhaltige Maßnahmen notwendig. Damit komme ich zu konkreten Handlungsanleitungen, zwei Punkte die ich mir hier herausgepickt habe. „Lokal handeln, aber global denken“ – im Klimabündnis ist der Ansatz, das wir wenn wir über Klimaschutzmaßnahmen sprechen die globale Dimension nicht aus den Augen verlieren dürfen. Unser derzeitiger Lebensstil verändert nicht nur das Klima, sondern geht vielmals Hand in Hand mit lokaler Umweltzerstörung, d.h., dass was wir heute kaufen hat natürlich Auswirkungen in den Ländern des Südens und ich denke heute am Nachmittag, der Herr Pekny wird hier noch stärker auf diese Thematik eingehen. Das bedeutet für uns auch „Wer einkauft, entscheidet“ und für uns ganz wichtig „Bestbieter vor Billigstgebot“ und ich denke mir, dass ist auch eine Handlungsmöglichkeit für die Steiermärkische Landesregierung hier bei den Ausschreibungen, bei den Einkäufen Vorreiter und Vorbild zu sein und die Möglichkeiten des ökologischen und des fairen Einkaufes zu berücksichtigen. Die Siegel auf der rechten Seite sind natürlich nur eine Auswahl. Es gibt eine Vielzahl von unterschiedlichsten Gütesiegeln, die die Energiestandards belegen, die die Nachhaltigkeit in der Produktion darstellen, die Reparaturfähigkeit wiedergeben usw., alles worauf wir achten müssen wenn wir neue Produkte erwerben und einkaufen. „Bewusstsein schafft Veränderung“ – das ist so der zweite positive Part wo wir Handlungen setzen können, wo wir aktiv werden können und auch ein jener Kernbereich den wir in unserer Arbeit sehen. „Bewusstsein schafft Veränderung“, „Klimaschutz im Unterricht“, „Informationen und Diskussionen in der Öffentlichkeit“, „Motivation zum Klimaschutz“, das sind so die Highlights die wir hier einbringen sollten. Die Themengebiete „Klimawandel und Klimaschutz“ sind oft derartig komplex und auch nicht durchschaubar für die Bevölkerung, dass sie zusehends frustriert, d.h. die Menschen wenden sich ab, sie möchten damit gar nicht mehr konfrontiert werden und gehen ihren gewohnten Gang. Daher ist es umso wichtiger hier in die Schulen zu gehen, mit den Pädagogen und Pädagoginnen zu sprechen und das Interesse ist hier sehr hoch. Information wird gefordert und vor allem warum es auch geht – „Konkrete Handlungsanleitungen zu geben“. Konkret zu werden, indem was die Menschen tun sollen und nicht nur mit dem erhobenen Zeigefinger durch die Länder zu gehen, und daher muss Klimaschutz zum Tagesgeschäft werden. Von uns aus gesehen muss stetig diskutiert werden, es muss eindringlich sein und das was ich besonders wichtig finde, es muss vor allem motivierend sein. Also ohne Motivation werden wir es nicht schaffen, dass die Menschen hier mitmachen und mitziehen. „Weniger ist mehr“ – mit dem Eingangsslogan möchte ich auch jetzt zum Abschluss von meinen 10 Minuten kommen.

„Klimaschutz ist in aller Munde“ – und um gute Ratschläge ist man nicht verlegen. Trotzdem werde ich oft den Eindruck nicht los, dass man versucht das Pferd von hinten aufzuzäumen und die nahe liegenden Lösungen nicht annimmt und das ist für mich in erster Linie „Energie einzusparen“ in allen Bereichen unseres Lebens und gezielter und effizienter einzusetzen. Daher meine ich „Weniger Umweltzerstörung, weniger Ressourcenverbrauch und weniger Energieverbrauch“ bedeutet für uns alle langfristig mehr „Lebensqualität, mehr nachhaltige Entwicklung, mehr soziale Gerechtigkeit und mehr Zukunft für unsere Kinder“. Herzlichen Dank! (*Beifall im Publikum*)

Präsident: Ich danke Ihnen, Frau Mag. Gössinger-Wieser für die interessanten Ausführungen, auch Sie haben auf 10 Sekunden hingearbeitet bei den 10 Minuten. Herzlichen Dank nochmals für diese interessanten Ausführungen.

Wir kommen nun zum **5.Thema**, wo die Frage gestellt wird „**Kein Kraftwerk mehr?**“ von Herrn DI Gotthard FRESACHER, Energie Steiermark.

Die wesentlichen Abschnitte im Lebenslauf des Vortragenden sind:

- Studium „Elektrotechnik“ an der Technischen Universität Graz
- Universitätsassistent am Institut für Elektrische Maschinen und Antriebe
- Arbeit bei Landesenergieversorger Energie AG Oberösterreich
- Seit 2002 bei der in der Energie Steiermark AG im Bereich der Konzernstrategie

Ich danke Ihnen, dass Sie bereit sind hier einen Vortrag zu halten und bitte Sie darum. Ihre Redezeit beträgt wie vereinbart 20 Minuten.

DI Gotthard Fresacher: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Abgeordnete, sehr geehrte Damen und Herren!

Der Standort Steiermark hat sich in den letzten Jahren sehr dynamisch entwickelt, und mit ihr auch der Energieverbrauch. Um die Versorgungssicherheit auch weiterhin zu garantieren, sind zahlreiche Maßnahmen und zahlreiche Investitionen in die Steirische Energieinfrastruktur notwendig und darüber möchte ich heute berichten.

Zum Inhalt meines Referats: Zunächst möchte ich einige Eckdaten zur Energie Steiermark präsentieren. Danach werde ich auf die Frage „Wie wird die Energie Steiermark die Sicherung der Energieinfrastruktur bewerkstelligen?“, eingehen. Kernthema wird sein, zukünftig den Strom entweder zu importieren oder diesen in der Steiermark selbst zu erzeugen. Den Abschluss des Referats bilden die Aktivitäten unseres Unternehmens im Bereich der Erneuerbaren mit den anschließenden Schlussbemerkungen.

Zunächst die Eckdaten der Energie Steiermark: Wir haben in etwa 1,2 Milliarden Euro Umsatzerlöse. Diese setzen sich zu gut 50 % aus Stromerlösen, zu einem Drittel aus Gaserlösen, zu 10 % aus Wärme und zu 4 % Sonstigem zusammen. Was Ihnen als Eigentümerversorger, ich meine hier den Steirischen

Landtag, auch über die Energie Steiermark bewusst sein sollte, ist, dass fast jeder zweite Steirische Haushalt nicht im Stromversorgungsgebiet der Energie Steiermark liegt: In der Steiermark gibt es ungefähr 600.000 Stromanschlüsse; davon wurden im Jahr 2000 nur ca. 160.000 Kundenanlagen von der STEWEAG direkt versorgt. Durch Fusion mit STEG sowie zahlreiche Unternehmungskäufe ist es schließlich gelungen, dass nunmehr etwa 55 % der Strom-Endkunden von der Energie Steiermark direkt versorgt werden. Es gibt in der Steiermark nach wie vor 50 Energieversorger - hier ist die Landkarte darüber. Zu sehen sind darauf auch die einzelnen Konzessionsgebiete der Akquisitionen, wie zum Beispiel das STEG-Gebiet, das für die Energie Steiermark sehr, sehr wichtig war.

Zur Eigentümerstruktur der Energie Steiermark: Das Land Steiermark besitzt knapp 75 % am Unternehmen, 25 % gehört der SIA, Societe d'Investissement en Autriche. Zusätzlich ist im Bereich Strom, beim größten Unternehmen in unserem Konzern, zu 34 % der Verbund beteiligt. Sprich, das Land Steiermark hält am Stromversorger STEWEAG-STEG prozentuell durchgerechnet, etwa 50 %.

Nun zu den Schwerpunkten und Grundsätzen bei der Sicherung der Energie-Infrastruktur. Wie können wir langfristig die Strominfrastruktur sichern? Im Bereich Aufbringung bzw. Erzeugung wollen wir vom Stromimporteur zum Eigenerzeuger werden. Und hier natürlich unter Nutzung modernster Technologie, aber auch unter maximaler Ausnutzung wirtschaftlich verfügbarer regenerativer Energieträger. Im Bereich der Netze ist die Absicherung mit dem 380 kV-Höchstspannungsnetz des Verbundes notwendig - auch die steirische Industrie drängt darauf. Das steirische 110 kV-Netz ist an das 380 kV-Höchstspannungsnetz des Verbundes anzubinden und damit entsprechend abzustützen. Im Bereich der Verteilnetze wird die Verkabelung - zur weiteren Erhöhung der Versorgungssicherheit - vorangetrieben.

Die wichtigsten Aufgaben im Bereich Gas: Hier konnte in den letzten Jahren eine langfristige vertragliche Absicherung erzielt werden. Bis Mitte 2020 ist die steirische Gasaufbringung jedenfalls gesichert. Hier wurden Bezugsverträge - insbesondere jene mit Russland - erneuert. Die Bezugsquellen für Erdgas sind Österreich, vorwiegend Russland und Norwegen. Im Bereich der Gasnetze ist - auch wiederum durch die dynamische Entwicklung des Wirtschaftsstandortes getrieben - ein Ausbau der Transportkapazitäten notwendig. Dafür wird eine Leitung von Wien über den Semmering, über Bruck und letztendlich weiter nach Kärnten gebaut. Dies ist notwendig für die Industrie, aber auch notwendig, wenn man die Stromerzeugung in der Steiermark maßgeblich erhöhen will.

Im Bereich Wärme ist es uns ein Anliegen, die Wärmeversorgung des Großraumes Graz sicherzustellen. Dabei könnte einerseits die Feinstaubproblematik weiter zurückgedrängt werden, andererseits könnte die Abwärme von kalorischen Kraftwerken genutzt werden. Im Bereich der Fernwärmenetze wird vorwiegend deren Verdichtung vorangetrieben. Neue Netze werden derzeit nicht gebaut.

Die Lösung aller dieser Aufgaben erfolgt unter ökonomisch vertretbaren und ökologisch bestmöglichen Randbedingungen - mit Berücksichtigung der Prinzipien von höchstmöglicher Versorgungssicherheit und Nachhaltigkeit. Für die erfolgreiche Umsetzung ist ein entsprechender

Kompetenzaufbau im Unternehmen notwendig bzw. ist dieser bereits erfolgt: Um in die Erzeugung gehen zu können, hat man einen eigenen dafür zuständigen Unternehmensbereich aufgebaut. Entsprechende Fachleute/Kapazitäten hat man dafür bereits gewinnen können.

Nun zum Thema „Stromimport oder Eigenerzeugung“: In den letzten Jahren ist der Stromverbrauch um über 3 % jährlich gestiegen. Und auch die maximale Spitzenleistung im Netz ist ebenso in etwa um diese 3 % jährlich angestiegen. Wir gehen auch weiterhin von einer sehr dynamischen Entwicklung des Standortes aus. Mit dieser wird eine deutliche Verbrauchssteigerung im Bereich Strom und im Bereich Gas einhergehen. Hier ist eine Abbildung, die diese Entwicklung zeigt. Dieser liegen gut 2,5 % Wachstum jährlich zugrunde. Es gibt auch Prognosen, die von nur von 1,6% Verbrauchszuwachs jährlich ausgehen – nichts desto trotz wird in den nächsten Jahren mit einer enormen Verbrauchssteigerung zu rechnen sein.

Wie sieht die aktuelle Stromaufbringung im Stromnetz Steiermark aus? Wir haben ungefähr 8.500 Gigawattstunden, die wir jährlich aufbringen. Davon wird in der Steiermark selbst etwas mehr als die Hälfte erzeugt. Dieser Wert ist von 2006 - abzüglich Kraftwerk Voitsberg gerechnet. Der Anteil an „alternativen“ Erneuerbaren, also Erneuerbaren ausgenommen Wasserkraft, ist relativ gering. Dieser Anteil hat 2006 etwa 250 Gigawattstunden betragen, wovon feste Biomasse 80 Gigawattstunden und Biogas knapp 90 Gigawattstunden ausgemacht haben. Der Eigenversorgungsgrad beträgt nur 56 %. Man muss sich bewusst sein, dass der verbleibende Anteil des Stromes, der von der Steiermark importiert wird, vorwiegend an der Leipziger Börse zugekauft wird. In diesem zugekauften Mix ist natürlich auch kalorische Erzeugung oder Kernenergie enthalten – diesbezüglich macht die Börse keinen Unterschied.

Wie sind die Ausbaupotentiale der Erneuerbaren in der steirischen Stromerzeugung? Dafür möchte ich ein extrem ambitioniertes Szenario aufzeigen. In der Wasserkraft sehen wir in etwa 750 Gigawattstunden an zusätzlichem Potenzial. Davon werden wir - derzeit ist das Genehmigungsverfahren dafür im Laufen - 173 Gigawattstunden mit den beiden Murkraftwerken südlich von Graz ausbauen. Weitere Wasserkraftwerke, so glauben wir, von in etwa 580 Gigawattstunden werden noch verbaut werden können. Für den Bereich Biomasse und Biogas habe ich die sehr hohe Zahl von 680 Gigawattstunden angesetzt. Wir könnten mit den höchsten Anstrengungen in etwa 1 Million Erntefestmeter Holz für die Strom- und Wärmeerzeugung zusätzlich nutzbar machen. Wenn wir dies alles verstromen, bei gleichzeitiger Nutzung von Wärme, könnte diese Zahl in etwa realisiert werden. Dies würde einer Verfünffachung der derzeitigen Stromerzeugung aus Biomasse entsprechen. Ob dies auch wirtschaftlich sinnvoll ist, ist eine zweite Frage. Hier habe ich eher technische Potentiale aufgezeigt und nicht unbedingt wirtschaftlich realisierbare Potentiale.

Im Bereich Wind: Meines Erachtens ist dies ein eher politisches Thema. 320 Gigawattstunden würde wieder eine Verfünffachung der Erzeugung aus 2006 bedeuten. Die besten Standorte sind vergeben und für weitere stellt sich die Frage, inwieweit ist überhaupt der Wille vorhanden, dass man Windkraft in der Steiermark weiter ausbaut?

Hemmnisse der Erneuerbaren im Bereich der Wasserkraft: Sehr gute Standorte werden bereits genutzt. Das weitere Ausbaupotential liegt überwiegend in Naturschutzgebieten. Hier gibt es einen Zielkonflikt seitens der Politik, seitens des Naturschutzes. Dauer und Kosten der Bewilligungsverfahren sind für uns immer ein heikles Thema - allein wenn man sich anschaut, wie lange die Bewilligungsverfahren für die Kraftwerke entlang der Mur dauern und wie kostenintensiv diese sind. Diese Kosten sind ein wesentlicher Faktor bei der Realisierung der Kraftwerke. Hemmnisse bei Biomasse und Biogas: Hier muss man aufpassen, nicht in Konkurrenz zur stofflichen Nutzung zu treten. Die Folge wären steigende Preise - das haben wir bereits bei den Nahrungsmitteln erlebt. Gebot bei der Biomasseverstromung ist die gleichzeitige Wärmenutzung, da die Wirkungsgrade nach wie vor sehr niedrig sind. Für Stromerzeugung aus Wind sind steirische Standorte nur eingeschränkt geeignet. Im nordwestlichen Teil von Europa, an der Atlantikküste oder Nordseeküste, ist die Eignung wesentlich besser gegeben.

Selbst wenn dieses ambitionierte Ausbauszenario für Erneuerbare trotz der Hemmnisse bis Mitte 2020 realisiert werden würde, ergäbe sich, wie hier veranschaulicht im Bereich Strom, eine gewaltige Aufbringungslücke in der Steiermark. Man könnte behaupten, dass ab jetzt die Verbrauchsentwicklung nicht mehr so dynamisch voranschreiten werde. Aber selbst wenn der Stromverbrauch gleich bleibt, ist diese Aufbringungslücke vorhanden. Das Kraftwerk Neudorf/Werndorf wird wahrscheinlich 2017 schließen. Mitte 2020 wird entweder eine Erneuerung oder das Schließen vom Dampfkraftwerk Mellach notwendig sein. Und das vergrößert ebenfalls diese Aufbringungslücke. Mit Regenerativen kann diese Lücke nicht geschlossen werden. Wesentlicher Ansatzpunkt ist natürlich die Energieeffizienz. Die Bedarfssteigerung darf, wenn man mit Erneuerbaren Energien etwas bewegen will, in dem Ausmaß nicht voranschreiten.

Wie könnte man diese Lücke dennoch schließen, und zwar mit Standortbedingungen, die wettbewerbsfähig sind? Wir sehen als Möglichkeit modernste GuD-Anlagen mit einem elektrischen Wirkungsgrad von knapp 60 % mit gleichzeitiger Nutzung der Abwärme im Raum Graz. Hier bietet sich einerseits der Standort Mellach an, andererseits der Standort in der Puchstraße. Die spezifischen CO₂-Emissionen bei diesen GuD-Kraftwerken liegen unter 0,4 Tonnen pro Megawattstunde. Das ist wesentlich weniger als derzeit bei modernsten Steinkohlekraftwerken oder bei modernsten Braunkohlekraftwerken erzielt werden kann. In der Abbildung sind CO₂-Emissionen bestehender Braunkohlekraftwerke und Steinkohlekraftwerke dargestellt. Dabei sehen wir eine um den Faktor 2 bis 3 höhere spezifische CO₂-Emission.

Bei gleichzeitiger Abwärmenutzung sinkt die spezifische Emission bei einem GuD-Kraftwerk auf unter 0,3 Tonnen pro Megawattstunde genutzter Energie. Wenn man Strom und Wärme auf fossiler Basis bereitstellt – und nur damit kann der Bedarf derzeit abgedeckt werden – dann hat ein GuD-Kraftwerk die niedrigsten Emissionen.

Welche Aktivitäten hat die Energie Steiermark im Bereich der Erneuerbaren? Hier möchte ich auch die Energieeffizienz erwähnen, die meines Erachtens ein entscheidende Punkt ist. Was können wir als Versorger diesbezüglich tun? Nun, wir haben zum Beispiel eine Mailing-Aktion durchgeführt; damit

sollte ein Kundenbewusstsein für Energieeffizienz geschaffen werden. Wir haben diese Aktion kombiniert, um die Publikumswirksamkeit zu erhöhen, mit einem Energiesparbonus von 30,- Euro für die ersten Tausend Einsender, die eine Rechnung über einen Kauf eines Haushaltsgerätes der höchsten Energieeffizienzklasse vorweisen konnten. Man sollte hier vor allem sehen, dass uns Effizienz am Herzen liegt. Inwieweit wir das Kundenverhalten tatsächlich beeinflussen konnten, ist eine zweite Frage. Wo wir in Bezug auf Effizienz wirklich Einfluss haben, sind die eigenen Anlagen. Diese müssen wir natürlich entsprechend effizient realisieren bzw. mit entsprechenden Adaptierungen effizient gestalten.

Welche Aktivitäten setzt die Energie Steiermark im Bereich der Regenerativen darüber hinaus? Derzeit sind zwei Genehmigungsverfahren für Wasserkraftwerke an der Mur im Laufen. Weitere Wasserkraftwerke sind in Projektierung, ein Screening-Prozess für zusätzliche Wasserkraftstandorte wird durchgeführt. Wir betreiben acht Biomasseheizwerke in der Steiermark, darunter die größte steirische Biomasseverstromungsanlage. Fast die Hälfte der steirischen Stromerzeugung aus fester Biomasse des Jahres 2006 könnte durch diese Anlage bereitgestellt werden. Wir sind dabei, im Bereich Windkraft ein Projekt zu entwickeln. Forschungsschwerpunkte haben wir im Bereich der Biomasse gesetzt, auf die ich dann später gesondert eingehen möchte.

Hier ist ein Bild der Wasserkraftwerke Kalsdorf/Gössendorf. Das Investitionsvolumen beträgt in etwa 115 Millionen Euro. Das Projekt ist somit wirklich sehr kostenintensiv. Und wie gesagt, die Genehmigungsverfahren spielen dabei eine nicht unwesentliche Rolle. Das nächste Bild zeigt die Biomasseverstromungsanlage BKL am Standort Mayr-Mellnhof mit einer Wärmeproduktion von ca. 200 Gigawattstunden und einer Ökostromproduktion von 36 Gigawattstunden pro Jahr - Investitionsvolumen war in etwa 20 Millionen Euro. Solche Standorte der Industrie, wo man bei der Stromerzeugung gleichzeitig die Abwärme nutzen kann, würden wir uns öfter wünschen. Das wäre im Sinne der Nachhaltigkeit und auch der Wirtschaftlichkeit.

Welche Forschungsprojekte haben wir im Bereich der Biomasse? Wir beschäftigen uns mit dem Projekt der Biogasaufbereitung und Einspeisung in das Erdgasnetz in Leoben - an der Kläranlage Leoben wird dieses Projekt realisiert. Ein weiterer Punkt ist die Forschung an einem hocheffizienten Biomassekraftwerk. In der Biomasseverstromung hat man nach wie vor relativ niedrige Wirkungsgrade. Hier wurde ein Projekt initiiert, um diese Wirkungsgrade um einige Prozentpunkte zu erhöhen.

Gas aus Biomasse: Mit diesem Projekt versuchen wir, Erdgas mit Gas aus Biomasse zu substituieren. Ob das mit einer großen zentralen oder mit mehreren dezentralen Anlagen umgesetzt werden sollte, oder mit welchen Rohstoffen das am besten realisiert werden kann, ist Teil dieses Projektes.

Abschließend noch ein Pilotprojekt zur Energieholzproduktion in Kurzumtrieb: Damit sollen zusätzliche Flächen für die Energieholzproduktion genutzt werden. Wir wollen dabei eine effiziente Anbau- und Erntelogistik anwenden. An den vier bestehenden Versuchsflächen in der Steiermark soll zunächst Know-how über Energieholzproduktion im Kurzumtrieb gewonnen werden. Wir wollen dadurch die richtigen Sorten, die optimierten Pflanzenzahlen und Umtriebszeiten hinsichtlich Ertrag,

hinsichtlich Düngereinsatz in Erfahrung bringen. Ziel des Ganzen ist mittelfristig etwa 10.000 Hektar Energiewälder, dies entspricht rund 750 Gigawattstunden per anno. Das ist wirklich ein sehr, sehr ambitionierter Ansatz. Projektpartner ist die Pflanzenbauabteilung der Landwirtschaftskammer Steiermark. Ich hoffe, dass dieser ambitionierte Ansatz auch tatsächlich umgesetzt werden kann. Als Kurzumtriebsflächen sollten insbesondere Grenzertragsböden und sonst unproduktive Flächen genutzt werden. Wir wollen nicht in Flächenkonkurrenz zu anderen treten, also mit Nahrungsmittelindustrie oder mit der stofflichen Nutzung von Wäldern. Hier wäre auch das Land Steiermark gefragt, das Ausgleichsflächen zum Beispiel aus Infrastrukturprojekten zur Verfügung stellen könnte - oder auch Flächen in Wasserschutzschongebieten. Diese Abbildung zeigt die für Kurzumtriebe angewandte Erntelogistik. Um den Umstieg auf „Pappel oder Weiden“ für die Landwirte zu erleichtern, ist eine finanzielle Starthilfe vorgesehen.

Weiters haben wir im Konzern ein Unternehmen, (*Glockenläuten des Präsidenten*) das sich rein dem Vertrieb von Erneuerbarer Energie widmet. Dabei wird garantiert, dass die Erlöse auch wieder ausschließlich in die Errichtung von Anlagen auf Basis erneuerbarer Energie fließen, und die Wertschöpfung auch im Land bleibt.

Schlussbemerkungen: Die Europäische Kommission will eine Energietrendwende einleiten, und im Bereich der Erneuerbaren und der Energieeffizienz eine globale Vorreiterrolle übernehmen. Hauptaugenmerk ist mittelfristig auf Energieeffizienz zu legen, die fossilen Brennstoffe werden aber weiter dominieren. Trotz aller dieser Bemühungen, wird der Strombedarf in Europa - so die Prognosen - bis 2030 um etwa 30 % wachsen. Gleichzeitig hat der Europäische Kraftwerkspark einen enormen Erneuerungsbedarf. Die bestehende und sich weiter vergrößernde Erzeugungslücke in der Steiermark kann nur im Mix aus erneuerbaren und fossilen Brennstoffen geschlossen werden - und die Energie Steiermark ist bestrebt die verfügbaren Potentiale an erneuerbaren Energien, im Rahmen der Wirtschaftlichkeit zu nutzen. Die Energie Steiermark ist engagiert im Bereich der Energieeffizienz Maßnahmen zu setzen und bekennt sich zu modernster Technologie, um dem Ziel der vollständigen Eigenversorgung näher zu kommen. Danke! (*Allgemeiner Beifall*)

Präsident: Ich danke, dem Herrn DI Fresacher für seinen informativen Vortrag und für die Bereitschaft hier mitzutun.

Wir kommen zum **6. Thema**, wiederum das Thema „**Kein Kraftwerk mehr?**“ von Herrn Dr. Heinz KOPETZ, Vorsitzender des Österreichischen Biomasseverbandes.

Ich darf auch hier einige wesentliche Daten aus dem Lebenslauf des Referenten kundtun:

- Studium Landwirtschaft und Nationalökonomie in Wien, Paris und USA
- Tätigkeit bei der Landwirtschaftskammer Kärnten, Landwirtschaftsministerium Wien, Wirtschaftsforschungsinstitut Wien
- 1974 bis 2006: Direktor der Landwirtschaftskammer Steiermark

- Mitarbeit in zahlreichen Arbeitsgruppen
 - seit 1995: Obmann des österreichischen Biomasseverbandes
 - seit 2004: Obmann des Board des Austrian Bioenergy Centers
 - seit 2006: Obmann des europäischen Biomasseverbandes AEBIOM

Publikationen von zahlreichen Fachartikeln zu den Themen Landwirtschaft, Klima, Energie sowie von drei Büchern.

Ich bedanke mich, Herr Dr. Kopetz und bitte nunmehr um den Vortrag. Die Redezeit beträgt wie vereinbart 10 Minuten.

Dr. Heinz Kopetz: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Vielen Dank für die Einladung. Das provokante Thema „Kein Kraftwerk mehr?“ gibt mir Gelegenheit zwei mögliche Varianten für die künftige Entwicklung der Stromwirtschaft aufzuzeigen. Doch zuerst eine Vorbemerkung:

Es gibt verschiedene Ansätze an ein solches Thema heran zugehen. Ich unterscheide zwischen dem „Sektoralen Ansatz“ - Fachleute erkennen ein Problem, entwickeln Lösungen und machen sich wenig Gedanken über Nebenwirkungen. Im Gegensatz dazu der „Vernetzte Ansatz – es werden Lösungen entwickelt und versucht auch die Nebenwirkungen in die Lösung zu integrieren.

Ich möchte diese verschiedenen Ansätze an Beispielen aus der Energiewirtschaft gegenüberstellen.

Wir haben gerade gehört, der Strombedarf steigt, die Wasserkraft ist nur beschränkt ausbaubar, daher der sektorale Ansatz „Wir bauen neue, fossile Kraftwerke“.

Im Vortrag zum Thema „Klimaschutz“ haben wir gehört, hohe CO₂ Konzentrationen verstärken Katastrophen, fossile Kraftwerke emittieren CO₂. Daraus folgt - keine Kraftwerke mehr.

In der Wirtschaftspolitik dominiert die Ansicht: mehr Beschäftigung erfordert mehr Wachstum, mehr Wachstum bedeutet größeren Energieverbrauch, daher müssen neue Pipelines gebaut werden, um den Bedarf zu decken.

Wenn ich Geologen zuhöre und ihre Publikationen lese, dann sagen diese, wir sind schon am Produktionsmaximum, in Zukunft wird die Produktion zurückgehen, die Kapazität der bestehenden Pipelines reicht eigentlich auch aus.

Die Frage für die Politik lautet nun: Wer hat jetzt wirklich recht? Doch die Antwort wird immer von dem abhängen, den Sie fragen. Wenn Sie Fachleute der Stromwirtschaft fragen, werden sie antworten Neue Kraftwerke sind notwendig Wenn Sie Klimaschützer fragen – werden die sagen „Keine fossilen Kraftwerke“; das gleiche gilt punkto Pipelines.

Die spannende aber auch schwierige Aufgabe der politischen Entscheidungsträger liegt darin, sich alle anzuhören – einer davon bin ich, die anderen haben Sie schon gehört – und sich dann selbst darüber eine Meinung zu bilden, was jetzt wirklich das Beste für das Gemeinwohl ist, heute und in Zukunft. Diese Suche nach vernetzten Lösungen können Fachleute der Politik nur bis zu einem gewissen Grade abnehmen. Soviel zur Einleitung.

Jetzt zu ein paar Fakten: der Stromverbrauch in der Steiermark steigt von Jahr zu Jahr um etwa 180 Gigawattstunden, das ist die Produktion von 3 Murkraftwerken. Ungefähr 10 % des gesamten in der Steiermark verbrauchten Stroms verwenden wir für die Warmwasserbereitung und Raumwärme; das sind ungefähr 900 Millionen Kilowattstunden. In anderen Worten: etwa 40 % der Strommenge, die die steirischen Wasserkraftwerke erzeugen, verwenden wir um warmes Wasser zu produzieren und zu heizen. Hier gibt es ein beachtliches Einsparpotential für Strom

Und nun zu den CO₂ Emissionen der Steiermark: diese liegen momentan bei etwas über 15 Millionen Tonnen/Jahr im Vergleich zu 11 Millionen Tonnen, die die Steiermark gemäß dem Kyoto-Vertrag emittieren dürfte. Wir sollten daher die Emissionen um 4 Millionen gegenüber dem jetzigen Stand reduzieren.

Ein Blick auf die Märkte für fossile Energie liefert ebenfalls interessante Fakten. Sie sehen hier eine Darstellung der Entwicklung der Erdölpreise über 40 Jahre. Es fällt auf, dass in den 90er Jahren die Preise relativ konstant blieben. Anfang dieses Jahrzehntes stiegen sie an, dann gab es eine Pause und seit vier Jahren gibt es einen rasanten Anstieg der Erdölpreise.

Wenn Sie die Importstatistik des deutschen Wirtschaftsministeriums für die Erdgaspreise betrachten, so sehen Sie hier die gleiche Entwicklung. Die Erdgaspreise waren in den 90er Jahren mehr oder weniger stabil, momentan steigen sie sprunghaft an.

Vergleicht man diese Entwicklungen mit den Preisen für Strom auf der Börse in Leipzig, so sehen Sie, dass auch diese in den letzten 3 Jahren gestiegen sind. Sie sind im letzten Jahr leicht zurückgegangen und steigen seit einem halben Jahr wieder dramatisch an. Die Strompreiserhöhungen allein im letzten Quartal waren – glaube ich – über 10 %. Die Strompreise auf den Börsen folgen mehr oder weniger den Erdgaspreisen und damit den Ölpreisen.

Wenn man das alles zusammenlegt und mit den Preisen für Strom aus Windenergie vergleicht, so sieht man, dass die Kritik an der Windenergie vor einigen Jahren verständlich war, weil Strom aus Wind war damals fast doppelt so teuer wie Strom aus Erdgas. Doch diese Relation gilt auch heute nicht mehr und in 1-2 Jahren wird Strom aus Erdgas teurer sein als aus Windenergie.

Daher stellt sich die Frage, ob man angesichts dieser Preisentwicklung wirklich noch in Erdgaskraftwerke investieren soll? Damit kommen wir jetzt zu den beiden Varianten: a) der sektorale und b) der vernetzte Ansatz.

Zurzeit wird in der Steiermark Bau bzw. Inbetriebnahme dreier fossiler Kraftwerke diskutiert: Mellach, Graz, und Voitsberg, in Summe weit über 1.000 MW elektrische Leistung. Diese Kraftwerke würden 9 Milliarden Kilowattstunden Strom erzeugen können, etwa soviel wie der aktuelle Stromverbrauch der Steiermark. Allerdings, ihr Betrieb würde in klarem Widerspruch zu den Klimaschutzverpflichtungen der Steiermark und zu diversen EU-Richtlinie stehen, die CO₂ Emissionen der Steiermark würden nicht sinken sondern weiter zunehmen.

Die Alternative wäre ein vernetzter Ansatz, der ebenfalls die Sicherung der Stromversorgung vorsieht aber einen anderen Weg wählt um dieses Ziel zu erreichen, und zwar zunächst einmal von der Absatzseite her.

Der Stromverbrauchszuwachs von 180 Gigawattstunden jährlich folgt nicht aus einem Naturgesetz, sondern wir können den Verbrauchszuwachs senken, wenn wir ausreichende rechtliche und finanzielle Anreize für Maßnahmen zum Strom sparen schaffen. Solche Maßnahmen können soweit gehen, dass zum Beispiel die Warmwasserbereitung zwingend mit Solarkollektoren oder mit Heizsystemen gemacht wird und nicht mit Strom und wir Strom nur für solche Zwecke einsetzen, wo er unersetzlich ist.

Aber auch auf der Angebotsseite gibt es bisher kaum genutzte Möglichkeiten. Wir brauchen eine neue Bewertung der Windenergie – sowie in ganz Europa – weil Wind mittlerweile nach Wasserkraft der billigste Strom ist und das größte Ausbaupotential hat.

So erzählen Fachleute aus Deutschland, wenn der Wind stark weht, sinkt der Strompreis an der Börse. Allerdings, wir brauchen nicht da und dort ein „Windrad“ sondern „Windparks“ mit 100 – 200 MW wie man es in Navarra, Spanien sehen kann. Solche Windparks können dann tatsächlich Großkraftwerke erübrigen.

Wenn Sie das jetzt gegenüberstellen, den sektoralen Ansatz und den vernetzten Ansatz, so sind die Hauptunterschiede:

- wesentliche Reduktion im Verbrauchszuwachs in den nächsten 20 Jahren durch Eingriffe der Politik in Form neuer Rahmenbedingungen
- Rascher Ausbau der erneuerbaren Energie, insbesondere Windenergie
- keine fossilen Großkraftwerke.

Kleinere Gaskraftwerke ja, vielleicht mit 50 oder 100 MW Leistung in Graz oder in anderen Städten, die die Abwärme voll nutzen können. Gleichzeitig müssen die Gasleitungen zurückgebaut werden und die Fernwärme ausgebaut, damit man die Abwärme auch tatsächlich einsetzen kann.

Mit dem vernetzten Konzept würden die CO² Emissionen aus der Stromerzeugung statt 4 oder 5 Millionen Tonnen nur 1 oder bis 2 Millionen Tonnen betragen und damit unseren Kyoto-Zielen entsprechen.

Was kann der Landtag unternehmen um eine solche nachhaltige Form der Stromerzeugung zu erreichen außer Enqueten abzuhalten? Ich würde Sie einladen, fahren Sie einmal nach Navarra, Nordspanien und schauen Sie sich an, wie eine Gegend mit ähnlicher Topographie wie die Steiermark, 80, 90 % des Stroms aus Wind, Biomasse und Wasserkraft erzeugt. Sie könnten vielleicht auch eine Gruppe von Experten beauftragen, dieses alternative Modell auszuarbeiten - ich kann das in 5 Minuten hier ja nicht so vortragen – unabhängige Experten. Ich würde auch bitten, diskutieren wir auch einmal mit den Verantwortungsträgern der Energiewirtschaft, das sind die Aufsichtsräte und die Eigentümervertreter, warum der Klimaschutz, zu dem wir verpflichtet sind, in den Investitionsplan nicht eingebaut wird.

Die entscheidende Frage ist letztlich - und damit möchte ich mich bei Präsident Schrittwieser anschließen - welche Steiermark wollen wir unseren Kindern übergeben? Und vielleicht sollten Sie jetzt abschalten und an Ihre Kinder und Enkelkinder denken, die mit Augen voller Hoffnung, Erwartung und Fröhlichkeit in die Zukunft schauen und sich fragen, (*Glockenzeichen des Präsidenten*)

Wollen wir ein Land zurücklassen, verwüstet von Stürmen, wie wir es gerade erlebt haben (*Paula*) oder ein Land, in dem Windräder stehen, unzählige Solaranlagen die Sonnenenergie einfangen, wo neue Kraftwerke gebaut werden auf der Basis der Sonnenenergie und damit eine Fülle von Arbeitsplätzen entstehen, in dem neue Energiekulturen geerntet werden, wie wir es gemeinsam mit der ESTAG ohnehin schon versuchen.

Und ich möchte dazu sagen, wenn immer Sie diesen alternativen Weg gehen - keine Großkraftwerke sondern Energiesparen und erneuerbare Energie ausbauen – dann ist das eine Entscheidung, die nicht nur für die Steiermark sondern für Österreich, für Europa und für die ganze Welt von Bedeutung ist.

Schon manchmal sind vom Steiermärkischen Landtag Impulse ausgegangen die auch Österreich verändert haben. Gerade die rasch wachsenden Länder in Asien orientieren sich in Umweltfragen an dem, was in Europa geschieht. Wenn ein Land, das so reich an Wissenschaft und Forschung an technischem Know-how, an Erfahrung in Fragen der erneuerbaren Stromerzeugung ist wie die Steiermark den Weg der fossilen Stromerzeugung geht trotz der nur allzu bekannten Klimaprobleme, so ist das ein Signal, das Länder in Entwicklung den gleichen Weg gehen und das dann tatsächlich die Frage nach den künftigen Lebensbedingungen nur mehr negativ zu beantworten ist. Daher meine Antwort auf die Frage: „Kein Kraftwerk mehr“ Nein, kein fossiles Großkraftwerk mehr. Danke. (*Allgemeiner Beifall*)

Präsident: Ich danke Ihnen Herr Dr. Kopetz für diesen interessanten Vortrag und ich bedanke mich auch für die Teilnahme an dieser Enquete.

Wir kommen zum nächsten Thema. Dem **7. Thema „Kann öffentlicher Verkehr das Auto ersetzen?“** vom Herrn Dipl. Ing. Herbert Kasser. Generalsekretär des Bundesministeriums für Verkehrinnovation und Technologie.

Ich darf auch hier Details des Lebenslaufes kurz hervorheben.

- Abteilungsleiter für Wirtschaft, Landwirtschaft, Verkehr und Infrastruktur in der Sektion Budget des Bundesministeriums für Finanzen.
- Mitglied von Aufsichtsräten im Bereich des BMVIT (so unter anderem in der Österreichischen Forschungsförderungsgesellschaft, der ÖBB Infrastruktur Bau Aktiengesellschaft, der Österreichischen Bundesbahnen Infrastruktur Betrieb Aktiengesellschaft sowie der Autobahnen- und Schnellstraßen-Finanzierungs-Aktiengesellschaft (ASFINAG).
- Seit 2007 Generalsekretär des Bundesministeriums für Verkehr, Innovation und Technologie

Ich bedanke mich, dass Sie hier mittun und ersuche Sie nun um Ihre Ausführungen.

Die Redezeit beträgt wie vereinbart 20 Minuten.

Dipl. Ing. Kasser: Sehr geehrte Damen und Herren!

Kann der öffentliche Verkehr das Auto ersetzen? Ich glaube die Fragestellung ist selbstverständlich etwas pointiert gewählt worden, nehme ich an. Aber auch ungeachtet dessen, dass offensichtlich mein Part, so wie ich das der Einladung entnommen, eher der wirtschaftspolitisch kommerzielle ist, glaube ich braucht man kein großer Hellseher sein, um diese Frage realistischerweise beantworten zu können, dass das in absehbarer Zeit weder Fall sein wird noch der Fall sein kann. Aber vielleicht muss man auch die Frage selbst auch hinterfragen, weil es geht nicht darum, um die pointierte Fragestellung, nehme ich an, dass Auto zu ersetzen, sondern die Fragestellung eher den negativen Aspekt, den negativen Effekt zu dem motorisierten Individualverkehr verbunden sind. Um die geht es ja eigentlich, die es zu vermeiden gilt und die es hintanzuhalten gilt. Aber lassen Sie mich beginnen vielleicht mit der Frage nach den Ursachen des Verkehrs. Die Ursachen für die Nachfrage nach Verkehrsleistungen sind grundlegend darauf zurückzuführen auf unsere arbeitsteilige Wirtschaft, auf die Verteilung der Produktionsfaktoren, auf die Aktivitäten der einzelnen Bürger und des Staates allgemein. Das Mobilitätsbedürfnis und die Nachfrage nach Mobilität ist grundsätzlich grenzenlos und ist eigentlich nur begrenzt durch Preis, Nachfrage, nach Verkehrsdiensten, nach Angebot des Verkehrsdienstes. Aber von der Grundausrichtung und den Tendenzen der letzten Jahrzehnte, Jahrhunderte, weisen darauf hin, dass das Verkehrswachstum eigentlich ungebrochen ist. Während nun die positiven Aspekte des Verkehrs, nämlich Wirtschaftswachstum, Prosperität, Wohlstand von vielen, auch von uns allen, von jedem persönlich als durchaus positiv und angenehm empfunden werden und auch akzeptiert werden, sieht es bei den Negativaspekten anders aus. Bei den Emissionen, Unfällen, Verbraucher natürlichen Ressourcen, die werden naturgemäß anders wahrgenommen und daher kommt auch schon die unterschiedliche Begrifflichkeit auf der einen Seite der positiv besetzte Begriff Mobilität und der eher negativ besetzte Begriff Verkehr. Je nach dem jetzt, ob die Ortsveränderung für Personen und Güter gerade positiv oder negativ besetzt werden sollen, werden diese Begriffe Mobilität und Verkehr wahrgenommen. Mobilität kann an Verkehrsleistung gemessen werden. Zweifellos ist Mobilität eine Grundvoraussetzung für die Marktwirtschaft und deren positive Auswirkungen auf Lebensqualität. Andererseits ist ein bestimmtes Niveau an Wohlstand und dessen Verteilung auch Voraussetzung wiederum für ein funktionierendes Verkehrssystem. D.h. wir haben da ein gewisses Henne-Ei-Problem oder eine Henne-Ei-Fragestellung. Mobilität verursacht Verkehr. Verkehr verursacht oder ermöglicht auch Mobilität. Oder bildlich gesprochen, kann man auch vom gewissen Sackgassendilemma sprechen. Jeder von uns, glaube ich, lebt gerne am Ende der Sackgasse, wo er möglichst verschont bleibt von den negativen Auswirkungen des Verkehrs der anderen. Aber sowohl will jeder im so genannten Speckgürtel wohnen und in einem angenehmen Umfeld. Aber schon an dieser Problematik, an diesem Sackgassendilemma, sieht man, dass diese daraus resultierenden Siedlungs- und Wirtschaftsstruktur zwar wirtschaftspolitisch gegeben ist, aber weder umweltpolitisch aber auch wirtschaftsmäßig weder effizient noch nachhaltig ist. Ziel der Verkehrspolitik ist es nun nicht die Transportleistung an sich oder die Zunahme an sich in Frage zu stellen, sondern wie gesagt, es ist die Frage, wie kann man die negativen Aspekte, die damit verbunden sind, sei es Lärm, Schadstoffemissionen, Unfallkosten und sonstigen negativen Effekte vom Wirtschafts- und

Wohlstandswachstum entkoppeln . Die verkehrspolitisch gewünschte signifikante Verlagerung auf umweltfreundliche Verkehrsträger ist momentan zwar im Trend gegeben, aber auch nur in dem Maße, wie das Verkehrswachstum insgesamt von statten geht. Wobei man bedenken muss, dass die verstärkte Nutzung des öffentlichen Verkehrs allgemein mit einer Senkung der negativen Auswirkung verbunden ist oder verbunden wird. Tatsächlich wenn man den Zahlen und Daten glauben schenkt, ist eigentlich die Zunahme des öffentlichen Verkehrs nach wie vor einhergeht mit dem Individualverkehr der gleichzeitig mitwächst. Also zunehmender öffentliche Verkehr induziert derzeit auch zunehmenden Individualverkehr. Zwei Indikatoren, die jedem vom Gefühl her bekannt sind oder von der Begrifflichkeit sind einerseits die Tageswegdauer und die Tagesweglänge. Also wenn man die durchaus in einem weltweiten Trend vergleicht, sieht man eigentlich, dass die tägliche Mobilität und die damit zugebrachte Zeit eigentlich im sehr, sehr langjährigen Trend und auch weltweit unverändert ist. D.h. im Durchschnitt verbringt der Mensch ein bis zwei Stunden pro Tag mit Mobilität oder ist mit Mobilität beschäftigt. Auf der anderen Seite, die Wegstreckenlänge, die Tagesweglänge, die jeder einzelne von uns zurücklegt, die hat sich in den letzten 50 Jahren mehr als vervielfacht. Also man sieht, dass auch wenn Effizienzsteigerungen getätigt werden, wie es heute auch schon genannt worden ist im Hausbau, so gibt es immer wieder Gegentrends, die eigentlich diese Effizienz, Sie haben es genannt die Huibaumeffekte, bzw. wird eigentlich die Effizienzen nicht vom Wirtschaftssystem genutzt, sondern die Effizienzen gehen in zunehmende Mobilität. Die Leute müssen oder wollen länger pendeln oder auch im Freizeitverhalten scheut dann niemand Kosten und Mühen auch zu sagen, diese Effizienz des Verkehrs, auch des öffentlichen Verkehrs, für zusätzliche Aktivitäten zu nützen. Nur um Sie nicht mit Zahlen, Fakten zu überhäufen, aber trotzdem – damit wir wissen, wovon wir reden – nur ein paar Zahlen zum Individualverkehr, generell zur Verkehrsverteilung ist die Verteilung auf den Personenverkehr, den öffentlichen Verkehr derzeit so, dass rund 74,8 Milliarden Personenkilometer, gemessen im Jahr 2005, mit dem PKW zurückgelegt werden, also 74,8. 13,8 sind es mit dem Bus, 8,3 mit der Eisenbahn, drei Milliarden sind es mit innerstädtischen Verkehrsmitteln und drei Milliarden werden mit dem nicht motorisierten Individualverkehr, sprich Fußgänger und Radverkehr zurückgelegt. Also man sieht an diesen wenigen Zahlen die Dominanz des motorisierten Individualverkehrs, auf dem einfach unser Wirtschaftssystem, unsere Siedlungsstruktur aufgehängt sind.

Was kann getan werden, was wird getan zur Unterstützung des öffentlichen Verkehrs und zur Unterstützung dieser Verkehrsverlagerung? Ich spreche einmal für die Bundesebene. Es ist sicher, was die Investitionen betrifft, sehr viel passiert. Allein in den letzten 20 Jahren sind rund 24 Milliarden Euro in die Schieneninfrastruktur investiert worden. Allein in dieser Legislaturperiode investiert der Bund im Wege der ÖBB rund 6,4 Milliarden in die Schieneninfrastruktur. Der Bund allein investiert rund 500 Millionen Euro jährlich in Verkehrsdienstverträge ÖBB und Bussysteme. Auch das Land Steiermark glaube ich, ist in dem Sinne unter den Ländern, was den Trend betrifft, ein Vorbild, weil es zumindest mein Wissensstand ist, dass da sehr viel an den zusätzlichen Mitteln, die im Wege der Mineralölsteuererhöhung vorhanden sind, in den öffentlichen Verkehr gepumpt werden, was leider

nicht in allen Ländern stattfindet. Aber daneben gibt es natürlich auch andere zahlreiche Aktivitäten, weil es nicht nur darum geht, den öffentlichen Verkehr zu attraktiveren im Sinne auf der Angebotsseite, sondern auch wenn diese begleitenden Maßnahmen durchaus auch negativ wahrgenommen werden, angefangen von der LKW-Maut bis Vignette, bis Verkehrsbeschränkungen, das heiße Thema in der Steiermark, glaube ich, IG Luft oder lrmreduzierte Verkehrsbeschränkungen. Es gibt zahlreiche Aktivitäten, wobei ich glaube, es ist jetzt nicht meine Aufgabe hier zu sagen, die Aktivitäten, die da eh weithin bekannt sind, hier verkuferisch darzulegen, sondern ich will fortfahren bei der wirtschaftspolitischen Betrachtung des Verkehrswesens.

Vielleicht ein Aspekt, der besonders hervorzuheben ist, wo die tagtägliche Verkehrsentscheidung auch stattfindet, ist im Bereich der Pendler. Die Pendler – und dazu gab es vom Verkehrsministerium vor wenigen Jahren eine Umfrage, die auch das Potential des öffentlichen Verkehrs zeigt, demzufolge würden sich rund zwei Drittel der motorisiert unterwegs befindlichen Autofahrer bereit erklären, auf den öffentlichen Verkehr umzusteigen, wenn die Attraktivität stimmt. Und da ist es auch interessant, dass es sehr unterschiedliche Zugänge gibt von denjenigen, die derzeit mit dem Auto fahren. Die sehen als ersten Punkt an den Notwendigkeiten zur Attraktivierung den günstigeren Preis. Wogegen diejenigen, die den öffentlichen Verkehr schon benutzen, sehen den ersten Punkt, die erste Priorität bei der Verbesserung von Information, Service und Haltestellen, Stranfllen. Es ist interessant, dass es unterschiedlicher Maßnahmen bedarf dahingehend, ob Leute schon drinnen sind oder zusätzliche Leute zu gewinnen.

Was sind nun die wesentlichsten Eigenschaften zwischen öffentlichem Verkehr und Individualverkehr? Auf der einen Seite ist es natürlich das Verkehrsangebot, auf der Angebotsseite. Hier muss man glaube ich klar zugestehen, aus meiner Sicht jetzt nicht wertend, dass da auf der Straßenseite einfach sehr viel passiert ist in Österreich. Das Individualverkehrsangebot ist sicher auch weltweit verglichen 1a, also da ist sehr viel gemacht worden, sehr viel investiert worden. Aber auch, was das öffentliche Angebot ist im öffentlichen Verkehr betrifft, braucht Österreich keinen Vergleich zu scheuen, es gibt natürlich noch Vorbildlnder wie die Schweiz, die da ein weit attraktiveres Angebot an den Tag legen kann, wobei man hier vielleicht relativieren muss, dass auch von den naturräumlichen Gegebenheiten, von der Siedlungsstruktur gewisse Unterschiede sind. Das heißt, die Schweiz hat – ohne Ausreden gebrauchen zu wollen – es etwas leichter, einen attraktiven öffentlichen Verkehr zu bieten, weil hier eine dichtere Siedlungsstruktur gegeben ist als in Österreich und die peripheren Gebiete Österreichs – Waldviertel, auch die Steiermark hat hier einiges zu bieten – sicher weit schwieriger zu erschließen sind als zentrale Gebiete.

Ein weiteres wesentliches Kriterium ist die Flexibilität. Hier ist naturgemäß auch ein großer Unterschied, wobei es auch – hier muss man differenzieren, was die subjektive Wahrnehmung des Einzelnen betrifft – weil naturgemäß ist hier der Individualverkehr massiv besser gestellt. Aber auch hier muss man glaube ich betrachten, dass der Einzelne die Flexibilität im Individualverkehr oder auch die damit verbrachte Zeit anders wahrnimmt als im öffentlichen Verkehr. Das heißt, wenn jemand das Auto benützt, dann hat er grundsätzlich das Gefühl, dass er immer flexibel ist, dass er keinen

Zeitdruck hat, dass er nie irgendwo warten muss, nirgendwo steht, weil er in seinem individuellen Umfeld sich bewegt. Natürlich ist hier einiges zu tun auch im öffentlichen Verkehr, um diese Flexibilität zu steigern, wobei uns hier enge Grenzen gesetzt sind, was eben periphere Gebiete betrifft. Und hier ist einfach vom System her der Unterschied, dass öffentlicher Verkehr ein gewisses kollektives System innehat. Hier gibt es auch klare Kosten-Nutzen-Grenzen, dass ich irgendwann auch im Ballungsraum letztendlich gezwungen bin, das Preis-Leistungs-Verhältnis abzuwägen, was die Verkehrsverdichtung betrifft und was das Spannungsfeld zur Flexibilität letztendlich ausdrückt. Aber diese Flexibilität könnte mit anderen Kriterien wettgemacht werden. Ich glaube, da gibt es gewaltiges Potential. Das ist das Kundenservice, die Kundenorientierung. Und hier muss man auch den Status, wenn man ihn nüchtern betrachtet, derzeit feststellen, dass hier der Individualverkehr die Nase vorn hat. Wenn Sie nur daran denken, wie doch schon Verkehrsauskunftssysteme, Routenplaner, GPS-Systeme im Auto, wo Sie schon sekundenfertig wissen, wie lange Sie noch brauchen zum Zielort oder Verkehrsfunksysteme, im Verkehrssystem, dass es hier schon „State of the Art“ ist und nicht nur in Österreich, sondern eigentlich europaweit vernetzt und umgekehrt im öffentlichen Verkehr es sehr schwierig, sehr mühsam ist, in Verkehrsverbänden, in Bundesländern österreich- oder gar europaweit übergreifend hier den Zugang zum öffentlichen Verkehr zu verbessern und zu attraktivieren.

Interessant ist vielleicht für Sie auch, was die Preisentwicklung betrifft, dass hier eigentlich kein großer Unterschied ist, wenn man die Preise vergleicht. Von 1986 Preisentwicklung bis heute, so hat sich sowohl der Individualverkehr als auch der öffentliche Verkehr um den Faktor 1,8 bis 1,7 in etwa gleich entwickelt. Da hat eigentlich von der Attraktivierung her vielleicht auch keine Besserstellung und zumindest auch keine Benachteiligung des öffentlichen Verkehrs stattgefunden.

Vielleicht kurz zusammenfassende Beurteilung und Schlussworte von meiner Seite. Ich glaube, was generell die Verkehrsentwicklung mittelfristig, langfristig betrifft, wir haben gerade aktuell eine Verkehrsstudie beauftragt, wo wir erste Zwischenergebnisse haben, die eigentlich zeigen, dass das Verkehrswachstum ungebrochen ist, wie wohl langfristig – und hier spreche ich vom Zeitraum 2025/30 – das Verkehrswachstum dann doch abnehmen wird. Also es wird Wachstum geben, aber auf Grund der Bevölkerungsentwicklung, auf Grund des Wirtschaftswachstums auch im Osten, das sich irgendwann verlangsamen wird, geht man auch in Österreich davon aus und den mittelfristigen Prognosen, dass das Verkehrswachstum abflachen wird. Dass bei derzeitigen verkehrspolitischen Rahmenbedingungen man davon ausgehen kann, dass der öffentliche Verkehr mitwachsen wird, auch leicht stärker sogar als der Individualverkehr, aber die vielleicht von manchen gewünschte, gewollte Trendumkehr, dass es zu einer massiven Verlagerung des Verkehrs vom Individualverkehr auf den öffentlichen Verkehr geben wird, die ist mit derzeitigen verkehrspolitischen Maßnahmen nicht zu erwarten. Und wenn ich hier sage, verkehrspolitische Maßnahmen, so führt mich das zum nächsten Punkt, dass die Verkehrspolitik allein sowieso hier das Problem nicht lösen können wird. Es ist schon angesprochen worden auch im Bereich des Wohnens, Siedlungsstruktur. Es gibt eine breite Palette an Gegensteuerungsmaßnahmen und ich glaube, dass wirklich der gesamte Blumenstrauß an Maßnahmen zur Gänze ausgeschöpft werden muss, damit es tatsächlich zu einer Änderung kommt. Das heißt, es

gibt – ich will jetzt nicht alle aufzählen – aber vom Steuersystem Ressourcenbesteuerung, Arbeitskraftbesteuerung, es gibt Besiedlungsstruktur, es gibt natürlich auf der Angebotsseite schon erwähnt aber auch Verkehrsbeeinflussungsanlagen, die wir zum Beispiel im öffentlichen Bereich bei der ASFINAG aufbauen, was natürlich auch zu einer Verlagerungswirkung führen soll von Individualverkehr, also dieser gesamte Blumenstrauß glaube ich muss zur Gänze ausgeschöpft werden, damit es tatsächlich zu einer Verkehrsverlagerung kommt. Wobei man auch dazu sagen muss, wenn wir hier von einer Enquete in der Steiermark reden, ist glaube ich auch jedem bewusst, dass gerade das Thema „Verkehr“ kein allein regionales ist. Es gibt natürlich lobenswerte Initiativen im Regionalverkehrsbereich, aber tatsächlich eine Änderung kann glaube ich nur stattfinden, wenn die nächsten Ebenen eingebunden werden, von Bundesebene bis zur EU, wo Österreich gerade einer der Vorreiter ist, allen bekannt das Thema „Wegekostenrichtlinie“, wo Österreich wirklich der Vorreiter ist und hier die Dinge vorantreibt, um – sage ich jetzt – zu einem Umdenken in Europa zu kommen. Und auch wenn Sie sagen, vielleicht meine Ausführungen gewisse Skepsis zum Ausdruck gebracht haben oder auch Realismus, – und auch wenn gewisse Zahlen und Trends von Siedlungsstrukturen, Verkehrsentwicklung, alle eigentlich sehr negativ stimmen könnten, glaube ich persönlich, muss man doch wiederum auf der anderen Seite entgegenhalten, dass – wenn man das Thema Verkehr, Klima, Energie auch nur kurzfristig betrachtet, es auch wiederum beeindruckend ist, wie dieses Bewusstsein gewachsen ist, allein dass es hier eine Veranstaltung gibt, dass es auch auf Bundesebene diverse Veranstaltungen natürlich gibt. Dass kürzlich der Klimafonds eingerichtet worden ist auf Bundesebene, das lässt vermuten oder lässt hoffen und aus meiner Sicht erwarten, dass hier doch in Zukunft ein verstärktes Umdenken stattfinden wird, dass hier verstärkt politische Bemühungen und verstärkt politische Aktivitäten stattfinden werden. Also davon bin ich eigentlich überzeugt, dass das Thema ein zentrales sein wird und dass hier von der Bewusstseins-ebene bis zur Entscheidungskette, bis zu den eigentlichen Entscheidungen, dass hier glaube ich doch mehr stattfinden wird, als manche jetzt annehmen. *(Allgemeiner Beifall)*

Präsident: Herzlichen Dank, Herr Dipl.-Ing. Kasser, für Ihre interessanten Ausführungen.

Wir kommen nun zum vorerst letzten Vortrag vor der Mittagspause. Ich darf zum **Thema „Kann öffentlicher Verkehr das Auto ersetzen?“** – auch hier stellt sich die gleiche Frage - Herrn DI. Martin Blum vom Verkehrsclub Österreich bitten.

Wesentliche Daten aus dem Lebenslauf des Referenten sind:

- Studium der Kulturtechnik und Wasserwirtschaft, Universität für Bodenkultur, Wien,
- seit 2001 beim VCÖ,
- derzeit Leiter des Bereichs Verkehrspolitik beim Verkehrsclub Österreich.

Ich darf mich bedanken, dass Sie sich bereiterklärt haben, hier mitzutun und ersuche Sie nun um Ihre Ausführungen. Ihre Redezeit beträgt wie vereinbart 10 Minuten.

Dipl.-Ing. Martin Blum: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Herzlichen Dank für die Einladung, ich freue mich besonders hier vor dem Steiermärkischen Landtag bei der Enquete sprechen zu dürfen. Ich bin in der Nähe von Graz aufgewachsen darum freut es mich besonders hier zustehen und zum Thema „Kann öffentlicher Verkehr das Auto ersetzen?“, einige Gedanken zu bringen. Ja, die Frage „Kann öffentlicher Verkehr das Auto ersetzen?“, lässt sich eigentlich einfach beantworten. Stellen Sie sich vor in der Steiermark gebe es weder Bus noch Bahn, dann gebe es vermutlich auf unseren Straßen wesentlich mehr - oder sicher auf unseren Straßen - wesentlich mehr PKW und LKW Verkehr. Eine weniger schöne Vorstellung wie ich meine, denn auch Staus werden mehr, es gebe mehr Luftschadstoffe und mehr klimaschädliche Treibhausgase, d.h. dieses Szenario zeigt, dass schon heute der öffentliche Verkehr viele PKW Fahrten und natürlich auch viel an Güterverkehr ersetzt. Zu 100 % wird das Auto natürlich nicht ersetzt werden, dass ist auch gar nicht wirtschaftlich sinnvoll. Die Bedeutung des Öffentlichen Verkehrs in der Steiermark kann zunehmen, d.h. es muss nicht sein - dass ist derzeit der Status Quo, wir haben einen Anteil des öffentlichen Verkehrs in der Steiermark von glaube ich etwa 15 % - dass, das gleich bleibt. Es gibt vielfältige Möglichkeiten diesen zu steigern, derzeit freilich geht der Trend in eine andere Richtung. Der Mobilitäts-Mix verschlechtert sich punkto Klimafreundlichkeit, im Jahr 1995 haben die Steirerinnen und Steirer noch 44 % ihrer Alltagswege zu Fuß, mit dem Fahrrad oder im öffentlichen Verkehr zurückgelegt. Im Jahr 2005 wurden nur mehr 37 % der Alltagswege zu Fuß oder im öffentlichen Verkehr bzw. mit dem Fahrrad zurückgelegt. Das heißt der Trend geht hier weg von klimafreundlicher Mobilität, einige Daten zum Thema „Welchen Stellenwert hat der Verkehr überhaupt punkto Klimaschutz?“. Der Verkehr verursacht 26 % der Treibhausgas-Emissionen in Österreich und zwischen den Jahren 1996 und 1990 haben die Treibhausgase des Verkehrs um 83 % zugenommen, soviel wie in keinem anderen Sektor. Man kann zusammenfassend sagen, ohne Klimaschutzmaßnahmen im Verkehr wird auch kein Klimaschutz möglich sein. Wo kann nun angesetzt werden, damit der öffentliche Verkehr hinkünftig das Auto mehr als jetzt ersetzt? Es gibt viele Entscheidungsebenen, eine Entscheidungsebene ist die EU und das geht runter bis zu den Gemeinden, dazwischen sind die Republik Österreich und das Land Steiermark. Ich beziehe mich jetzt auf das Land Steiermark, was gibt es im Bundesland für Möglichkeiten den Mobilitäts-Mix – das Mobilitätsverhalten – klimafreundlicher zu machen. Einerseits ist da die Raumordnung, wir haben es heute schon gehört, Frau Gössinger-Wieser hat schon aufmerksam gemacht, dass hier der Verkehr wesentlich beiträgt im Bereich des Wohnens zur Energieverschwendung – um das zugespitzt auszudrücken. Ein Energiesparhaus mit Auto verbraucht mehr Energie wie ein normales Haus ohne Auto, d.h. hier verstärkt „Verkehrssparhäuser“ zu fördern, ist die wichtige Aufgabe, wenn man mehr Klimaschutz haben will. Wie kann das möglich sein? Derzeit ist ja schon vielfach üblich, dass über die Wohnbauförderung energiesparende Häuser gefördert werden oder Klima schonende Sanierung von Häusern. Das könnte man auch beim öffentlichen Verkehr machen, etwa indem man die Entfernung zur Haltestelle oder die Anbindung eines Wohnhauses an guten öffentlichen Verkehr mit in die Wohnbauförderung einbezieht, so hat man hier einen weiteren Steuerungsmechanismus in Richtung

„Verkehrssparhaus“. Die Raumordnung ist ein sehr, sehr starker Hebel. Das greift nämlich quasi das Problem Klima und Verkehr an der Wurzel an und verhindert, dass Verkehr entsteht. Mittel- und langfristig kann so sehr viel CO₂ und Treibhausgas eingespart werden, dazu sind dichte Siedlungsstrukturen notwendig, entlang von bestehenden Netzen des öffentlichen Verkehrs, an Bahn- oder Busverbindungen und auch entlang bestehender Nahversorgungsinfrastrukturen. Siedlungserweiterungen sollen nur dort erfolgen, wo guter öffentlicher Verkehr ist und Siedlungsverdichtungen sollen Vorrang haben. Der erste Bereich ist die Raumordnung, ich komme jetzt zum zweiten Bereich, das ist das Gehen und Radfahren. Ich habe hier eine Grafik die zeigt welches Potenzial hier in der Steiermark noch schlummert. In Vorarlberg fährt jeder Vorarlberger bzw. Vorarlbergerin ca. 400 km pro Jahr mit dem Fahrrad, in der Steiermark sind es ca. 140 km die jede Person mit dem Fahrrad zurücklegt. Das Potenzial wird auch deutlich wenn man sich vor Augen hält, dass jede 10 Autofahrt kürzer als 1 km ist, d.h. eine Distanz von 1 km kann man leicht zu Fuß oder mit dem Fahrrad zurücklegen. Die CO₂ Einsparung wäre sehr hoch wenn man sich auf diese kurzen Wege beschränkt und sagt, OK, versuchen wir, dass wir viele kurze Wege, kleiner als 4 km auf Gehen oder Radfahren verlagert. Was wurde in Vorarlberg gemacht, damit das Radfahren einen so hohen Anteil hat? Es wurden Radkonzepte von Gemeinden durch das Land sehr stark mitfinanziert, und zwar in der Umsetzung und Erstellung. Es gibt einen Radverkehrskordinator der dafür Sorge trägt, dass die Belange des Radfahrens auch überall mitberücksichtigt werden. Die Bauordnung wurde für gute Bedingungen für das Radfahren angepasst und es werden massiv Radwege gebaut entlang von Landesstraßen. Ausgenommen sind hier natürlich Bergstrecken. Die Bestrebungen des Verkehrsressorts in der Steiermark für bessere Rahmenbedingungen beim Gehen und Radfahren sind ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Etwa die Verkehrsinitiative der Verkehrsplanung nach Shared-Space oder die Radfahrinitiative und tragen zur klimaverträglicher Mobilität bei. Ich empfehle, wie der VCÖ empfiehlt, diese Maßnahmen in den Bereich konsequent weiterzuführen und auch umzusetzen. Eine weitere wichtige Maßnahme auf Bundeslandebene für Klimaschutz ist der öffentliche Verkehr. Man kann sagen, der öffentliche Verkehr ist das Einliterauto. Der öffentliche Verkehr ist sechsmal energieeffizienter als der private PKW. Und gute Bus- und Bahnverbindungen sind die Voraussetzung dafür, dass die Menschen vom PKW umsteigen. Auch hier kann man das Land Steiermark durchaus positiv hervorheben. Neben des Bundesländern Vorarlberg und Salzburg nimmt das Land Steiermark bei der Verbesserung des öffentlichen Verkehrs sicherlich eine Vorreiterrolle unter Österreichs Bundesländern ein. Dazu beispielsweise die Einführung der S-Bahn in der Steiermark bzw. des Taktverkehrs. Besonders hohe Umstiegseffekte werden jedoch erzielt, wenn der Straßenausbau, der Ausbau hochrangiger Straßen, zugunsten des Ausbaues des öffentlichen Verkehrs gestoppt wird. D.h. wenn man sagt, man fördert beides, man investiert viel in den Straßenausbau und viel in öffentlichen Verkehr wird man den Anteil des öffentlichen Verkehrs nicht maßgeblich steigern können. Und dabei bin ich schon bei der letzten Schlüsselmaßnahme auf Bundeslandebene und das ist die Kostenwahrheit für PKW und LKW-Verkehr. Viele Bereiche der Kostenwahrheit liegen auf Bundesebene. Herr Kasser hat es schon angesprochen, es gibt etwa die Erhöhung der Mineralölsteuer,

die Zuständigkeit des Bundes ist oder die Ausweitung oder Erhöhung der LKW-Maut ist auch in der Zuständigkeit des Bundes. Was also kann die Steiermark tun um hier in Richtung Kostenwahrheit im Verkehr zu gehen. Nun eine viel diskutierte Maßnahme, vor allem für Ballungsräume, ist die City-Maut und hier wäre Graz geeignet. Ich weiß, es ist ein kontraversielles Thema. International wird sie aber immer stärker umgesetzt. In Stockholm hat sich sogar die Bevölkerung nach einer Testphase in einer Volksabstimmung für die Beibehaltung der City-Maut ausgesprochen. Die Ergebnisse sprechen für sich. Der KFZ-Verkehr ging um 22 % zurück, die Stauzeiten um 38 % und die CO₂-Emission um 14 %. Das ist ein Beispiel, wie das Land Steiermark gemeinsam mit der Stadt Graz etwa hier im Verkehrs-Hot-Spot der Steiermark dazu beitragen kann, bei gut ausgebauten öffentlichen Verkehr, Verkehr zu verlagern und PKW-Verkehr zu verringern. Damit komme ich zum Schluss meines Statements. Steiermark ist das grüne Herz Österreichs und lassen Sie die Steiermark auch das Herz Österreichs beim Klimaschutz sein. Davon würden alle profitieren. Es würden neue Jobs geschaffen. Es profitiert die Umwelt und die Lebensqualität der Menschen würde auch gesteigert und der Verkehr trägt einen wichtigen und kann einen wichtigen Beitrag dazu leisten. Herzlichen Dank
(Allgemeiner Beifall).

Präsident: Ich danke auch für Ihren Vortrag. Auch der Appell, den Sie zuletzt an uns gerichtet haben ist uns ein Anliegen, alle die hier heute mit dabei sind. Die sich für das Thema interessieren und auch dort tätig sind. Bevor wir nun in die Mittagspause gehen und ich zu einem kleinen Empfang einladen darf, darf ich einige Informationen geben. Im Landhaushof hat die Ferngas Steiermark aber auch andere Energievereine und andere Mitveranstalter gebeten Informationsmaterial aufzulegen, ein Auto auszustellen. Nützen Sie die Mittagspause dazu, diese Informationen zu sichten. Ich glaube es gibt sicherlich Interessantes zu unserem Thema zu sehen. Nunmehr darf ich Sie einladen zu einem kleinen Mittagsempfang im Rittersaal hier hinten links. Wir treffen uns wieder und ich ersuche Sie pünktlich an der Veranstaltung wieder teilzunehmen um 13.30 Uhr und der erste Referent am Nachmittag wird sein unter dem Titel „Wann wird industrielle Produktion und Energiebedarf entkoppelt!“ von Herrn Dipl. Ing. Max Oberhumer. Geschäftsführer von SAPPI Austria. Ich ersuche Sie also, sich bitte um 13.30 Uhr pünktlich wieder hier im Sitzungssaal des Landtages Steiermark einzufinden. Nunmehr danke ich für die Vorträge, für die Zeitdisziplin. Ab Nachmittag wird die 2. Landtagspräsidentin Frau Walpurga Beutl den Vorsitz bei dieser Enquete führen. Ich wünsche nunmehr einen recht guten Appetit und eine gute Mittagspause und unterbreche die Enquete.

Mittagspause von 12.33 Uhr – 13.31. Uhr

Präsidentin Beutl: Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Wir wollen nun nach der verdienten Mittagspause, die Sie hoffentlich auch zu anregenden und interessanten Gesprächen nutzen konnten, unsere Enquete fortsetzen und zwar mit dem **9. Referat zum Thema „Wann wird industrielle Produktion und Energiebedarf entkoppelt?“**.

Und ich darf hier den Herrn Dipl. Ing. Dr. Max. Oberhumer, Geschäftsführer von SAPPI Austria herzlich begrüßen.

Darf ihn auch kurz vorstellen.

- Nach dem Studium an der TU Graz Studienrichtung: Maschinenbau und Wärmetechnik erfolgte die Graduierung zum Diplomingenieur für Maschinenbau.
- Er ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Forschungsschwerpunkt „Wärmepumpen“ am Institut für Wärmetechnik der TU Graz gewesen,
- Tätigkeit bei Leykam-Mürztaler/Gratkorn (heute SAPPI) als Projektleiter Utilities,
- Leiter des Bereiches „Ver- und Entsorgung“ Werk Gratkorn und Koordinator der CoQ-Aktivitäten (Cost of Quality) für Sappi Fine Paper Europe und
- seit 1.1. 2007 Geschäftsführer SAPPI Werk Gratkorn

Herr Diplomingenieur, ich darf Sie um Ihre Ausführungen bitten und darf Ihnen 20 Minuten einräumen.

Dipl.-Ing. Dr. Oberhumer: Herzlichen Dank für die Vorstellung. Sehr geehrte Damen und Herren!

Es ist mir völlig klar, dass nach der Mittagspause es etwas anstrengend ist, dem nächsten Vortrag zuzuhören. Darf Sie bitten, soweit das möglich ist nach dem ausgezeichneten Essen, trotzdem zu tun. Und ich möchte, wie Sie in der Einleitung schon gehört haben, meine berufliche Vergangenheit hat vorwiegend mit Energiethemen zu tun, zu tun gehabt und danke nochmals herzlich für die Einladung zu diesem Vortrag. Möchte Ihnen sozusagen einige Informationen vermitteln zu dem Thema wann die industrielle Produktion sozusagen die Entkoppelung aus Energieverbrauch und Produktivität macht. Die Frage wäre einfach zu beantworten. Es ist bereits geschehen. Nur um eine Zahl zu nennen. Die industrielle Produktion der österreichischen Industrie hat in den letzten 15 Jahren um 40 % zugenommen. Der CO₂-Ausstoss in Absolutzahlen hat um 10% zugenommen, d.h. die Entkoppelung ist bereits im Gange. Hat im Gange sein müssen, weil es ja sonst nicht möglich gewesen wäre, für österreichische Industriebetriebe im internationalen Wettbewerb weiter zu bestehen. Hier gilt ja auch die Kosteneffizienz und die Wirtschaftlichkeit zu beachten. In den nächsten Folien möchte ich Ihnen an Hand einiger Beispiele die Entwicklung der österreichischen Papierindustrie darstellen. Wobei ich damit beginnen möchte, dass also, ja, die gesamte globale Papierproduktion zu in etwa einem Drittel in Europa passiert und zu zwei Drittel in Ländern, die also nicht mit der Thematik Kyoto-Protokoll konfrontiert sind und diese Regionen für die europäischen Fabriken natürlich genauso Märkte darstellen. Auf der nächsten Folie sehen Sie, dass die wesentlichen Investitionen mittlerweile im Ausmaß von 50 % der Gesamtinvestitionen weltweit in dieser Branche in einem Land, nämlich in China erfolgen. In Österreich gibt es insgesamt 27 Papierfabriken, die alle internationalen Gruppen angehören, die nur mehr teilweise österreichischer Prominenz sind. Die Entwicklung vom Jahr 1998 bis zum Jahr 2006 und das ist die Kernfrage, wie hat sich Produktivität und CO₂-Ausstoss entwickelt. Sehen Sie auf dieser Folie, die möchte ich etwas genauer erklären. Die Zeitachse beginnt hier im Jahr

1998 und geht bis einschließlich des Jahres 2006. Auf der Ypsilonachse sehen Sie die Produktion von Papier, Zellstoff und Karton sowie auch die CO₂-Emissionen in den roten und grünen Balken. Man sieht also hier, dass die Produktion in diesen Jahren von 1998 bis 2006 von fünf Millionen Tonnen in Österreich auf über sieben Millionen Tonnen, sprich um etwa 40 % angewachsen ist. Die CO₂-Emissionen dieser Zeit, aufgeteilt in biogene und fossile CO₂-Emissionen in den roten und grünen Balken dargestellt, sieht man, dass die roten Balken mit etwas über zwei Millionen, 2,2 Millionen Tonnen pro Jahr, über den gesamten Zeitraum einigermaßen stabil gehalten werden konnten bzw. sogar geringfügig gesunken sind. Die biogenen Emissionen von CO₂ sind angestiegen, weil einfach der Einsatz von zusätzlichen biogenen Brennstoffen hier auch zur Anwendung kam.

Auf der nächsten Folie sieht man das in anderer Form dargestellt, beginnend im Jahr 1990 mit 100 % indexiert. Der absolute CO₂-Ausstoß ist um 30 % gestiegen auf Grund der Produktivitätssteigerung in diesen 15 oder 16 Jahren. Der spezifische – und das ist ja wohl das Wesentliche, wenn man auch über Wertschöpfung spricht – der spezifische CO₂-Ausstoß hat sich in diesen 15 Jahren um 30 % reduziert. 30 % ist eine Größenordnung, die also auch in Kyoto-Protokoll-Diskussionen immer wieder verwendet werden. Keine andere Branche hat eine derartig spezifische Verbesserung bisher verzeichnen können und kein anderes Land weltweit konnte derartige Verbesserungen bisher erreichen.

Einige weitere Informationen zur österreichischen Papierindustrie, damit Sie auch – ja – die Hintergründe unserer wirtschaftlichen Rahmenbedingungen etwas verstehen können. Hier sieht man also die Mengen, die im Inland abgesetzt werden über den gesamten Zeitraum von 1990 weg einigermaßen stabil mit 600.000, 700.000 Tonnen. Man sieht, der gesamte Produktionszuwachs der österreichischen Papier- und Zellstoffindustrie geht in den Export von zwei Millionen Tonnen auf über vier Millionen Tonnen in diesem Zeitraum. Und Export bedeutet natürlich internationaler Markt und internationale Bedingungen auch was die Preise anbelangt. Das sieht man natürlich auf der nächsten Folie, auch wieder von 1990 beginnend haben sich die Preise von beinahe 1.000,- Euro pro Tonne, 900,- bis 1.000,- Euro pro Tonne, auf ein Niveau von 600 bis 700, sprich um 30 bis 40 % geringere Preise bei steigenden Rohstoff- und Fixkostenkomponenten verändert, dementsprechend haben wir natürlich auch gewisse Restriktionen.

Die nächste Folie zeigt den Anstieg der Lohn- und Gehaltssumme im selben Zeitraum 1990 bis 2006 in etwa um 20 %. Das sind also die Inflationsbereinigungen und kollektivvertraglichen jährlichen Anpassungen. Um aber den Fixkostenblock zu diesem Thema einigermaßen konstant halten zu können, mussten Rationalisierungen erfolgen. Und man sieht das hier sehr deutlich: Das was die Inflationsbereinigung an Zusatzkosten verursacht hat, wurde auf der anderen Seite durch Rationalisierung kompensiert in etwa im selben Ausmaß von 20 % über diesen Zeitraum.

Ein sehr ernstes Thema, das immer wieder auch in Zusammenhang mit Umweltdiskussionen, mit Ökostromdiskussion und all diesen Themen in den Medien verwendet wird, wann wandert die österreichische Papierindustrie ins Ausland ab, diese Frage kann man nicht mit Ja oder Nein oder mit heute oder morgen beantworten. Wenn man es über einen längeren Zeitraum betrachtet, dann wird hier

schon einiges klar. In den 90er Jahren hat es hier über mehrere Jahre hinweg jährliche Investitionen von größenordnungsmäßig einer halben Milliarde Euro in der österreichischen Papierindustrie in österreichischen Betrieben gegeben. Über die Jahre ist die Entwicklung sozusagen permanent, da war eine Großinvestition, das war – wenn ich richtig informiert bin – die PM11 in Gratkorn, ansonsten hat es hier sozusagen ein konstante Abwärtsentwicklung auf mittlerweile einen Wert von weniger als 200 Millionen pro Jahr gegeben. Und das ist meiner Meinung nach ein sehr, sehr ernst zu nehmendes Signal, das muss auch für die Politik ein durchaus ernstes Signal sein in der Frage, wie entwickelt sich diese Branche in Österreich weiter. Und wenn es hier nicht gelingt, die Eigentümer und die Aktionäre und die Shareholder davon zu überzeugen, dass Investitionen in diesem Land für die Zukunft Sinn haben, dann wird es letztendlich dazu führen, dass wir hier mit ernststen Konsequenzen rechnen müssen. Mit ernststen Konsequenzen kann man natürlich fragen, was steht dahinter? Alleine in der Steiermark sind es sechs Betriebe der Papier- und Zellstoffindustrie, größenordnungsmäßig glaube ich 3.000 Beschäftigte, wo sitzt der Herr Reitbauer ja, danke, mit einer Steuern- und Abgabenquote von 60 Millionen Euro pro Jahr und Umweltinvestitionen von 15 Millionen pro Jahr alleine die sechs Betriebe in der Steiermark. Ich denke schon, dass das eine Bedeutung hat.

Hier ist symbolisch dargestellt der CO₂-Kreislauf der Wertschöpfungskette Papier und Zellstoff, der ja sehr intensiv im Wettbewerb steht mit der biogenen energetischen Nutzung des Rohstoffes Holz. Man sieht hier beginnend beim Baum, der Baum geht in die Sägeindustrie, wird zu Nutzholz und weiteren wertschöpfenden Produkten verarbeitet. Die Nebenprodukte, das Hackgut, die Chips gehen in die Zellstoffindustrie. In weiterer Folge wird daraus Papier erzeugt, aus Papier wird nach der Nutzung oder auch sofort manches Mal Altpapier, Altpapier wird gesammelt, stellt wieder eine Rohstoffkette dar und diejenigen Faseranteile, die nicht mehr nutzbar sind, gehen also in die thermische Nutzung, ist letztendlich neutrales CO₂, und ein geringer Rest wandert auf die Deponie, das was aus der Verbrennung als Rückstand bleibt.

Wenn man sich die Wertschöpfungskette anschaut, dann sehen Sie, das ist keine Erfindung der österreichischen Papierindustrie. Das ist von einem internationalen Beratungsunternehmen analysiert. Nur die groben Zahlen, die Wertschöpfung bzw. die Anzahl der Beschäftigung ist hier verglichen. Tut mir leid, das kann man nicht lesen, ich möchte es nur erklären. Die gelben Felder zeigen sozusagen die bioenergetische Nutzung des Rohstoffes Holz verglichen mit der Wertschöpfungskette Holz, Holzprodukte, Zellstoff, Papier, Papierrecycling und so weiter. Da sieht man ganz klar, dass die Beschäftigungsquote einen Faktor größenordnungsmäßig von 1:10 hat. Auch das hat eine sozialpolitische Bedeutung meiner Meinung nach, und von der Wertschöpfung, die ist nicht im Faktor 1:10, sondern größenordnungsmäßig im Faktor 1:5 hier zu sehen.

Etwas detaillierter zum Thema Holz. Die österreichische Papier- und Plattenindustrie, deswegen in Kombination, weil es hier eine Kooperation gibt, nutzt in etwa 13, 14 Millionen Festmeter Holz. Das ist groß geschätzt in etwa die Hälfte des österreichischen Gesamtholzverarbeitungsvolumens, ein wesentlicher Anteil davon wird in der Papierindustrie, nämlich rund sieben bis acht Millionen Festmeter, verarbeitet. Wenn man sich die Preisentwicklung der letzten drei Jahre ansieht, die ja

immer wieder in Diskussion sind, der Sturm löste das Problem oder löst das nicht, meiner Meinung nach löst er es in keinem Fall, weil hier keine nachhaltige Entwicklung daraus abzuleiten ist. Aber hier sehen Sie die Preisentwicklung vom Jahr 2005 bis zum Jahr 2007 – und Holz ist immerhin ein Hauptrohstoff der Papier- und Zellstoffindustrie – Preisentwicklung, Steigerung von 50 % in diesen zwei Jahren 2006 und 2007 bei einer Mengensteigerung von 14 %. Das heißt, die Menge kann nicht unbedingt der Auslöser gewesen sein, um den Preis um 50 % in die Höhe zu treiben. Mir ist völlig klar, dass es hier im Raum auch andere Meinungen dazu gibt. Für uns ist es ein Faktum und so muss man es sehen.

Ein Faktum ist auch, dass in der österreichischen Zellstoffindustrie rund 1,3 Terawattstunden astreiner Ökostrom erzeugt werden, nämlich aus dem Brennstoff Lauge und diese Lauge in keiner Weise im Ökostromgesetz berücksichtigt ist und in keiner Weise in irgendeiner Form von Einspeisetarifen oder sonstigen Förderungen Nutzen zieht. Das kann man so sehen und sagen, gut, das ist halt Schicksal der österreichischen Zellstoffindustrie oder auch nicht. Das Problem dabei ist, dass vergleichbare Unternehmen in den unmittelbaren Nachbarländern aus demselben Effekt Nutzen ziehen in Millionenhöhe und das sind unsere Konkurrenten, mit denen müssen wir uns messen. So, die Kosten die daraus für die österreichische Papier- und Zellstoffindustrie entstehen sind hier in direkten Kosten dargestellt, das ist also jener Anteil der über die Ökostromabgaben, über den KWK Zuschlag usw. zu bezahlen sind. Das ist eine Größenordnung von 10-12 Millionen Euro pro Jahr, und die indirekten Kosten nämlich die Auswirkung auf der Holzpreisseite ist in etwa Faktor 10. Hier sprechen wir von rund 70 – 100 Millionen Euro. Wenn man dann vergleicht wie dieses Thema in maßgeblichen Wettbewerbsländern, nenne hier nur Finnland, Spanien, Slowakei, Tschechien und Deutschland gehandhabt wird, dann kann man hier beliebige hervorheben, wenn man als Beispiel eine schwedische Zellstofffabrik mit einer mittleren Leistung hernimmt, dann ist dort ein Unterschied von 7 Millionen Euro in den Erlösen, wenn man eine tschechische Fabrik hernimmt ist ein Unterschied von 13 Millionen Euro in den Erlösen. Auf der nächsten Folie sehen Sie geographische Positionierung der österreichischen Papier- und Zellstofffabriken, die Durchmesser der Kreise sollen in etwa auch die Kapazität symbolisieren, d.h., dass ist durchaus hier über Oberösterreich, Niederösterreich, Steiermark und auch Kärnten verteilt, mehr Ostösterreich aber durchwegs über das maßgebliche Bundesgebiet, sodass hier eine flächendeckende Nutzung auch gegeben ist. Auf dieser Folie sehen Sie die Gesamtaufstellung der Brennstoffe die in der österreichischen Zellstoff- und Papierindustrie eingesetzt werden. Zwei wesentliche Komponenten, beginne hier mit dem gelben oder grünen Balken das stellt die Lauge dar - ist vielleicht ein bisschen blass – und der blaue Teil, das ist die typische Farbe für Erdgas – eigentlich ist es umgekehrt, Erdgas wäre gelb, aber hier ist es blau – man sieht also Erdgas von den fossilen Brennstoffen derjenige, der die geringste spezifische CO₂ Emission hat, wird hier zum überwiegenden Teil eingesetzt, für jenen Anteil der Energieversorgung der Strom- und Wärmeerzeugung, die eben nicht aus biogenen, internen Brennstoffen gewonnen werden kann. Aber im Wesentlichen ist es Lauge, ein bisschen Rinde, ein bisschen der Schlamm und die paar Prozent Kohle das ist in einem Kraftwerk. Auf der nächsten Folie – leider auch nicht lesbar auf diese

Entfernung, die Präsentation ist nicht für derartige Präsentationsräume gedacht, sondern wird meistens in kleineren Besprechungszimmern genützt – hier sehen Sie den Verlauf der Holzkosten im Allgemeinen, in Euro/Kubikmeter, über eine Auswahl von verschiedenen Ländern. Das teuerste ist Österreich, mit einer Größenordnung von 60-80 Euro pro Festmeter und das billigste hier ist Brasilien und Argentinien, wo man also nur 10-20 Euro pro Festmeter bezahlt, und ich kann Ihnen an der Stelle auch sagen, auch die Zellstofferzeugung in diesen Ländern hat also mit Rohstoffkosten die in der Größenordnung von 20-25 % sich bewegen, von Mitteleuropa sozusagen zu tun, und dementsprechend entsteht hier eine Verschiebung der Kapazitäten. Wie Sie ja immer wieder lesen können, gibt es Großinvestitionen im südamerikanischen Raum für die Zellstofferzeugung. Ja, zusammengefasst hier einige Wünsche oder Forderungen an die Politik – ich möchte das nicht vorlesen sondern nur in Stichworten hier erwähnen – wir sind also schon der Meinung wenn man seitens der Politik Interesse hat die österreichische Papier- und Zellstoffindustrie weiterhin in Österreich zu behalten, dann muss man auch Rahmenbedingungen dafür schaffen und da geht es letztendlich darum, dass energietechnische Konzepte und energiepolitische Konzepte, die die stoffliche Verwertung und die energetische Nutzung in die richtige Reihenfolge bringen, dass Beschäftigungspolitik und Wertschöpfung mit einem bestmöglichen Nutzen hier betrieben wird, und nicht kurzfristige Einzelinteressen in den Vordergrund gestellt werden. Es gibt einige Maßnahmen dazu die also direkt für diese Branche wesentlich sind, Deckelung für Höchstbelastungen, Einrechnung der Lauge oder Rückvergütung, wie auch immer das letztendlich genutzt werden kann. Wesentlich ist, dass der Holzmarkt, der jetzt von mehreren Seiten beansprucht wird, sozusagen in der Form entwickelt wird, dass insgesamt alle die den Rohstoff Holz für ihre Produktion verwenden und nutzen wollen, ein entsprechendes Angebot und eine entsprechende Nachfrage hergestellt wird und versucht wird hier Wege zu finden, vernünftige Balance herzustellen. Das kann nicht der Sturm sein – das müssen andere Mechanismen sein. Zum Thema „Klimaschutz“ glauben wir, dass es ein globales Problem ist, und dass wir für globale Probleme globale Lösungen anstreben müssen. Es macht überhaupt keinen Sinn, wenn man in Österreich oder in Mitteleuropa derartige Restriktionen aus der CO2 Thematik auferlegt, wenn zwei Drittel der Papierproduktion ohnehin auf anderen Kontinenten erfolgen, dann wird dieses Drittel hier auch irgendwann verschwinden, dann haben wir ein Problem gelöst, aber viele neue geschaffen. Es geht letztendlich darum Effizienzkriterien in den Vordergrund zu stellen und Reduktionsvorgaben irgendwo in den Einklang zu bringen, was technisch – technologisch – machbar ist, und die Vorreiterposition die die österreichische Industrie im Allgemeinen bei der energietechnischen Entwicklung hat, die sollten wir weiterhin unterstützen. Ein wesentliches Modell dazu wäre ein faires Benchmarking-Modell, wo man beste „Vailable Technologies“ als Maßstab heranzieht, und nicht das was irgendwann vor 10 Jahren einmal aus einer Diskussion heraus entstanden ist und sagt das ist ein Reduktionsziel. Das muss Hand und Fuß haben, das muss aufgrund von Fakten abgeleitet sein und letztendlich muss eine Energie- und Klimapolitik Ressourcen-Politik sein, Standortpolitik sein und Innovationspolitik. Wir alle fühlen uns letztendlich mitverantwortlich

und fühlen uns auch der Umwelt verpflichtet – das ist keine Frage, aber mein Anliegen ist dieser Verpflichtung mit der größtmöglichen Vernunft nachzukommen. Ich danke Ihnen!

(Allgemeiner Beifall)

Präsidentin Beutl: Ich danke sehr herzlich, für Ihre Ausführungen und vor allem auch für die Zeitdisziplin.

Ich darf zum **10. Referat** den Herrn DI Herbert Lechner ans Pult bitten, auch zum **Thema „Wann wird industrielle Produktion und Energiebedarf entkoppelt?“**

Er ist stellvertretender Geschäftsführer und wissenschaftlicher Leiter der Österreichischen Energieagentur.

Auch ihn darf ich kurz vorstellen:

- Studium der Volkswirtschaft
- Tätigkeit am Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung und in der Energiesektion des Wirtschaftsministeriums.
- Vielzahl von Projekten und Studien zu energiewirtschaftlichen und energiepolitischen Themen.
- Strategische Beratung von Bund und Ländern sowie von Unternehmen aus der Energiewirtschaft
- Mitglied im Expertenbeirat des Klima- und Energiefonds.

Herr DI Lechner, ich darf Sie um Ihre Ausführungen bitten, und Sie haben dafür 10 Minuten Zeit, bitte!

Mag. Herbert Lechner: Dankeschön!

Meine Damen und Herrn, zu Beginn darf ich mir noch eine Korrektur erlauben, nachdem glaube ich ein aus der Kärnten oder Steiermark stammende Dame über einen falschen Titel gestolpert ist, muss ich sagen bitte nicht „Diplomingenieur“, nur so am Rande, der Titel ist hier glaube ich ohnehin nicht so wichtig. *(Präsidentin Beutl: OK, danke vielmals für die Korrektur!)* Meine Damen und Herren, steigen Sie mit mir vielleicht einmal ein „Wie schaut es in der Steirischen Industrie überhaupt aus?“. „Was sind hier die großen Verbraucher?“

Hier sehen Sie es im Uhrzeigersinn geordnet: Papier und Druck $\frac{1}{4}$ des Energieverbrauches der steirischen Industrie, gefolgt von Eisen und Stahl 21 % und Steine, Erden und Glas – da ist auch die Zementindustrie dabei – mit 13 %. Allein diese 3 Sektoren machen 60 % des industriellen Energieverbrauches in der Steiermark aus, und die Steiermark ist insofern auch ein österreichische „Spezifikum“, als sie einen besonders hohen Industrieanteil im Endenergieverbrauch hat. Also hoher Anteil und einige wenige Branchen dominieren hier. In der Steiermark liegt der Anteil der Industrie bei 37 %, im Österreich Durchschnitt nur bei 28 %, also hier eine ganz spezielle Situation. Der Energieverbrauch hat sich zwischen 1995 und 2005 um 11 % erhöht, der Stromverbrauch um 19 %, auch das ein interessanter Hinweis. Wir haben generell den Trend zu beobachten, dass Strom noch

wesentlich stärker wächst, als der Energieverbrauch insgesamt. Wir stellen in unseren Studien oder in den Studien, die wir von anderen Agenturen kennen, auch fest, dass gerade in diesen 3 Sektoren natürlich auf Grund der hohen Bedeutung der Energie als Kostenträger, als Kostenfaktor, das Bewusstsein und die Effizienz sehr hoch sind. Insofern kann ich hier meinem Vorredner zustimmen, dass gerade auch die Papierindustrie - so der aktuelle Begriff - zu den Top-Runnern gehört. Das trifft aber sicher auf die Eisen- und Stahlindustrie ebenso zu wie auf Steine und Erde. Also hier ist das Bewusstsein da: Energie ist kostbar, wir müssen energieeffizient vorgehen. Wir sehen natürlich hier auch wo Energie in der Wertschöpfung weniger Bedeutung hat – das sind eben vor allem eher diese kleineren Sektoren. Dort sehen wir vor allem die Effizienzpotentiale, wenngleich wir sagen müssen, wir haben für die Papierindustrie im Jahr 2002 eine Untersuchung gemacht und hier sehen wir, dass auch hier sogar noch 1 % Potential/Jahr da ist – theoretisch, wenn z.B. investiert werden kann. Also das sind Potentiale, die nicht sofort gehoben werden können, sondern die eben immer wieder in Investitionszyklen passieren. Diese Grafik meines Vorredners zu den Investitionen hätte ich jetzt noch nicht so dramatisch gesehen, weil sie natürlich typisch die industriellen Investitionszyklen reflektieren. Aber wenn man das weiter verfolgt, was mein Vorredner gezeigt hat, dann wird in den nächsten 2, 3 Jahren wiederum einmal ein Investitionspeak fällig, wenn man das so fortschreibt. Und da ist eben die Frage, gibt es diese Investitionsbedingungen, um hier wieder Investitionen anzureizen.

Hier ein Blick auf die Energieeffizienz einzelner Branchen: Nur damit es hier zu keiner Verwirrung kommt, muss ich sagen, mein Vorredner hat sich auf die CO₂ Emissionen, auf die CO₂ Intensität konzentriert. Ich habe mich jetzt ganz nach der Vorgabe meines Referates auf die Energieeffizienz konzentriert und da gibt es, würde ich sagen, punktuell Unterschiede. Sie sehen hier einmal Branchen, die in den letzten 10 Jahren eine steigende Energieintensität hatten: Chemie, Bergbau, Nahrungsmittel, Holzverarbeitung, Bauwesen. Wir haben Branchen, wo die Intensität konstant bis leicht fallend ist. Da gehört der Maschinenbau dazu, Steine, Erde, Glas, Papier und Druck. Jetzt werden Sie sagen, zuerst haben Sie gehört, CO₂ Intensität sinkt – das zeigt eben, dass hier sehr viel in Richtung Erneuerbare getan wurde, dass hier sehr stark in die Ablauggennutzung gegangen wurde und dadurch die CO₂ Intensität noch besser ausfällt, also hier eine leicht fallende Energieintensität im Bereich Papier.

Wir haben auch einige Branchen, die die Entkoppelung zumindest teilweise geschafft haben. Das ist, Sie sehen es oben, die Stahlindustrie und das ist teilweise auch der Fahrzeugbau und der gesamte sonstige produzierende Bereich. Die haben einen fallenden Trend, in den letzten 2, 3 Jahre aber wieder einen ganz leichten Anstieg. Man sieht also, es gibt Branchen mit einer Entkopplung, und wir haben natürlich in den anderen Branchen einiges zu tun. Und es gibt auch die Potentiale, das ist jetzt nur einmal ein kleiner Ausschnitt, wirtschaftliche Potentiale etwa im Bereich der Motorsysteme, der elektrischen Motoren. Sie sehen, das beginnt bei der Anlage selbst, beim hocheffizienten Motor, oder beim Antrieb. Aber noch wesentlich wichtiger ist der systemische Begriff, die Systemverbesserung. Hier sind also vor allem die Potentiale in der Kombination aus dem einzelnen effizienten Produkt und der Systemintegration und Systemoptimierung zu finden. Im Durchschnitt können wir wirtschaftlich von 30 % Einsparpotential ausgehen.

Diese Potentiale sind in der Industrie also vorhanden und wir haben natürlich gesagt: Was steht dem entgegen? Und wollten hier konkret Energiemanager befragen, haben das im Jahr 2006 getan und vielleicht schauen wir nur zu den Hemmnissen. Wo liegen die Hemmnisse – machen Sie einen Blick auf diese hellblauen Balken, die hauptsächlich mit „ja“ beantwortet wurden. Also hier ist der Spitzenreiter der Zeitmangel, hohe Arbeitsbelastung, gefolgt davon, es fehlt Kapital für investive Maßnahmen. Vielleicht hat das auch eine gewisse Wechselwirkung. Es ist eben vielleicht im ersten Blick nicht so wichtig und deshalb hat man auch die Zeit dafür nicht. Beschaffungskosten sind wichtiger als laufende Kosten und ausschließliche Orientierung am Produktionsziel. Es ist notwendig im Alltagsgeschäft, wo es natürlich ganz wichtig ist, dass das Unternehmen läuft, dass die Produktion läuft – hier diesen Fokus in Richtung Effizienz zu bekommen und hier auch klar zu zeigen, dass das nicht nur eine altruistische Übung ist, sondern dass das Kostenvorteile hat, Klimaschutz bringt, letztendlich auch eine ganz essentielle Standortfrage ist.

Zu diesem Thema Standortfrage habe ich Ihnen die nächste Folie aufbereitet. Hier sehen Sie im Bereich der Aluminiumproduktion – da habe ich die Daten schnell verfügbar gehabt -, dass wir hier, wenn wir die Effizienz in diesem Fall „wie viel Strom brauchen wir pro Tonne Aluminium“ definieren, Afrika die effizientesten Anlagen hat. Das kommt daher, dass hier eben neu investiert wurde. Im Vergleich dazu in Europa und in den USA ältere Anlagen: D.h. in Afrika ist es möglich, die Tonne Stahl um 7 % effizienter zu produzieren. Es sind nicht nur die Energiekosten selbst ein Thema, sondern auch wie viel Energie setze ich ein. Hier ist es eben sehr wichtig, dass wir auch diese Investitionszyklen ermöglichen und eine entsprechendes Umfeld gestalten, damit hier in Europa in Neuanlagen investiert werden kann und wird und natürlich auch bestehende Anlagen entsprechend verbessert werden.

Benchmarking ist auch schon als Begriff gefallen. Das ist, sehen wir in letzter Zeit, ein sehr guter Weg, um in die Betriebe zu kommen. Besonders eben in Betriebe, bei denen Energieeffizienz, Energiekosten bisher kein so großes Thema war. Wie eben schon gesagt: Beim großen Player in der Papierindustrie, in der Stahlindustrie, ist es das schon lange, aber andere Unternehmen brauchen einfach einen Bezugspunkt „Wie gut bin ich?“ und das kann ihnen Benchmarking bringen. Ich werde Ihnen dann noch im Bereich der Molkereien zeigen, wie das etwas in Österreich aussieht. Wir können dann auch sehen, wo das gut funktioniert, was man tun muss – an konkreten Beispielen. Nicht aus dem Lehrbuch empfohlen, sondern man kann konkrete Anlagen empfehlen, daraus lernen. Ich habe hier ein Programm angeführt, das in diese Richtung aktiv ist. D.h. jetzt nicht, dass dies das Ein- und Alles-Programm ist, aber im „klima:aktiv betriebe“-Programm, hier geht es um Information, Beratung, und bei der Umsetzung von Maßnahmen ausgehend eben vom Benchmarking-Modell. Hier arbeiten wir etwa im Bereich der Länder mit dem steirischen Programm WIN zusammen und versuchen diesen Ansatz verstärkt in die Branchen hinauszutragen. (*Glockenzeichen*)

Vorletzte Folie, der versprochene Vergleich: 8 österreichische Molkereien im Vergleich zu der besten, in diesem Projekt gefundenen Molkerei. Diese hat sich in Norwegen befunden, war ein EU-Projekt. Sie sehen, die rote Linie ist dieser Bestwert und die anderen Balken sind verschiedene Werte der

österreichischen Molkereien. Sie sehen, dass eine diesem Bestwert nahe kommt, dass es aber danach beträchtliche Unterschiede bis zum Faktor 3 bis 4 gibt und das war Anstoß für diese Betriebe, hier Maßnahmen zu setzen. Es waren auch steirische Betriebe dabei, haben auch beträchtliche Einsparungen erreicht. Also wir haben gesehen, das funktioniert sehr gut und deshalb ist Benchmarking auch nicht zufällig der Ansatz, der auch im Bereich Papier oder anderer energieintensiver Unternehmen nach den Vorstellungen der EU in Zukunft bei der CO₂ Allokation zur Anwendung kommen soll.

Letzte Folie, ich glaube, die konkreten Beispiele haben schon gezeigt: Die Entkoppelung ist machbar, wir brauchen Sie auch aus den verschiedensten Gründen. Ich glaube, dass dazu zwei strategische Stoßrichtungen notwendig sind. Die eine ist einmal kurz und mittelfristig: die konkreten Maßnahmen in den Betrieben, wir dürfen aber auch nicht die mittel- und langfristige Perspektive Richtung Forschung und Entwicklung vergessen. Wir sind in einem europäischen Wirtschaftsraum, da sind auch letztendlich unsere Partner und auch unsere Mitbewerber. Hier müssen wir die Kooperationsmöglichkeiten nutzen, die Erfahrungen nutzen. Wir sollen auch – das wollte ich anbringen – neben der Industrie nicht auf den Dienstleistungssektor vergessen, dort gibt es sehr sehr hohe Wachstumsraten, also auch da ist Handlungsbedarf. Und ich glaube, das wäre sozusagen mein Abschluss, dass hier, wenn sich die Steiermark dazu überlegt, wie man hier weitertun soll, dass hier sicher eine Energieeffizienzinitiative anzudenken wäre, inklusive der Materialeffizienz, das geht etwa auch in die Richtung: Was machen wir etwa mit dem Holz? Das ist sozusagen der Bogen wieder zum Vorredner. Wenn Sie mir jetzt nur noch eine letzte Anmerkung erlauben. Wenn Sie sagen: Und wann wird das – entsprechend dem Titel – wann wird diese Entkoppelung passieren? Dann spiele ich den Ball ein bisschen zurück, ich habe ein Zitat gefunden, wo es heißt: „Der beste Weg, die Zukunft vorauszusagen ist, sie zu gestalten.“ Soweit Sie hier in der Landesregierung sind oder im Landtag sind, Sie können hier mitgestalten, wann diese Entkoppelung passiert. Ich glaube, einig sind wir uns alle, dass sie notwendig ist. Dankeschön. (*Allgemeiner Beifall*)

Präsidentin Beutl: Ich danke, Herr Mag. Lechner, für die Ausführungen und darf nun als Letztem dem Herrn Wolfgang Pekny, Geschäftsführer der Plattform Footprint und Ökologe bei Greenpeace, das Wort erteilen.

Kurze Vorstellung des Herrn Pekny:

- Studium der Chemie und Biologie an der Universität Wien,
- Dissertation über evolutionstheoretische Fragen an Tiefseemollusken,
- seit 1974 im Umweltschutz engagiert,
- 1987 - 2008 hauptberuflich für Greenpeace als Kampagnenleiter, Querdenker und Think-Tank in führenden Positionen national wie international tätig,
- Spezialist für Chemie, Klima Biodiversität, „global commons“, Völkerrecht, Ökologischem Fußabdruck und „Fair Future“, und

- seit 2007 Geschäftsführer der von ihm mitbegründeten Plattform Footprint und Obmann der „Initiative Zivilgesellschaft“.
- Publikationen zahlreicher Studien und Bücher.

Nun darf ich um Ihre Ausführungen ersuchen. Sie haben 20 Minuten Zeit. Bitte!

Wolfgang Pekny: Danke, geschätzte Frau Präsidentin, liebe MitbürgerInnen!

Ich werde Sie in die nächsten 20 Minuten ein bisschen auf eine „Toure de force“ nehmen, ich werde Ihnen einen Planeten vorstellen, den Sie gar nicht so gut kennen, wie Sie vielleicht glauben und ich werde über die Verantwortung der Politik bei der Gestaltung der Zukunft sprechen, dies alles im Konnex „Klima“.

Klimapolitik, was fällt mir da ein? Wasche mir den Pelz, aber mach mich nicht nass! Das ist das, was heute versucht wird zu betreiben. Wir reden über das Triviale. Natürlich Effizienz, nein nicht, wir haben nichts zu verschenken. Wir reden über das Naheliegende, erneuerbare Rohstoffe, in einer Zeit wo uns die nicht erneuerbaren ohnehin früher oder später zu Ende gehen. Wenigstens wird heute erkannt, dass wir ein Problem haben. Dass dies eine Chance ist, wird noch kaum erkannt. Seit 20 Jahren nun gehöre ich zu den Leuten, die vor den Folgen des Global Warming warnen. Ich möchte euch gar nicht erzählen, wie wir da vor 20 Jahren betitelt wurden als „Fortschrittsverhinderer“, „ewig Gestrige“ und schlimmer. Wir haben wertvolle Zeit verloren. Nicht dass ich glaube, wir hätten heute das Klima retten können, aber wir haben unglaublich viel Geld hinausgeschmissen. Die Milliarden, mit denen die Russen heute Kitzbühl aufkaufen, die hätten wir ihnen nicht hinüberschicken brauchen. Wenn wir die Maßnahmen 1989: Greenpeacebuch zum Global Warming, wenn wir die ernstgenommen hätten, gehörte Kitzbühl noch uns. Ich möchte nicht beurteilen, wer Schuld an diesen Versäumnissen ist, das mag die Geschichte beurteilen. Gehen wir in die Gegenwart: CO₂ oder andere Klimagase sind nicht die Krankheit von unserem Planeten, die sind das Fieber – haben wir heute schon gehört. Die Krankheit, wenn man das so sagen kann, ist ganz etwas anderes. Das sind die zu vielen Menschen - und die Ansprüche vor allem – der „global consumer class“, nach Wolfgang Sachs, früher salopp „der Norden“, also „wir“, auf deutsch gesagt.

Da gibt es ja diesen alten Planetenwitz, kennen Sie den vielleicht? Treffen sich zwei Planeten am Weg durch das unendliche Weltall. Sagt der eine zum anderen: „Wie geht es dir denn?“ Sagt der: „Gar nicht gut.“ „Maria, was hast du denn?“ „Ich habe Homo sapiens.“ Sagt der eine: „Mach dir nichts daraus, das vergeht schnell.“

Also was nicht am Spiel steht ist Planet Erde, ist die Natur, die kommt gut ohne uns zurecht. Was am Spiel steht ist, unsere Zukunft, meiner Kinder Zukunft. Wir sind in einer Welt, vollkommen aus dem Gleichgewicht. Wir haben hier Fettleibigkeit als Volksseuche und dort Hunger. 100.000 Menschen sterben am Tag an Hunger und seinen unmittelbaren Folgen, (laut UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung. Und wir in den reichen Ländern geben mehr Geld für Abmagerungskuren und Schlankheitspillen aus, als die gesamte Welthungerhilfe in die Milderung des Hungers steckt. Auch ökologisch sind wir aus dem Gleichgewicht. Kaum jemand von euch wird wissen, dass es heute schon

mehr Menschen am Land gibt - in Biomasse - als es Fische in den Meeren gibt. Das war nicht immer so. In den Siebzigerjahren hat es mehr Fische in den Meeren gegeben als Menschen am Land. Aber was passiert? Die Meere sind leergefischt, die Anzahl der Menschen steigt. Wenn ich euch jetzt fragen würde – die Zeit haben wir nicht – was ihr glaubt, was es mehr gibt: Die Nutztiere des Menschen, also Kühe, Schweine, Enten, Hühner, Schafe oder was wir sonst haben oder wildlebende Wirbeltiere, dann würdet ihr nie draufkommen, dass die Nutztiere schon 20 zu 1 die wildlebenden Wirbeltiere überwiegen. Nur mehr 5 % aller Wirbeltiere, die auf diesem Planeten frei herumkraxeln, die wir im Fernsehen sehen in der Serengeti, nur mehr 5 % sind wildlebende Wirbeltiere. Alle Büffelherden, Flamingoschwärme, Eidechsen, Schildkröten, alles was man sich so in der Arche Noah's vorstellt, nur mehr 5 %. Das heißt, wir haben ein falsches Bild der Welt. Wir glauben, die Welt ist eine Wildnis, die es da gilt sich untertan zu machen. Das war 5.000 Jahre ein gutes Rezept. Heute sind wir an die Grenzen der Welt gestoßen. In unserer Eroberung haben wir uns am anderen Ende wieder getroffen. Aus, Ende, die Welt ist erobert.

Der Ökologische Fußabdruck ist eine der neuen Maßzahlen, die uns diese Begrenztheit auf wunderbare Weise sowohl wissenschaftlich nachvollziehbar, als auch als Metapher klarmachen. Was machen wir? Wir nehmen alle Bedürfnisse eines Menschen, eines Staates, der Menschheit und schauen, wie viel Fläche brauchen wir, wie viel bioproduktive Fläche. Was ich an habe, Baumwolle, Schafwolle, muss wo gewachsen sein, die Viecher, die ich esse – ich meine ich esse keine, ich bin Vegetarier – aber egal, auch die Pflanzen müssen wo gewachsen sein. Wir brauchen Senken, wir brauchen Platz für unseren Müll, wir brauchen im Prinzip Platz, wo das CO₂ wieder absorbiert werden kann, sei es Korallenriffe, sei es Wälder. Diese Fläche lässt sich errechnen und als Maß wird global normiert der Hektar der durchschnittlichen Fruchtbarkeit der Welt angenommen- ist ja nicht überall so fruchtbar wie bei uns, da sind wir ja begnadet in Österreich – und mit diesem Maß-„Globalhektar“ können wir ausrechnen, wie viel es auf der Welt gibt. Der große Vorteil: Wir brauchen nicht diskutieren, wie viel wir haben. Footprint ist der einzige Summenparameter, der seinen eigenen Grenzwert mitbringt. Die Frage: Wie viel haben wir? - anders als beim Klima, wo wir 2 Grad, 3 Grad, ein halbes Grad – puh, ganz kompliziert, 20 Jahre Debatte... Die Frage ist einfach zu beantworten: Wir haben einen Planeten. Nicht zwei, nicht drei, zum Glück auch keinen halben – einen. Die Fläche ist bekannt. Die bioproduktive Fläche nimmt eher ab, pro Kopf nimmt sie sowieso ab, weil ja die Leute mehr werden und Boden wird versiegelt, Wüstenbildung, Versalzung.

Wenn wir jetzt die Anzahl der vorhandenen bioproduktiven Hektar dividieren durch die Anzahl der Mitmenschen kommen wir auf die magische Zahl 1,8. 1,8 Hektar würde jeder Erdenbürger, jede Erdenbürgerin fairer Weise zustehen, wenn denn die Welt fair wäre. Was brauchen wir? Sie im Schnitt, der durchschnittliche Österreicher, die Österreicherin braucht 4,9 Globalhektar. Von jedem Einzelnen nachzuvollziehen auf www.footprint.at oder www.mein-fußabdruck.at. Gemeinsam mit dem Umweltministerium haben wir einen Fußabdruckrechner entwickelt. Nach 20 Minuten kennen Sie Ihren Fußabdruck und der wird irgendwo eher über 4,9 liegen. Was lernen wir daraus? Wir lernen daraus, dass .- wenn alle Erdenbürgerinnen so leben sollten wie wir ... ein Vorschlag, dem man in

erster Instanz ja nicht entgegen kann. Wer wünscht sich schon, dass die in Afrika hungern. Nein, das wäre schon schön, wenn die so leben würden wie wir. Aber würden sie das tun, dann bräuchten wir sage und schreibe, man traut es sich kaum auszusprechen, drei Planeten. Drei Planeten von der Qualität der Erde wären notwendig, um unseren europäischen Lebensstil - vom amerikanischen gar nicht zu reden, dann bräuchten wir sechs Planeten, - zu verwirklichen. Das geht nicht! Da brauchen wir auch nicht zu diskutieren, da gibt es auch keine Technologiehoffnung, dass wir diese drei Planeten, die fehlenden zwei finden. Das heißt, salopp gesagt, wir leben auf zu großem Fuß. Und da Flächen eben begrenzt sind und bekannt ist, dass jede Fläche, die ich mehr beanspruche, die fehlt dem anderen. Wenn ich in das Flugzeug steige und irgend wohin fliege und brauche einen Hektar dafür, dann habe ich den jemanden anderen weggenommen. Ich lebe auf Kosten anderer, - deswegen fliege ich nicht mehr.

Auf individueller Ebene ergibt sich da einiges, aus systemischer Ebene ergibt sich einiges. Wir brauchen nicht einen Treibstoffwechsel oder da kleine Fein korrekturen, dort kleine Feinkorrekturen, wir brauchen ein neues Bild der Welt: als Space Shuttle, als Terrarium und nicht als unbegrenzte Wildnis. Wir brauchen neue Regeln, wie wir mit diesem einen gemeinsamen Planeten umgehen können. Allen voran – und da sind gescheite Bücher darüber geschrieben worden – brauchen wir eine neue globale Ethik und die ist, jedem der mit dem kategorischen Imperativ vertraut ist, überhaupt nichts Neues, die sagt nichts anderes als – und das hat dem Kant nicht einfallen können, weil er noch nicht global gedacht hat, die mussten das ja nicht tun – die heißt nichts anderes, als „unsere Freiheit einem beliebigen Lebensstil zu frönen, sprich beliebig viel Energie zu verbrauchen und beliebig viel Papier pro Kopf zu verbrauchen, - die ist nicht durch unser Geldbörse begrenzt, sondern ist genau dort begrenzt, wo unser Lebensstil, das Leben und Überleben anderer unmöglich macht oder unter jede Menschenwürde beschneidet. Und dort sind wir heute. Jeder globale Hektar, den ich mehr beanspruche, der fehlt irgend einem Menschen in Bangladesh und in Somalia, - gnadenlos.

Dem nicht genug, muss ich euch noch eine Mitteilung machen, die unerfreulich ist. Dieser einer Planet, den wir unbestreitbarer Weise haben, der ist bereits übernutzt. Wir brauchen bereits in jedem Jahr 1,3 Planeten. Jetzt werden Sie sagen, so ein Blödsinn, wieso kann man 1,3 Planeten brauchen. Ganz einfach, man kann mehr aus dem Wald heraushacken, als nachwächst. Man kann mehr aus einem Teich fangen, als Jungfische nachkommen. Wir können mehr vom Konto ausgeben, als draufkommt. Aber nicht für lange. Irgendwann kommt die Bank und sagt: „Hallo Freund, Konkurs droht, so geht es nicht weiter!“ Unsere Bank, die Natur, die klopft auch schon, Stürme, Überschwemmungen. Was machen wir? Lieber nicht hinschauen. Klug ist das nicht. Wir leben vom Kapital. Wir verzehren unseren Planeten, anstatt dass wir uns mit den Zinsen, mit den erneuerbaren Ressourcen zufrieden geben. Die sind gewaltig, aber nicht unendlich.

Diese globale Ethik ergibt auf individueller Ebene Handlungsmaximen. Der Footprint sagt uns nicht, tu dies, tu das. Er sagt uns, wie viel haben wir. Wenn ich mit diesen 1,8 jemals leben wollte, dann gibt es die berühmten vier „F“, ganz einfach zu merken. Eselsbrücken:

+Fliegen – vergiss es.

+Fahren mit dem Auto, langsamer, weniger, nie alleine, vier hineingequetscht in ein Auto ist nur mehr ein Viertel von Footprint pro Person. Öffentlicher Verkehr ist natürlich viel effizienter, wissen wir alles.

+ Fleisch und tierische Produkte. Der größte Anteil des individuellen Footprints, fast ein Drittel, macht die Ernährung aus. Und 80 Prozent vom Ernährungs-Footprint sind Fleisch und tierische Produkte. Hier wäre schon eine große Hilfe nur die Empfehlung der Diätärzte ernst zu nehmen und halb so viel zu essen. Es muss ja niemand Vegetarier werden.

+ Und das vierte F, eine Eselsbrücke, Wohnen wie im Fass. Klein, kompakt, gut isoliert und vor allem öffentlich erreichbar. Wir haben heute schon gehört, ein Nullenergiehaus irgendwo in der Pampa, wo dann die ganze Familie zu zweit, extra ein- und auspendeln muss, kann sich nicht rentieren. Manche dieser Schritte kann das Individuum sofort tun, wenn es denn will, andere nicht.

Umsteigen auf öffentliche Verkehrsmittel? Ich komme heute in der Früh aus Birkfeld. Ich war so naiv zu glauben, Birkfeld ist gleich neben Graz und habe für gestern einen Vortrag in Birkfeld zugesagt. Ich brauche nicht zu erzählen, was das für eine Odyssee war, von Wien nach Birkfeld und von Birkfeld nach Graz zu kommen. Wir haben also eine Leistung unserer Marktwirtschaft, die mir ermöglicht aus 220 völlig verschiedenen Neuwagentypen zu wählen, für jeden kriege ich ein Vierfarben-Prospekt, kann ich mir morgen kaufen, wenn ich will, aber ich kann mir nicht aussuchen, am Wochenende überhaupt, habe ich vergessen, öffentlich von einem schönen Ort in den anderen schönen Ort zu fahren. Wenn das Fortschritt des 21. Jahrhunderts ist, dann haben wir etwas falsch gemacht.

Jetzt höre ich auf meinen zahlreichen Vorträge. „Erzählen Sie das nicht uns“, sagen die Leute, „erzählen Sie das den Politikern.“ Und wenn ich eben mit Politikern zusammen bin, dann höre ich das gleiche. „Erzählen Sie das nicht uns, sondern den Leuten.“ Das sind ja lauter Deppen, die wollen ja nur kaufen, Konsumsüchtige,... Alle diese Unterstellungen gibt es. Ich glaube, das ist eine unserer Tragödien der letzten Jahre, fast sind es schon Jahrzehnte: gegenseitige Unterschätzung zwischen Politik und Wählerinnen, Bürgerinnen. Ich kann Ihnen als politische Mandatäre nur raten, nehmen Sie Ihre Mitmenschen, nehmen Sie Ihre Wählerinnen ernst. Heute haben wir schon gehört, die Wahrheit ist zumutbar. Und wir müssen darüber sprechen. Wir haben nämlich ein System, dem die Feedback-Schleifen fehlen. Wir haben eine Situation, wie wenn wir nie unsere Zähne pflegen, die sind schon halb verfault, aber den Mundgeruch und die Zahnschmerzen, die hat der Nachbar und dazwischen ist eine schalldichte Wand. Wir hören das nicht. Und wenn es nicht einer sagt, werden wir nie etwas tun, weil so angenehm ist der Zahnarzt nicht, dass ich dort freiwillig hingehe. Leiden tun längst die anderen. Und wenn wir diese Feedback-Schleifen nicht über unserem Kopf machen - und warten bis wir leiden, dann ist es mit Sicherheit zu spät. Weil wir sind ja nicht Heuschrecken oder Ratten, die über ein Ökosystem, herfallen. Wir haben die Kraft der Antizipation und die müssen wir nutzen. Ich glaube mit einer neuen Aufklärung, mit der Zumutung der Nachricht, dass unsere eine Welt zu klein ist und schon aufgebraucht ist, kann man Menschen dazu gewinnen, auch Maßnahmen, die heute als undurchführbar gelten, zu akzeptieren. Wer spricht denn schon über Lifestyle, das ist ja nicht

zumutbar, also reden wir nicht darüber. Ja, das ist zumutbar! Wir brauchen keine 15Jahre Debatte, um für das Space-Shuttle ein Rauchverbot zu beschließen. Jeder der bei Sinnen ist, wird sagen, na selbstverständlich, der wird ja nicht rauchen in dem Space-Shuttle. Wenn wir verstehen, wie klein unsere Erde geworden ist, kommen wir gar nicht mehr auf die Idee, unser bisschen Luft, - das ist ja ein glühender Stein mit einer dünnen Kruste mit einem Hauch von Wasser, mit einem Hauch von Luft, das ist unser Planet. Wenn wir das verstehen, kommen wir überhaupt nicht auf die Idee, das so zu versauen.

Diese Zukunftsfähigkeit und ich sage bewusst nicht „nachhaltig“. Weil nachhaltig ist schwach. Erstens einmal ist nachhaltig ja von Wirtschaft und Politik heute oft missbraucht. Heute höre ich ja schon in den Nachrichten: „Nachhaltiger Anstieg der Börsenurse.“ Na, das ist super. Ich rede von zukunftsfähig, weil die Verneinung sagt alles, zukunftsUNfähig. Genau das sind wir, unsere Gesellschaft ist zukunftsunfähig. Wir haben keine Konzepte, wir sind der Zukunft nicht gewachsen. Und das schreit nach Veränderung. Und während vielen Leuten die Umwelt wurscht ist, vielen auch Fairness, oder die in Afrika wurscht sind, für die Zukunft will eigentlich jeder gerüstet sein. Fragen Sie die Versicherungsindustrie, was heute alles versichert wird. Wir wollen gerüstet sein für die Zukunft, sind es nicht. Aus dieser Diskrepanz muss ich doch politisch Kapital schlagen können, wenn ich Programme anbiete, die diese Zukunftssicherheit bringen. Und ich kann Ihnen versichern, Zukunftsfähigkeit heißt nicht, zurück in die Höhlen. Als Hobbyspeläologe weiß ich, es gibt nicht genug Höhlen für 7, 8 Milliarden Menschen. Das können wir vergessen. Wir werden also alle Ingenieurskunst brauchen, alles an Effizienz, an sanften Technologien – wir dürfen ja nicht den Teufel mit dem Pelzebub austreiben – wir werden alles an sozialer Innovationskraft brauchen, zu der das Menschengeschlecht überhaupt fähig ist. Und wir werden ein bisschen auch menschliche Reifung brauchen, wir werden eine Beschäftigung brauchen mit der Frage, wann ist genug genug. Mein Bub ist jetzt so groß, ich freue mich, wenn er so wächst, so geht er auch noch, so geht er auch noch, aber ich will nicht, dass er drei Meter groß wird. Irgend wann sind wir erwachsen. Als Gesellschaft sind wir erwachsen, wir brauchen nicht mehr wachsen. Wir können uns verfeinern, wir können gescheiter werden, glücklicher. Wir brauchen also andere Wirtschaftssysteme, die aus dem Hamsterrad des Wachstumszwanges heraus können. Das ist keine betriebswirtschaftliche Aufgabe. Ich kann nicht dem Chef von Sappi sagen, ab nächstem Jahr sollen sie jedes Jahr um 5 Prozent weniger Umsatz machen. Der zeigt mir den Vogel. Es ist nicht möglich. Insgesamt ist es aber auch nicht möglich, dass man in einem geschlossenen System für immer wächst. Das ist eine gesellschaftliche, global gesellschaftliche Herausforderung. Der Footprint macht uns schlauer, wenn wir uns damit beschäftigen. Es wird hier nicht weit bekannt sein, ich möchte auch nicht aus der „Nähstube“ plaudern, aber das Land Steiermark ist ein Pionierland. Es gibt gerade Voruntersuchungen für eine Footprint-Untersuchung der Steiermark, die könnte sogar weltweit Furore machen. Warum gibt irgendwer Geld dafür aus? Footprint ist ein sehr ehrlicher Parameter, zum Teil nützlicher als CO₂, weil, wenn ich jetzt unbedingt das Kyoto-Ziel für die Steiermark einhalten will, dann schließe ich den Standort Gratkorn und Donawitz und schon haben wir ein schönes „Eckerl“ eingespart. In Wirklichkeit haben wir damit

nichts eingespart, auf dieser Welt. Weil wenn wir dann das Eisen halt aus China importieren, hängt wahrscheinlich mehr CO₂-Rucksack dran, als wenn wir die Produktion selber machen. Der Footprint misst etwas ganz anderes. Der Footprint misst, was brauchen, was konsumieren in Summe die Steirer und Steirerinnen. Da kann ich mich nicht sozusagen rausschwindeln, indem ich irgendetwas irgendwohin verlagere. Schwieriger allerdings zu messen, aber aussagekräftiger und in keinsten Weise im Widerspruch zu CO₂-Messungen, den grosso modo in einem Industriestaat macht der CO₂-Energieanteil die Hälfte des ökologischen Fußabdruckes aus.

Der Anstoß für diese Veränderungen wird nicht – kann nicht – von der Wirtschaft ausgehen. Nicht weil dort Bösewichte sitzen, die jeden Tag in der Früh aufwachen und sagen: „Ha, ich möchte ein Stückel Welt zerstören.“ Nein! Diese Damen und Herren, ich bin ja im Gespräch mit diesen, die haben ganz enge Leitplanken. Die sind von ihren Vierteljahresberichten dominiert. Die lieben das auch nicht, aber so ist das halt. Diese Veränderung wird auch nicht unbedingt von der Politik ausgehen – denn die macht das, womit man wieder gewählt wird . Die Veränderung kann nur aus einer sehr komplexen Zusammenarbeit aller Kräfte geschehen.

Der wesentliche Schritt ist: Machen Sie Ihre BürgerInnen zu Verbündeten. Sie werden Verbündete brauchen, in diesen großen Wenden in Richtung zukunftsfähige Gesellschaft. Das wird nicht das Großkapital sein, das kann es per Definition nicht, das hat eine Aufgabe, sich zu vermehren.

Das müssen die Menschen sein. Das kann nicht angehen, dass Maßnahmen, von denen eigentlich jeder sagt, sie wären gut, wichtig für uns, dass die politisch unverkäuflich sind. Und. machen Sie das bitte zwischen den Wahlkämpfen. Niemand verlangt, dass Sie im Wahlkampf sagen: „Ah, Benzin soll 3mal so teuer sein.“ Das hat sich nicht bewährt. Versuchen Sie, in den Jahren dazwischen Verbündete zu finden, für eine zukunftsfähige Politik, denn die ist möglich. Machen Sie es vor. Taten statt Worte – und heute haben wir schon gehört: China! Die sind unheimlich gut im Nachmachen unserer Uhren, unserer Autos. Die werden auch einen zukunftsfähigen Lebensstil nachmachen, wenn wir ihn vorzeigen.

In diesem Sinne freue ich mich schon sehr auf die enge Zusammenarbeit mit den steirischen Ämtern, um eben aus dem Analysieren des Footprints vielleicht auch die eine oder andere Policy-Empfehlung geben zu können. Eine bessere Politik ist nämlich möglich, muss möglich sein für Eine Welt. Wir haben nur eine. Danke! (*Allgemeiner Beifall*)

Präsidentin Beutl: Ich danke Ihnen, Herr Pekny, für Ihre Ausführungen und darf nun überleiten zu den Statements der 4 im Landtag vertretenen Fraktionen und darf als erstes, dem Herrn Abgeordneten Wolfgang Böhmer vom Landtagsklub der SPÖ das Wort erteilen.

Ganz kurz einige Details aus seinem Lebenslauf:

- Er ist bis 2005 Lehrer an der Hauptschule Hartberg gewesen.
- Von 1980 bis 1997 Kustos für Biologie und Umweltkunde sowie Organisator mehrerer Projekte auf dem Sektor des Umweltschutzes.

- Seit 1980 Mitglied des Gemeinderates Hartberg, seit 1995 Mitglied des Stadtrates und derzeit 2. Vizebürgermeister.
- Seit 2000 Abgeordneter zum Landtag Steiermark und Vorsitzender des Ausschusses Umwelt, Naturschutz und erneuerbare Energien.

Es stehen 10 Minuten zur Verfügung, bitte Herr Abgeordneter.

LTabg. Böhmer: Frau Präsidentin, Herr Landesrat, meine Damen und Herren, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer!

Ich habe meinen Vortrag weggelegt, weil ich nicht so vermessen bin, dem 10. einen 11. Vortrag anzuhängen, zumal wir – und das Gefühl habe ich – fast alle die gleiche Sprache sprechen.

Und ich erlaube mir, an dem pädagogisch-philosophischen Exkurs des Herrn Pekny anzuschließen, wenn er vom homo sapiens spricht, so sage ich immer wieder als Einleitung: Es ist halt die Frage, wie man an das Thema herangeht. Wenn du in der Oststeiermark, im Thermengebiet, zufällig eine Gottesanbeterin triffst, so kannst du als Insektenfreund sehr erfreut sein. Als Lehrer solltest du aber Kinder, Jugendliche oder vielleicht auch Kindergartenkinder erinnern und ihnen vielleicht erzählen, dass dies nur das Ergebnis einer Veränderung, einer Verschiebung unserer Vegetationszonen ist. Und dann sollte man in weitere Ebenen eintreten. Und wenn Herr Pekny des Weiteren sagt, die Natur klopft an. Ich glaube vor 20 Jahren – da stimme ich mit Ihnen überein – haben manche dieses Anklopfen noch nicht gehört. Wer es jetzt noch nicht gehört hat, der ist nicht nur taub, sondern der lebt auf einem anderen Planeten. Und damit wäre zu Ihrer Aussage das getan.

Zusammenfassend kann ich bei allen 10 Referentin und Referenten mich nur recht herzlich bedanken. Wir vier Parteien im Landtag sind froh, dass wir diesen Tag veranstalten können und es hat eine ziemliche Einigkeit geherrscht, dass wir diese Veranstaltung über die Bühne bringen können. Wohl deshalb auch, weil wir der Meinung sind: Wir brauchen gerade für dieses Thema wieder einen Öffentlichkeitsschub. Es steckt schon ein bisschen mehr auch dahinter. Aber primär ist es der Öffentlichkeitsschub. Ich sage das bewusst, weil die vier Landtagsparteien seit Beginn dieser Legislaturperiode unter dem Titel „Plattform 2020“ d.h. sowohl die Grüne-Fraktion, die Kommunistische Fraktion als auch die ÖVP und die SPÖ, wir kooperieren auf einer Schiene, indem wir uns zunächst Fachleute, Fachexpertinnen, Fachexperten einladen und zum anderen dann auf dem Wege eines gemeinsamen Antrages, derer sind bereits zwei in Arbeit, versuchen, für unsere Steiermark weiter so zu arbeiten. Für uns alle ist der globale Klimaschutz nicht nur ein Schlagwort. Es ist für uns ein Gebot der Stunde und Klimaschutz muss – so behaupte ich – bereits im Kleinen beginnen. Sei das vom Kleinsten, von der Familie, von den eigenen vier Wänden an, bis hinauf sage ich – was heute auch angedeutet worden ist, vom Herrn von der Firma Sappi – einer noch verstärkteren oder ich würde auch meinen von der Politik noch verständlicheren Kooperation untereinander. Ich kann in diesem Zusammenhang mitteilen, dass wir auch hiezu bereits, im nächsten Umweltausschuss einen Antrag haben. D.h. wir brauchen Sie! Die Politik braucht alle, die Sie hier sitzen. Wir brauchen einfach Fachexpertinnen und Fachexperten und wir brauchen auch Mahnerinnen

und Mahner, auch wenn manches ein bisschen überspitzt ist und manches vielleicht auch zu einfach gesehen wird.

Wir wollen Maßnahmen auf allen Ebenen setzen und ich würde mit einem Satz, bevor ich zu den einzelnen Dingen ganz kurz kommen, einfach sagen: Für mich ist ambitionierter Klimaschutz einfach eine Headline in einer vernünftigen, ehrlichen und einer lebenswichtigen Energiepolitik. D.h. Klimaschutz muss in jedem Paket drinnen sein. In diesem Energieplan 2005 bis 2015 sind eine Menge von Aktionen, von Aktivitäten drinnen, die es gilt in der nächsten Zeit anzupacken und die wir sicher auch schaffen werden, weil wir gehört haben, dass wir als Steirerinnen und Steirer gar nicht so schlecht drauf sind.

Ich will jetzt nicht die einzelnen Referate zergliedern, sondern ich möchte nur ganz einfach sagen, es ist über die Themen wie Energieeffizienz und Initiativen dazu, es ist geschrieben worden über Rahmenbedingungen, es ist gesagt worden bei der Mobilität: Können wir das den Leuten zumuten? Ich würde sagen, bei der Mobilität fällt mir schon ein – ich glaube, Herr Blum war das, wie er gesagt hat: „Na früher ist man gesund gegangen oder Rad gefahren.“ – bei all diesen Dingen würde ich schon ein bisschen mit Vorsicht vorgehen. Man muss auch die regionale Gegebenheit sehen und es ist ein Unterschied, ob ich in Graz Rad fahre oder, wie ich es voriges Jahr gesehen habe, in Niedersachsen, oder ob ich im oststeirischen Hügelland oder im Joglland mit dem Rad unterwegs bin. Und hier gilt es aber auch vielleicht bei einer gewissen Überlegung auf der Ebene des Radwegesystems auch so genannte – wir haben das ja in so genannten lokalen Agenden drinnen, dass man einfach sagt, wir bauen oder wir errichten Wohlfühlstraßen oder Wohlfühlradwege entlang von Flüssen, entlang von Bächen mit einem minimalen, im Promillebereich befindlichen Gefälle. Was mir aber besonders gefallen hat und jetzt komme ich auch zu unserem Herrn Präsidenten, er hat gesagt, wir sollen Verantwortung für unsere nächste Generation übernehmen und wir sollen diese Verantwortung durch Maßnahmen festigen. Und wenn dann der Herr Jilek, unser Energiebeauftragter der Steiermark festhält: „Im Großen und Ganzen sind wir gut unterwegs.“ Er hat das wortwörtlich gesagt, ich glaube soviel, wir haben die Herausforderung angenommen, so getraue ich mir auch zusagen in diesem Zusammenhang als Abgeordneter, weil ich auch die Stellungnahmen der anderen Kolleginnen und Kollegen gelesen habe, es gilt auch zu hinterfragen in diesem Raum und das ist mir heute so gekommen, ist es überhaupt sinnvoll, für das Land Steiermark ein Klimaschutzgesetz auf die Beine zu stellen? Und ich glaube, man sollte auch in der Politik den Mut haben zu sagen: Na ja, der Antrag war ein wenig überhudelt, er liegt eh schon so lang quasi in einem Unterausschuss, der sich nicht getroffen hat. Ich glaube, liebe Ingrid, weil du auch gerade so lächelst, es gibt genug Möglichkeiten, die uns heute aufgezeigt worden sind. Ich darf nur eine Möglichkeit davon erwähnen, ich sage: Novellierung des Baugesetzes, Veränderungen in der Raumordnung. Und ich ginge noch weiter, der Herr Selvicka stimmt mir zu, und ich ginge noch weiter, dass ich einfach sage: Auch eine Anpassung an die Gesetze wie sie in den benachbarten Bundesländern bereits Norm sind. Ich sehe das im Konkreten die Unterschiede zwischen der Steiermark, Oststeiermark, Randgebiete und dem Burgenland. Aber wir haben heute auch gehört, dass es große Unterschiede – also ich zumindest in der Pause – zwischen der

Steiermark und Vorarlberg gibt. Und ich würde meinen, bei all dem Willen, den wir Politiker im Landtag haben, würde es mich auch freuen, wir sind auf dem guten Weg mit den Landesräten, mit unserem anwesenden Landesrat Manfred Wegscheider und dem Landesrat Seitinger, dass wir es wahrscheinlich auch schaffen. Ich sage es ganz ehrlich, ich bin überzeugt: Klimaschutz ist eine Querschnittsmaterie und ist nicht die Aufgabe allein des Umweltschutzbeauftragten. Es ist auch eine Ebene auf der Gesundheit, es ist eine Ebene im Verkehr wie wir heute ja schon mehrmals gehört haben. Und ich bin überzeugt, dass wir im nächsten Budget – könnte auch ein Doppelbudget sein – dass wir im nächsten Budget auf alle Fälle es schaffen, für diesen Klimaschutz, ob das die 1,2 Millionen Quadratmeter Solarfläche sind, d.h. für jede Steirerin, für jeden Steirer einen Quadratmeter oder ob das besondere Impulse in der erneuerbaren Energie sind. Ich bin überzeugt, dass das unsere Regierer und dass das wir hier schaffen, ansonsten hätten wir uns nicht gefunden und in dieser Art eine Klimaschutzquote beschlossen. Ich kann Ihnen versprechen, liebe Wissenschaftler, liebe Fachleute, liebe Expertinnen und Experten, wir werden uns gerne zusammensetzen wie es so geheißen hat. Es hat der Herr Pekny geendet: „Nehmen Sie die Menschen ernst.“ Wir nehmen sie ernst, Herr Pekny, das haben mehrere heute gesagt. Wir nehmen auch unsere Arbeit im Steiermärkischen Landtag und in der Landesregierung natürlich auch ernst und wir bitten Sie, uns entweder mit dem Fingerzeig oder mit Applaus einfach zu unterstützen. Natürlich vorausgesetzt, dass wir genügend Unterlagen und Grundmaterial für neue Gesetze, für neue Novellen bekommen. Aber wir sind bereit, für die Menschen, die wir in unserem Land ernst nehmen, mehr in punkto Klimaschutz zu tun. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. *(Allgemeiner Beifall)*

Präsidentin Beutl: Ich danke dem Herrn Abgeordneten Böhmer und darf als Zweitem dem Herrn Abgeordneten Ernst Gödl vom Landtagsklub der ÖVP das Wort erteilen.

Auch hier eine kurze Vorstellung:

- Studium der Rechtswissenschaften und der Anglistik,
- im Jahr 1995 jüngster Bürgermeister Österreichs,
- seit 2000 Abgeordneter zum Landtag Steiermark,
- Schwerpunkte in der politischen Arbeit: Umweltschutz, Konsumentenschutz, Jugend, Gemeinden und
- er ist der Sprecher für Umwelt und Energie im Landtagsklub der ÖVP.
Bitte Ernst, du bist am Wort.

LTabg. Ernst Gödl: Sehr geehrte Frau Präsidentin, werter Herr Landesrat, meine sehr geehrten Damen und Herren!

„Die Frage heute ist, wie man die Menschheit überreden kann, in ihr eigenes Überleben einzuwilligen.“ Diesen markanten Ausspruch hat der britische Philosoph und Mathematiker Bertrand Russel vor vielen Jahrzehnten getan. Er hat damit damals nicht den Klimaschutz gemeint muss man

sagen, sondern damals das weltweite Wettrüsten. Man könnte aber heute diesen Satz genau eben auf das Klimaschutzthema ummünzen und gerade auch an uns Politiker gerichtet die Verantwortung hineinlegen: Wie können wir uns und alle, die wir auf dieser Erde leben, die wir in der Steiermark leben, die wir in den Gemeinden leben, dazu zu überzeugen, eine aktive Haltung einzunehmen, um gegebene Faktoren, die feststehen auch wieder umzudrehen. Es besteht ja Einigkeit und das fast weltweit, dass der Klimawandel nicht nur eine Zeiterscheinung ist, die in regelmäßigen Abständen über Jahrhunderten auftaucht, sondern einen kausalen Zusammenhang hat mit den Eingriffen und mit den Lebensweisen von uns Menschen. Dies wurde auch heute von vielen Referenten auch ganz eindeutig dargelegt. Für uns in der politischen Verantwortung, die wir in den diversen Landtagsklubs und hier im Parlament tätig sind, ist es immer gut und wichtig, dass wir immer wieder mit sehr maßgeblichen Experten, mit sehr glaubwürdigen Experten zusammentreffen, um auch notwendige Impulse zu erfahren. Es ist in jeder Entwicklung wichtig, dass es große Vordenker gibt, Meinungsbildner, Pioniere und da waren heute einige honorige Persönlichkeiten am Rednerpult bzw. eingeladen, von Professor Kirchengast angefangen über den Hermann Scheer, der heute leider nicht kommen konnte, oder ich denke an die Pioniere wie den Erwin Stubenschrott, der hier sitzt oder den Karl Totter, die heute bei uns dabei sind. Oder für mich persönlich ein großes Vorbild der Joschi Riegler mit seinem Weitblick, der ja schon vor Jahrzehnten das Modell der ökosozialen Marktwirtschaft entwickelt und skizziert hat - viel zu früh für unser Land und man muss ja sagen, in mancher Hinsicht auch viel zu früh für seine eigene Partei. Ja, meine Damen und Herren, die Fakten liegen auf dem Tisch und für uns muss der heutige Tag der Startschuss sein, um konkrete Maßnahmen auch in die Hand zu nehmen. Es stimmt schon, dass – sowie es der Herr Pekny gesagt hat – auch uns immer wieder gesagt wird am Stammtisch: „Na ja, was wollt denn ihr in der kleinen Steiermark für die große Welt ausrichten.“ Es ist völlig richtig, dass die Dimension derartig global ist, dass es natürlich globale Mechanismen gibt. Auch da brauchen wir, glaube ich, nicht verzagen. Wenn man heute die Ideenliste, die es gibt, in der großen Welt zum Beispiel von Lutz Wicke ansieht: Kyoto plus, also das Cap-and-trade-System über einen weltweiten Emissionshandel – freilich, sicher eine Zukunftsvision, die noch weit weg sein kann, so glaube ich trotzdem, dass es wir auch im Replik auf meinen Vorredner, schon in die Hand nehmen müssen, die Maßnahmen, die wir setzen können, auch ganz konkret anzugehen. Da möchte ich schon darauf hinweisen, dass die Steiermark in vielen Bereichen auch in der Vergangenheit – und der Herr Jilek hat es auch angesprochen – Einiges unternommen haben. Wir haben vor fast 6 Jahren in diesem Landtag beschlossen, dass die Wohnbauförderung bei Einfamilienhäusern zum Beispiel verpflichtend an den Einsatz einer erneuerbaren Energiequelle bei der Raumwärmegewinnung gebunden wird. Das war gar nicht so eindeutig und da hat es in vielen Parteien ein Murren gegeben und schlussendlich haben dann damals die Grünen und die Schwarze Fraktion auch dann aufrecht erhalten. Wenn wir dann Prioritäten setzen und unser verehrter Herr Landesenergiebeauftragter sagt uns das ja auch immer wieder: „Bitte setzt Prioritäten“ - und Prioritäten zu setzen heißt eben in der Reihenfolge aus unserer Sicht: Erster Blickwinkel „Energie sparen“, wo ist das möglich, wo können wir Energie einsparen. Zweiter Blickwinkel

„Energieeffizienz“ und der dritte natürlich auch ganz wichtig, die „umweltfreundliche Energieerzeugung“. Und da ich selbst aus dem Gemeindebereich entstamme und schon einige Jahre als Bürgermeister tätig sein darf, ist ein zentraler Punkt jeder Politik und jedes Handelns als Politiker die eigene Glaubwürdigkeit. Und die eigene Glaubwürdigkeit kann man dann vorantragen, wenn man einmal selbst bereit ist, dort wo man Verantwortung trägt, auch zu handeln. Ich spreche aus leidvoller Erfahrung, wir haben in unserer Gemeinde, eine kleine Gemeinde, im Jahr 2000 ein Heizwerk gebaut. Da war der Ölpreis bei 3,50 Schilling. Wir haben einen Sturm der Entrüstung gehabt, wir haben es durchgezogen, heute kein Thema mehr. Nur als kleines Beispiel. Und so muss es auch für uns gerade im Landtag und auch in der Landesregierung die Aufgabe sein, dort wo wir konkret handeln können, das sind zum Beispiel öffentliche Bauwerke, das ist zum Beispiel der Fuhrpark des Landes, die Autos des Landes, dort mit gutem Beispiel, mit positivem Beispiel voran zu gehen. Natürlich und so verstehen wir auch die Mahnung, die quasi unser verehrter Herr Heinz Kopetz an uns herangetragen hat, natürlich hat man auch ein kleines Glaubwürdigkeitsproblem, wenn man im Kraftwerksbau – und wenn wir da Voitsberg ansprechen – wenn wir uns da quasi für ein Kraftwerk stark machen: für 300 Megawatt jährlich würde man nach momentaner Berechnung zirka 5 Millionen Emissionszertifikate kaufen müssen! Wenn man dann einerseits eine Klimastrategie ausarbeiten will und auf der anderen Seite genau das Gegenteil in der Energiepolitik forciert. Und mit diesem Glaubwürdigkeitsproblem, glaube ich, sollten wir uns auch ernsthaft auseinandersetzen.

Es gibt sehr viele positive Beispiele auch schon in der Steiermark, die die Zeichen der Zeit erkannt haben. Ich nenne als Musterbeispiel die Ökoregion Kaindorf, wo sich mehrere Gemeinden zusammengetan haben, um mit ganz konkreten Projekten auch Akzente im Klimaschutz, im Umweltbewusstsein und dergleichen zu setzen. Wir seitens der steirischen Volkspartei versuchen auch in den Bereichen, wo es uns möglich ist, und wir haben auch den weiß-grünen Weg, den wir im Vorjahr als Programmprozess ins Leben gerufen haben, den Klimaschutz auch an die erste Stelle gesetzt, ganz massiv auch die Arbeit im Landtag und die Möglichkeiten, die der Landtag hat, wollen wir so nutzen, dass wir einerseits als Vorbild vorangehen und zweitens auch unserer Bevölkerung, die wir vertreten, auch zu einem Handeln auffordern oder teilweise mit gezielten Förderungen ermutigen oder noch strenger mit Baugesetzregelung und mit Raumordnungsregelung sogar auch zwingen. Wobei natürlich die heile Welt, die uns im positiven Sinne Herr Pekny so ein bisschen versucht hat, zu erklären, wie es sein könnte, natürlich in vielen Bereich ist das Wunschdenken, auch das Wissen, wie es sein sollte und dessen, wie wir real handeln und mich selbst eingeschlossen nicht ganz deckungsgleich sind. Wenn man sagt: „Naja theoretisch, habe ich heute gehört in der Pause, könnte man ganz Seiersberg mit 6.000 Einwohnern energieeffizient in ein Hochhaus unterbringen und nicht aufgeteilt auf 5 Quadratkilometer.“ Wäre theoretisch denkbar und hätte wahrscheinlich den geringsten Energieeinsatz, ob es sozial verträglich ist, ob es sinnvoll ist, ist eine andere Frage. Oder auch dieser klimapolitische Wunsch im Bereich des Wohnbaues und der Raumordnung, verdichtet zu bauen. Und stellvertretend für viele wissen wir, kennen wir Beispiele ganz aktuell – es hat sogar einen Stadtrat gegeben, der sein Haus im Grünen gebaut hat und es gibt einen Landeshauptmann, nicht als Vorwurf,

sondern als Feststellung, der genau so sein Haus im Grünen gebaut hat und auch der Redner, der vor Ihnen steht, auch mein Lebenstraum ist es – ich wohne derzeit in einer Mietwohnung – und auch mein Lebenstraum ist es, in absehbarer Zeit ein eigenes Heim mit einem 1000 Quadratmeter Grund zu haben. Das werde ich wahrscheinlich auch verwirklichen, wohl wissend, dass es so klimaschonender wäre zu leben wie ich jetzt leben, nämlich in einer 80 Quadratmeter-Mietwohnung.

Das heißt, der Wunsch und die Realität klaffen ein wenig auseinander und trotzdem oder gerade deswegen sind wir gefordert als Gesetzgeber im Bereich unserer Möglichkeiten Maßnahmen zu setzen. Und da schlagen wir im Groben vier Handlungsfelder vor. Sie können es aus der Unterlage auch auszugsweise nachlesen. Das Handlungsfeld „Steirischer Wohnbau und öffentliche Gebäude“ spielt auch die Richtung, die auch von den Grünen sehr stark forciert wird, nämlich die Bedarfszuweisungen zum Beispiel bei den Gemeinden auch etwas klimarelevanter zu gestalten und auch in die Richtung gehen, die Herr Dr. Gross aus Vorarlberg heute angesprochen hat, sukzessive den Energieeinsatz bei Wohngebäuden abzusenken auf – wie Herr Landesrat Seitinger sagt – 20 bis 30 KW abzusenken, damit eben die Richtung in Richtung Passivhaus-Standard auch vorgegeben ist.

Energieeffizienzoffensiven, da sehen wir vor allem als ganz wichtig an, einen Anreiz zu schaffen für einen geringeren Stromverbrauch. Auch das ist möglich. Da müssen wir sicher auch über Regelungen der Stromtarife reden.

Als dritter Schwerpunktbereich: die Energieversorgung. Und keine Frage, mit dem Ökostrom-Gesetz, wie es derzeit läuft, kann man derzeit als Umweltpolitiker keine Freude haben. Auf ein Alternativ- oder Erneuerbare Energie-Gesetz, wie es das in Deutschland gibt, ich glaube in die Richtung sollten wir dabei schielen.

Ganz wichtig – haben wir heute auch gehört – die sanfte Mobilität und die Attraktivität des öffentlichen Verkehrs. Da ist einiges gelungen in der Steiermark mit der Einführung der S-Bahn, Rad im Alltag ist ein Schwerpunkt, Park & Ride-Offensiven werden Schwerpunkte sein. Also wir sind gefordert und das will ich zentral zum Ausdruck bringen, erstens mit positivem Beispiel vorangehen. Das ist unsere erste Aufgabe als gewählte Mandatäre, als Landesgesetzgeber, als Landtag, als Landesregierung, als Gemeinden mit positivem Beispiel vorangehen und zweitens natürlich das deswegen zu tun, um die Verantwortung für unsere zukünftigen Generationen wahr zu nehmen, eine Politik mit Augenmaß zu betreiben, eine Politik mit Weitsicht zu betreiben, nicht mit dem Finger auf andere zeigen, sondern selbst handeln. Und wenn uns das gelingt und die Zeichen stehen dafür, dann werden wir einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, dass wir die Menschheit überzeugen können, zumindest jene, die uns die Verantwortung anvertrauen, überzeugen können, in ihr eigenes Überleben einzustimmen. Danke schön! (*Allgemeiner Beifall*).

Präsidentin Beutl: Ich danke dem Herrn Abgeordneten Gödl für seine Ausführungen und darf als Nächster Frau Ing. Renate Pacher vom Landtagesklub der KPÖ das Wort erteilen.

Frau Ingenieurin Pacher hat eine Ausbildung an der Lehranstalt für Chemotechnik in Graz absolviert, ist 1993 Gemeinderätin in Knittelfeld und seit 2005 Abgeordnete zum Landtag Steiermark. Bitte Frau Abgeordnete zehn Minuten für Ihr Statement.

LTabg. Ing. Pacher: Sehr verehrte Frau Präsidentin, sehr verehrte Teilnehmerinnen und Teilnehmer an dieser Enquete und sehr verehrte Zuhörerinnen und Zuhörer!

Der Klimawechsel – wir haben es heute schon gehört – ist ja ein komplexes Thema und natürlich ist auch die KPÖ für die Förderung der erneuerbaren Energien. Allerdings sind wir gegen die Verwendung von Lebensmitteln zur Biospritherstellung. Natürlich sind wir auch für den Ausbau des öffentlichen Verkehrs und die Förderung energieeffizienten Wohnens. Darüber wird viel diskutiert, auch heute in dieser Enquete. Aber ich möchte meine Redezeit heute für etwas anderes nützen, nämlich um auf zwei Fragen einzugehen, die in der Klimadiskussion kaum beachtet werden.

Viel wird ja über den Einfluss des Menschen auf unser Klima diskutiert, über die Verantwortung jeder Einzelnen, jedes Einzelnen für unser Klima und ich bin der Meinung diese Fragestellung ist auch wirklich sehr berechtigt, aber ich glaube in Wirklichkeit greift sie auch zu kurz.

Gleichzeitig muss nämlich auch die Frage gestellt werden, wie und zu welchem Zweck in unserer Gesellschaft produziert wird. Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist bis auf wenige Ausnahmen das vorherrschende Wirtschaftssystem auf unserer Erde. Das Erzielen von möglichst viel Profit ist das Ziel dieser Wirtschaftsweise und das eingesetzt Kapital, das muss binnen kürzester Zeit sich amortisieren und möglichst viel Gewinn abwerfen und wer nicht mitmacht, der wird in beinhartem Konkurrenzkampf auf die Seite gestellt. Diese Art des Wirtschaftens ist natürlich verbunden mit der Ausbeutung von Natur und der Ausbeutung der Menschen. Diese Art des Wirtschaftens hat natürlich Auswirkungen auf unser Klima. Natürlich ist jede Art von Produktion Eingriff in die Natur. Entscheidend ist aber, zu welchem Zweck produziert wird und ob das mit den modernsten Technologien geschieht und mit einer möglichst geringen Schädigung der Umwelt. Im Kapitalismus aber geht es nicht um die Befriedigung von gesellschaftlichen Bedürfnissen, es geht um den Maximalprofit. Ein Teil der Menschheit wird mit Waren überschüttet, während der andere Teil der Menschheit in Hunger und in Elend lebt. Bedürfnisse werden künstlich geweckt. Ich nenne nur ein Beispiel. Viele erinnern sich vielleicht noch an dieses elektronische Spielzeug Tamagotchi, das schon längst im Müll gelandet ist. Ein treffendes Beispiel. Psychologisch ausgefeilte Werbestrategien erwecken in den Menschen den Eindruck, ihr gesellschaftlicher Status, ihr ganzer Wert als Person hängt davon ab, ob sie sich dieses oder jenes Produkt kaufen können. Shopping wird heute zur Ersatzreligion und die Menschen sollen dann in immer neu aus dem Boden gestampften Einkaufszentren dieser neuen Religion nachgehen. „Raunz nicht – kauf!“ das ist nicht umsonst ein bekannter Werbeslogan. Schnelllebbige Produkte werden in großen Mengen produziert. Dabei geht es aber nicht um die notwendige Versorgung von Gütern. Ziel ist es, dass sich die Konsumentinnen und Konsumenten, bedingt durch Moden aber auch durch bewusst in die Waren eingebaute Verschleißstellen, möglichst oft ein neues Produkt kaufen. Weiters soll die vorherrschende

Privatisierungs- und Liberalisierungswut aus unserer ganzen Welt einen einzigen Marktplatz machen, in der dann möglichst viele Produkte hergestellt und gekauft werden.

Die EU hat sich den Ruf eines Vorreiters in Klimaschutzfragen erworben. Unserer Meinung nach zu Unrecht. Denn es ist sind eigentlich die ehernen Gesetze der EU, nämlich die Freiheit des Kapitalverkehrs, des Waren- und Dienstleistungsverkehrs, der Drang nach Liberalisierung und Privatisierung, die einem wirklich wirksamen Klimaschutz in Wahrheit völlig entgegenstehen. Eine völlig ungehemmte Warenproduktion, die Öffnung aller Märkte für alle Waren und die damit verbundenen Millionen von Transitzkilometer – das heißt in Wirklichkeit die Nachfrage nach Energie immer mehr an und damit infolge auch unser Klima.

Die internationale Energieagentur geht davon aus, dass die Energienachfrage bis 2030 um mehr als die Hälfte wachsen wird und sie geht davon aus, dieser Energiebedarf wird zu 80 % immer noch aus fossilen Energieträgern gedeckt werden. Der Energiebedarf steigt, das haben wir auch heute schon gehört, und das auch in der Steiermark. Die erneuerbaren Energieträger decken nicht einmal die gesteigerte Nachfrage ab. Ohne ein echtes, ein wirkliches Drehen an der Produktionsscheibe, ohne wirklich klare Gebote und Verbote bei der Produktion, ohne einen Umstieg auf langlebige Produkte, die so weit wie möglich – wie es nur irgendwie geht – in der Region selbst produziert werden, sind wir der Meinung, wird die Klimakatastrophe nicht zu verhindern sein.

Ich möchte nur ein Beispiel nennen, nämlich die Produktion der energieintensiven Aludose: Die müsste in Wirklichkeit sofort im Sinne unseres Klimas verboten werden. Aber was ist die Wirklichkeit in unserem Markt, in der EU? Die EU hat das fortschrittliche dänische EU-Dosenverbot gekippt und die Dänen müssen nun auch Aludosen verwenden. Das ist leider die wirtschaftliche Realität. Wir sind der Meinung, die Rolle der Energiekonzerne müsste überdacht werden. Nicht umsonst steht es ja im Steirischen Umweltschutzbericht, dass der Verbrauch an elektrischer Energie seit dem Eintritt in den liberalisierten Markt besonders signifikant gestiegen ist. Für einen privaten Energiekonzern ist die Energie natürlich eine Ware wie jede andere, von der möglichst viel verkauft werden soll. Initiativen zur Energieeinsparung stehen natürlich damit im groben Widerspruch zu den Konzerninteressen. Wir sind der Meinung, im Interesse des Klimaschutzes müsste auch die Energiewirtschaft wieder zurück in das öffentliche Eigentum geführt werden und konkret für die Steiermark würde das bedeuten, die politische Zielsetzung muss sein: Kein Ausverkauf der ESTAG und schauen, das politische Ziel muss wieder eine 100 %-Eigentümerschaft des Landes sein und das Bemühen, dass die Steiermark vom Stromhändler wieder selbst zum Energieproduzenten wird.

Eine weitere wichtige Frage, die diskutiert wird natürlich: Wer soll für den Klimaschutz bezahlen? Die Wirtschaft und die Menschen tragen zur Umweltverschmutzung bei, aber – und das ist der große Unterschied – nur die Wirtschaft sieht auch einen Profit davon. Für den größten Teil ihres Energieverbrauches hat nämlich die Bevölkerung in Wirklichkeit keine Alternativen. Heizen, wohnen, sich kleiden, essen – das muss der Mensch. Viele haben aufgrund der schlecht ausgebauten und des leider auch sehr teuren öffentlichen Verkehrs auch keine Alternative zum Auto. Und es sind gerade die ärmeren Schichten der Bevölkerung, die aufgrund vorgegebener Strukturen häufig nur eine geringe

Wahl haben, zwischen einem umweltverträglichen und einem umweltschädlichen Verhalten. Hingegen hat die Wirtschaft – und hier vor allem die Großkonzerne – seit Jahrzehnten am Raubbau an der Umwelt verdient. Deshalb ist es für die KPÖ auch keine Frage, dass die Hauptlast für die notwendigen Klimaschutzmaßnahmen nicht nur von der breiten Bevölkerung, sondern vor allem von den Gewinnern der Wirtschaft getragen werden muss.

Das was ich vorhin gesagt habe, es geht in Wirklichkeit im Kern um die Frage, wie und ob unsere kapitalistische Wirtschaftsweise ein System, bei dem der Profit eben das oberste Prinzip ist, in der Lage ist, den Aufgaben des Klimaschutzes überhaupt gerecht zu werden. Wir, also die KPÖ, waren der Meinung, dass in Vorbereitung dieser Enquete diese Frage mit diskutiert werden sollte und im Sinne des Klimaschutzes nicht ausgeklammert werden darf. Leider waren SPÖ und ÖVP ganz anderer Meinung und haben dieses Thema und auch den von uns vorgeschlagenen Referenten mit ihrer Mehrheit abgelehnt. In der Praxis ist es so, dass die Mehrheit hier praktisch diktiert hat, was Thema auf dieser Enquete sein darf und es kam für uns einem „Maulkorberlass“ gleich und diese Gelegenheit möchte ich nützen, um noch einmal gegen diese Vorgangsweise zu protestieren.

Aber die restliche Redezeit möchte ich dazu nützen, um auf eine Frage einzugehen, die auch mir persönlich sehr wichtig ist und die leider, das ist mir völlig unverständlich, bei der ganzen Klimadiskussion überhaupt keine Rolle spielt – nämlich die Rolle der Rüstungsindustrie als großer Klimaschädiger. Die Rüstungsproduktion mit allen ihren Gewehren, den Panzern, Flugzeugen, Bomben – das alles verbraucht Rohstoffe und Energie und verursacht Umweltverschmutzung. Die ganzen unzähligen Militärstützpunkte auf der Welt, die damit verbundenen Transporte, die Flüge, die Aufrüstung im Weltall, die stattfindenden Kriege, die brennenden Ölfelder – das alles schädigt unseren Planeten. Wissenschaftliche Fähigkeiten werden nicht dazu verwendet, um Lösungen für die dringenden Umweltprobleme zu finden sondern um möglichst effektive Waffen zu erfinden. Die USA gibt so viel Geld für Rüstung aus wie noch nie zuvor – und das wird in der Öffentlichkeit totgeschwiegen –, die EU will militärisch gleichziehen und innerhalb der EU ist ein gewaltiges Aufrüstungsprogramm geplant. Der Eurofighter ist nur ein kleiner Teil davon. Darüber wird leider in der Klimadiskussion geschwiegen. Denn hier gibt es mächtige Interessen und große Profite. Mir ist es klar, wenn ich das heute sage, wird es noch überhaupt keine Veränderung bringen. Aber ich bin der Meinung, gerade diese Frage des Anteils der Rüstungsindustrie und des Militärs am Klimawandel, das muss bei der ganzen Frage des Klimawandels mit diskutiert werden, weil es um das Überleben der Menschheit geht. In Wirklichkeit ist es ein Skandal, dass diese Frage in der Diskussion keine Rolle spielt. Kriege und Aufrüstung sind nicht nur aus humanistischen Gründen abzulehnen, es muss klar sein: Jeder und jede, die für die Lösung von Konflikten mit Gewalt und für Aufrüstung eintritt, nimmt damit neben Tod und Leid auch die Schädigung unseres Klimas in Kauf.

Heute sind hier Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Medienvertreter waren am Vormittag da, Politikerinnen und Politiker, VertreterInnen von NGO's, Greenpeace und ich möchte den Spieß einmal umdrehen und einfach den Appell an sie mitgeben: Machen Sie doch endlich diese Frage der Rüstung, den Anteil der Rüstungsindustrie an der Klimaschädigung, zum Thema.

Damit danke ich für die Aufmerksamkeit. (*Allgemeiner Beifall*)

Präsidentin Beutl: Ich danke für die Wortmeldung und darf nun zum letzten Statement kommen und die Frau Abgeordnete Ingrid Lechner-Sonnek, Klubobfrau im Landtagsklub der Grünen, ans Rednerpult bitten. Auch hier bitte 10 Minuten Zeit für das Statement. Bitte, Frau Klubobfrau.

LTabg. Lechner-Sonnek: Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Landesrat, werte Damen und Herren Expertinnen, Experten, werte Kolleginnen und Kollegen aus dem Landtag, sehr geehrte Zuschauerinnen und Zuschauer!

Gleich zuerst, damit ich es auch sicher nicht vergesse, möchte ich mich bei den Referentinnen und Referenten bedanken, die uns heute ihre Zeit opfern und sozusagen den Succus in leicht verständlicher Form präsentiert haben. Ich möchte aber, eingangs bevor ich mich den Punkten widme, die mir in Sachen Klimaschutz in der jetzigen Situation wichtig sind, noch ein paar Bemerkungen zur Enquete, zum Werkzeug Enquete an sich machen.

Der Dipl.-Ing. Kasser hat am Vormittag gesagt, es gibt immer mehr Veranstaltungen zum Klimaschutz und er hat daraus abgeleitet, dass dies sozusagen ein echtes Thema ist – also dass etwas im Klimaschutz passieren wird. So habe ich das verstanden, so ist es bei mir angekommen. Ich teile diese Zuversicht nicht ganz. Es stimmt, es gibt immer mehr Veranstaltungen zum Klimaschutz, wo Politikerinnen und Politiker involviert sind. Was sagt uns das? Dass Politiker meinen, es muss immer mehr Veranstaltungen zum Klimaschutz geben, in denen sie auftreten. Ich darf das sagen – selbstkritisch, ich bin auch Politikerin – aber so sehe ich das. Also man kann von der Tatsache einer Durchführung mehrerer Enqueten noch nicht ableiten, dass wirklich wichtige Maßnahmen im Klimaschutz entstehen.

Herr Dr. Oberhumer von Sappi hat gesagt, Klimaschutz ist ein globales Problem und muss global gelöst werden. Klingt total plausibel, stimmt aber so nicht. Es gibt keine globale Regierung. Wir sind ja hier auch da, um politische Handlungsmöglichkeiten auszuloten – das hoffe ich doch – und es kann sozusagen ja nicht den Appell an eine globalen Regierung geben, weil die gibt es nicht. Es wird ja nicht einmal – die UNO ist keine globale Regierung aber nicht einmal das wird ernst genommen, was dort zum Thema Klimaschutz gesagt wird. Aber es gibt eben niemanden, der große Regeln machen wird, der für Gerechtigkeit unter den Völkern sorgen wird. Ganz abgesehen davon, sogar wenn das passieren würde, hätten wir mit Sicherheit große Probleme vor uns. Wir sind ein sehr kleiner Teil nämlich an diesem Ende der Skala, wo die Privilegien sehr großzügig verteilt wurden. Also sogar wenn wir eine globale Regierung hätten, die für Gleichheit der Bemühungen sorgen würde, würde es für uns nicht unbedingt gemüthlicher werden. Sie haben auch von größtmöglicher Vernunft gesprochen und von Standortdebatten und ich denke mir, es ist für mich ein Zeichen größtmöglicher Vernunft dafür zu kämpfen, dass alle Menschen auf dieser Welt gerecht verteilte Lebenschancen und alle Lebensgrundlagen haben, die sie brauchen. Das ist für mich größtmögliche Vernunft in diesem Zusammenhang. Es ist total OK, ich will damit nicht sagen, dass ich das für falsch empfinde was Sie

sagen. Ich höre einfach, dass Sie aus Ihrer Funktion heraus denken. Und es ist mir sehr wichtig zu sagen, dass ich als Politikerin anders auf die Dinge schaue und andere Aufgaben darin erkennen kann. Ich sehe es einfach immer als Falle an, wenn man versucht zu sagen, jemand anderer soll handeln oder in einem anderen System soll es Entscheidungen in dieser Sache geben. Wir – Steirischer Landtag – haben hier gute Entscheidungen in Sachen Klimaschutz zu machen und ich möchte nicht, dass wir es uns so leicht machen zu sagen: Ja jemand anderer soll handeln, weil wir können nicht wirklich gute Entscheidungen fällen.

Das Dritte zum Thema „Enquete“: Es ist die Situation, in der Expertinnen und Experten uns Wissen liefern über Klimaschutz, verschiedenartiges Wissen. Es sind immer neue Dinge dabei, aber ich frage mich dann natürlich auch: Was haben die Expertinnen und Experten davon, dass sie uns einen ganzen Tag zur Verfügung gestellt haben? Es entsteht eine gewisse Verantwortung auf unserer Seite, mit dem Wissen auch etwas zu tun und es sollte auch etwas herauskommen, das denke ich mir, ist schon ganz wichtig. Das klingt jetzt auch ganz banal, aber ich habe bis jetzt noch nicht das Gefühl – ich hoffe, es fühlt sich niemand persönlich gekränkt wenn ich sage, – dass heute schon irgendetwas passiert wäre politisch da herinnen, was mir Hoffnung macht, dass wir morgen eine bessere Klimaschutzpolitik haben als wir sie bis heute hatten.

Vierte und letzte Bemerkung zum Thema „Enquete“ – und jetzt habe ich meine halbe Redezeit darauf verwendet aber es ist mir sehr wichtig, hier auch Dinge zurecht zu rücken. Ich stelle fest, dass vor dieser Enquete alle Landtagsklubs ihre Vorschläge auf den Tisch gelegt haben. Also es hat mehr Produktivität gegeben in Sachen „Vorschläge zu Klimaschutz“, als in der Zeit davor. Das ist klass. Ich kündige aber auch an, meine Damen und Herren – danke für die guten Vorschläge und wir werden ab morgen darüber reden, wie die nämlich wirklich auch umgesetzt werden und wie man die konkretisieren kann. Also ich möchte nicht, dass es hier bei einer Festveranstaltung bleibt. Alles was liegt, das pickt, alles was die Klubs in ihre Papiere hineingeschrieben haben nehme ich mit Freude zur Kenntnis. Es braucht noch weitere Konkretisierungsbestrebungen und dann natürlich auch Umsetzungen. Die Steiermark an sich ist ja ein Land, das hätte einmal hervorragende Voraussetzungen gehabt, oder sagen wir es optimistisch: Hat noch immer gute Voraussetzungen, im Klimaschutzbereich sehr erfolgreich zu sein und ich meine das in mehrfacher Hinsicht was Umwelt betrifft, aber auch was den Wirtschaftsaspekt betrifft. Und das haben wir Personen zu verdanken, die in diesem Bereich aus persönlichem Engagement als Gruppen oder als Privatpersonen geforscht und auch gehandelt haben, eine zum Teil sogar betriebliche Tätigkeit entwickelt haben. Es ist einfach nötig zu sagen, das ist nicht unbedingt Verdienst der Politik in der Steiermark. Wir haben eine überdurchschnittlich aktive Szene ganz allgemein gesagt und jetzt habe ich nur die Pioniere und Pionierinnen angesprochen, da sitzt auch personifiziert die TU Graz da, die will ich natürlich ganz dezidiert auch einbeziehen. Meine These, weil wir in der Steiermark diese Geschenke bekommen haben, es ist ja lange übersehen worden, dass es auch Handlungen vonseiten der Politik braucht, um diese Entwicklung zu befördern. Andere Bundesländer haben uns gezeigt, dass es solche Handlungen gibt und wie man das macht. Leider hat die Steiermark hier Aktivitäten im gebotenen Ausmaß und in

der gebotenen Entschlossenheit vermissen lassen, ganz im Gegenteil. Zur gleichen Zeit, wo wir hier über Klimaschutz reden und schon die ganze Zeit über Klimaschutz reden und die Beteuerungen nicht enden wollen, ist es ganz klar, dass es zu einem Gaskraftwerk Mellach kommen wird. Für mich inkompatibel, wird nicht aufgelöst, es gibt keine für mich zufriedenstellende Antwort, wie das möglich ist. Ein Grundproblem, das wir sowieso haben in der Steiermark: Wir haben keine konzertante politische Bemühung in Sachen Klimaschutz, Klammer, auch in anderen Politikfeldern kaum, Klammer geschlossen. Das heißt, es gibt im Arbeitsübereinkommen der beiden Regierungsparteien SPÖ und ÖVP einen Satz, über den ich mich unglaublich gefreut habe - er ist noch immer mein Lieblingssatz aus diesem Arbeitsübereinkommen: „Die Steiermark soll energieautonom werden.“ Es steht auch dabei: „das ist möglich“ – hätte wegbleiben können – aber dieser Satz ist es noch immer und sozusagen, er ist noch nicht gefüllt oder noch nicht angereichert durch eine ganz klare Strategie: Wie wollen wir dieses Ziel erreichen? Bis wann, in welchem Ausmaß, mit welchen Maßnahmen, in welchen Schritten, wer hat dabei was zu tun und wie nehmen wir das in Angriff? Das fehlt, das haben wir nicht. Und bei allem Respekt vor zahlreichen, innovativen, engagierten Aktivitäten auf politischer Ebene in Form von Anträgen, auf Ebene der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesverwaltung – mir geht das ab. Ich habe immer irgendwie das Gefühl: Ja, die Fülle wächst, aber es hat für mich so einen „Fleckerlteppicheffekt“. Ich glaube, dass es wichtig ist, konzertant zu agieren und zielgerichtet zu agieren. Ich glaube, dass das auch unsere Aufgabe ist. Das ist nicht üblich in der Politik, aber man könnte trotzdem anfangen damit. Es gibt Leute, die können das, auch im Landtag.

Kurz, ich habe noch eine Minute, es ist mir ganz wichtig, den Energieverbrauch zu senken. Die Frau Krom-Kolb hat uns das unlängst gesagt, die ganze erneuerbare Energie der Steiermark wird uns nicht helfen, wenn wir es nicht schaffen, den Energieverbrauch zu senken. Es ist mir ganz wichtig, dass das auch, wenn es heißt: Es wird jetzt ein Gesamtverkehrskonzept der Steiermark vorgestellt in diesen Tagen, nächsten Montag glaube ich wird es beschlossen in der Landesregierung, dass das ein Verkehrskonzept ist, das klimarelevant ist. Ein Konzept alleine sagt noch gar nichts, es muss sich heute jedes größere politische Konzept mit dem Aspekt, mit den verschiedenen Aspekten des Klimaschutzes befassen. Ich habe schon gesagt, für Energieautonomie braucht es ein grundlegendes Konzept. Da danke ich auch sehr dem Herrn Dipl.-Ing. Kopetz, der das ganz klar ausgesprochen hat unter den Referenten, er hat das so genannt, dass sektoral gedacht wird. Ich sehe das auch als unser Grundproblem an. Und wenn es heißt, Klimaschutz ist Querschnittsmaterie: Ja was hindert die zuständigen Personen, zusammenzuarbeiten? Wie wir es übrigens - der Kollege Böhmer hat es vorher gesagt – auf Ebene der Landtagsabgeordneten zusammenbringen, ohne dass wir uns deswegen in die Haare geraten?

Eines möchte ich noch sagen: Mir ist aufgefallen, dass in den Erörterungen, was jetzt so die Landesebene betrifft, zum Beispiel die Windkraft nicht vorgekommen ist oder auch die Photovoltaik noch zu wenig. Und deswegen ist es mir sehr wichtig, auch hier wieder daraufhin zu weisen: Es braucht Gesamtkonzepte. Ich wäre auch sehr daran interessiert, dass wir das, was der Herr Professor Naradoslawsky (*Glockenzeichen der Präsidentin*) unlängst bei der KWB vorgestellt hat, nämlich wie

man erkennt, welche Energieformen in einer Region vorhanden sind, aufzubauen sind, wie man eine Region komplettieren könnte, dass man das auch wirklich tut, dass man das versucht, steiermarkweit auszuweiten und hier wirklich alle Energieformen, die wir haben, ob man sie jetzt persönlich wertschätzt oder nicht, einbindet.

Als Letztes: Für mich ist Klimaschutz ein Lehrstück in Sachen Ökologie. Ich meine jetzt Ökologie in dem Sinn, dass es keine einfachen Wahrheiten auf komplexe Antworten gibt, weil die sind nämlich immer falsch. Es gibt nur komplexe Antworten, man muss zusammenhängend denken, das ist nicht unbedingt eine politische Tugend. Das würde nämlich heißen, dass man über Ressortgrenzen hinweg denkt, dass man interdisziplinär arbeitet, dass man Leute von außen einbindet, dass man nicht auf die schnelle Wahrheit aussein kann. Aber ich glaube, dass es notwendig ist – und wenn ich heute gehört habe ganz zu Beginn, man muss der Politik Mut machen, ja das brauchen wir schon muss ich sagen. Auch die Politik hat die Aufgabe, selbst von sich aus Mut zu machen und dafür muss sie auch gelegentlich über den Schatten der Gewohnheiten springen und neue Formen des Zuganges entwickeln. Ich danke für ihre Aufmerksamkeit.

(Allgemeiner Beifall)

Präsidentin Beutl: Ich danke für die Ausführungen und darf nun zu einer Kaffeepause einladen. Drüben im Rittersaal wird es Getränke und Kaffee für Sie geben. Mit Ihrem Einverständnis – wir sind etwa 15 Minuten in Verzug – würde ich diese Kaffeepause von 20 Minuten auf 15 Minuten kürzen und ersuche Sie pünktlich um 15.30 Uhr wieder auf Ihren Plätzen zu sein. Ich wünsche eine schöne Pause.

15 minütige Kaffeepause

Präsidentin Beutl: Letzter Tagesordnungspunkt laut Tagungsprogramm zur Diskussionsrunde. Hier ist eine Stunde und vierzig Minuten vorgesehen. Wir haben also schon ein bisschen vorne weg verbraucht. Dennoch möchte ich darauf aufmerksam machen, dass Sie mit den Formularen, die in Ihren Tagungsunterlagen dabei sind, sich zu Wort melden bei Frau Magister Horvath-Reitbauer. Die Wortmeldungen sind bitte für fünf Minuten vorgesehen. Am Beginn – nachdem die Politik sehr oft und häufig angesprochen wurde – hat sich der Herr Landesrat als eines der zuständigen Regierungsmitglieder zu Wort gemeldet und ich darf dem Herrn Landesrat Wegscheider zu einem Statement das Wort erteilen und bitte ihn, mit zehn Minuten das Auslangen zu finden.

Landesrat Ing. Wegscheider: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen Abgeordneten, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Zuerst einmal darf ich mich herzlich bedanken bei allen Vortragenden. Es war heute eine bunte Mischung, manchmal sind auch kontraversielle Ansichten dargelegt worden, aber insgesamt in der Einheit gesehen, in der Zusammenfassung – und so glaube ich, kann man es ruhig betrachten – war es

wichtig, dass wir heute eine derart gute Palette über Klimaschutz gehört haben, die auch die Politik, hätte ich gemeint, ermuntern sollte – das Wort ist ja heute schon einmal gefallen – oder ermutigen sollte, vor allem in diese Richtung speziell auf den Blickwinkel der gesamten Steiermark betrachtet, weiter zu arbeiten. Ich habe auch sehr hochklassige Vorträge gehört und für mich hat es keinen gegeben, der nicht in sich schlüssig war. Ich darf aber beginnen mit dem Satz „Die Botschaft höre ich wohl, allein mir fehlt der Glaube!“ Denn wenn schon beim Einleitungsstatement von Herrn Professor Kirchengast gesagt wurde und diskutiert wurde über den Kleinmut der Politik und die Politik braucht Ermutigung, dann möchte ich meinen, das ist dringend notwendig, meine sehr geehrten Damen und Herren. Denn als von meinem Ressort ausgehend, die Vorstellung geäußert wurde, eine Klimaschutz-Enquete hier im Landtag Steiermark abzuhalten, ging ich eigentlich von der Wunschvorstellung und von dem Glauben aus, dass das natürlich dem Hohen Haus hier im besonderen Ausmaß wichtig sein wird und habe mir gedacht, da wird natürlich eine große Anzahl von Abgeordneten des Steiermärkischen Landtages und eine große Anzahl auch von Regierungskolleginnen und –kollegen dabei sein. Sie können selbst abzählen – ich werde das jetzt nicht tun – wie viele tatsächlich von den einzelnen Fraktionen hier anwesend sind. Es ist immer die traurige Botschaft, wenn man das sagt, sind immer die, die das hören, die selbst da sind. Also an sie ist es nicht gerichtet. Das heißt, wir brauchen tatsächlich Ermutigung, um hier bei diesem Thema weiter zu arbeiten. Ich möchte ein paar Sätze zu den heutigen Referaten sagen, die mir vielleicht als wichtig erscheinen, dass man sie auch ein bisschen kommentiert seitens des zuständigen Regierungsmitgliedes. Mir ist es klar, dass wir bei Zielsetzungen immer großen Konsens herstellen können. Je weiter entfernt, zeitlich entfernt vom jeweiligen Zielsetzungszeitpunkt aus, wie gesagt dann letztlich das Ergebnis sein soll, umso leichter ist es, Konsens zu finden. Das hat nichts mit Amerika zu tun, wo man Programme bis 2040 vorgibt, was man alles zu tun hat, sondern das gilt auch für die Steiermark und ich werde fast alles, was ich sage heute auf die Steiermark beziehen. Das ist wunderbar, Zielsetzungen zu treffen, die dann irgendwann die dritt- und viertnächste Generation einzuhalten hat und zu verantworten hat. Das heißt, ich bin eher für Zielsetzungen, die mittel- und langfristig sind, die aber in den Zwischentappen, auch verfolgbar sein sollen. Das heißt, dass man jeweils je Regierungsperiode, je Landtagsperiode gewisse Zwischenergebnisse auch liefern sollte, denn sonst entschwinden manchmal diese Ziele aus den Gedanken der Politik. Und irgend wann kommt dann ein Landtag 2015 darauf, dass doch irgendwann im Jahre 2005 eine Zielsetzung gegeben wurde, die einvernehmlich getroffen war.

Zum Klimaschutzgesetz, eine Forderung, die glaube ich von der Abgeordneten der Grünen eingebracht wurde. Ich werde nachdenken über die heutigen Ergebnisse, ob sinnvoll oder nicht sinnvoll. Eines habe ich mitgenommen: dieses Projekt unterliegt einer großen Querschnittsmaterie und ob es nicht sinnvoll wäre, tatsächlich so wie heute schon angeklungen, in den einzelnen Querschnitten dort in den einzelnen Materien die Programme zu setzen und zu treffen. Baugesetz, Raumordnung, erneuerbare Energie und dergleichen. Also ich nehme das so mit, auch wie es der Landesenergiebeauftragte gesagt hat, wir sollen uns nicht an einem Klimaschutzgesetz festmachen und vielleicht dann die wichtigen Dinge, die darunter sind, vergessen.

Zum Ökostrom-Gesetz, da teile ich die Auffassung auch der Wirtschaft, dass natürlich ein Ökostrom-Gesetz ein ausgeglichenes Gesetz sein sollte und den Wettbewerbsvor- oder -nachteil berücksichtigen muss und was die Einbindung der Papier- und Zellstoffindustrie betrifft in das Ökostrom-Gesetz. Da gibt es Bemühungen, hier entsprechende Akzente auch zu setzen. Wir haben nur bisher keine Antworten erhalten. Es gibt ein Bündnis, das sich jetzt zusammensetzt aus drei Landesräten, Umweltlandesräten, aus Niederösterreich, Oberösterreich und der Steiermark, um hier im Ökostrom-Gesetz etwas weiter zu bringen. Damit man auch hier sieht, da gibt es keine Probleme in der Parteienstruktur, denn alle drei kommen aus anderen Fraktionen. Aber es scheint mir wichtig zu sein, das zu sagen. Wir müssen aber auf jeden Fall – und das ist mir heute viel zu wenig vorgekommen – der Photovoltaik-Technologie mehr Augenmerk schenken. Wir reden – und das ist selbstverständlich – in der Steiermark sehr viel von Biomasse. Das halte ich für gut, für wichtig und richtig. Aber auch die Photovoltaik in sich hätte ich gesagt, ist eine für mich in der Zukunft nicht zu vergessende Energieform, die man im Ökostrom-Gesetz ganz besonders berücksichtigen muss und Kofinanzierung bei der einzigen Materie Photovoltaik seitens der Länder zu verlangen, halte ich für falsch. Eine Anlehnung an das deutsche Erneuerbare Energie-Gesetz schiene mir und uns der richtige Weg zu sein. Mir ist es auch klar, dass wir, was die Stromimporte betrifft in einer sehr schwierigen Situation in der Steiermark sind. Ich habe nur nicht verstanden, die Zielsetzung und Definition vom Stromimporteur zum hundertprozentigen Erzeuger und Eigenversorger zu werden. Das scheint mir ja derzeit überhaupt nicht möglich. Da kann nur gemeint sein, dass wir unsere Wasserkraft dazu rechnen, aber die gehört ja nicht mehr dem Lande Steiermark und ist ja nicht mehr im Einflussbereich des Landes Steiermark. Also sollte hier noch weitere Innovation und Vision, hätte ich gesagt, der ESTAG durchaus gegeben sein und ich würde mir wünschen, dass wir neben diesen heute gehörten Projekten, die es gibt und dass es neben diesem geplanten Forschungsprojekten, die ich kenne, noch zusätzliche Ideen aus dem größten Betrieb des Landes Steiermark hören könnten.

Eines ist richtig, es ist darüber gesprochen worden, die Abhängigkeit zum Beispiel bei Öl und Gas. Da haben wir tatsächlich ein Problem und irgend jemand – ich weiß jetzt nicht wer – hat gesagt, durch diese Abhängigkeiten gibt es starke Verschiebungen. Ich behaupte hier gibt es tatsächlich starke Verschiebungen, was den Lebensstandard betrifft. Es ist uns nur noch nicht bewusst, welche Lebensstandardveränderungen hier auf uns zukommen können. Wir sind in Abhängigkeit, was die Gasversorgung betrifft, die enorm ist. Ein Beispiel ist zum Schluss gesagt worden: Kitzbühel. Ich habe überhaupt nichts gegen touristische Aktivitäten in dieser Hinsicht, aber zu einem Ausverkauf der westlichen Staaten soll es nicht führen. Da teile ich diese Meinung, möchte aber trotzdem noch einen wesentlichen Satz sagen. Man darf nicht vergessen, dass die Steiermark eine Steiermark der Vielfalt ist. Also wenn wir reden von Wertschöpfungsketten und dergleichen und auch an die Industrie gerichtet, wir wissen sehr wohl, dass sich die Steiermark unterteilt in einen industriellen Raum, in einen landwirtschaftlichen Raum und einen touristischen Raum, also diese Räume gehören in ein großes Gebilde hinein. Und wir dürfen nicht vergessen, dass es gerade der industrielle Raum ist, um die Industrie, die Wirtschaft insgesamt, die natürlich den größten Anteil der Wertschöpfungskette in

diesem Land hat und damit aber auch verbunden den höchsten Anteil was die Beschäftigungswirksamkeit betrifft. Wir können, also wenn wir von Menschen reden, von der Erde, von der globalen Erderwärmung reden, wenn wir den Menschen in den Mittelpunkt unseres Geschehens stellen, dann müssen wir auch einen bestimmten Lebensstandard für den Menschen erhalten und da dürfen wir diesen Blick auch nicht ganz vernachlässigen. Ich komme aber noch zu einer wichtigen Sache, wo wir gerade im ökologischen Teil, große Ansätze haben und der Markt noch lange nicht ausgeschöpft ist, wenn wir in Richtung erneuerbare Energien gehen. D.h. da könnten wir in diese Richtung (*Glockenzeichen der Präsidentin*) mit der Wirtschaft gemeinsam – und jetzt bin ich schon fast am Ende, ich habe mir eingebildet, es sind erst 2 Minuten – große Investitionstätigkeiten in diesem Land zustande bringen.

Ich muss jetzt alles abkürzen, meine geschätzten Damen und Herren, vielleicht ein paar wesentliche Sätze, ganz kurz im Telegrammstil: Es gibt auch den regionalen Klimawandel. Wer das nicht zur Kenntnis nimmt – es gibt nicht nur den globalen Klimawandel, es gibt auch in der Steiermark Klimazonen. Wir alle haben Möglichkeiten der Beeinflussung. Wir können nur und müssen auch bei uns selbst beginnen. Es gibt eine klare Positionierung des Landes Steiermark über alle Fraktionen zur erneuerbaren Energie und zur Energieautonomie. Hier gilt es, genau diese wirtschaftlichen Ansätze zwischen Ökonomie und Ökologie zu fördern und auszubauen. Es gibt natürlich auch, und das sollte man nicht vergessen, dieses Zusammenspiel was den Klimawandel betrifft, Industrie, Wirtschaft, Landwirtschaft und Politik – ein wesentlicher Ansatz. Für mich ist Klimawandel überhaupt parteipolitisch unabhängig. Denn Erderwärmung und Wirbelstürme kennen nicht Grün, Schwarz, Rot oder Blau. Energieeffiziente Maßnahmen und sinnvolle Förderungen sind Bestandteil des Regierungsprogrammes, meine geschätzten Damen und Herren. Die Bewusstseinsbildung, die heute mehrfach von verschiedenen Referenten angesprochen wurde, ist ein großer Teil unserer Energiepolitik. Über unsere Umweltbildungszentren und andere Institutionen gehen wir jährlich in dutzende von Schulen und glauben, dass wir hier auf dem richtigen Weg sind. Mit der Freiwilligkeit alleine wird es nicht getan sein, aber Angst und Schrecken sollten wir auch nicht verbreiten. Das wäre genau der falsche Weg. Ziele, wie gesagt, müssen messbar sein und in einer Legislaturperiode kontrollierbar.

Und zum Abschluss nur – weil ich immer und das ist ja nicht das erste Mal, dass ich darauf angesprochen werde – gibt es denn keine zusammenhängende Energiepolitik des Landes Steiermark? Ja natürlich gibt es die, meine geschätzten Damen und Herren. Es gibt den Landesenergieplan 2005 bis 2015. Wir haben den Energiebericht, der kurz vor der Finalisierung steht, da wird man genau sehen, wo entwickelt sich die Steiermark hin und es gibt für jede einzelne Energieform, was die erneuerbare Energie betrifft, eine genaue, detaillierte Aufstellung, die ist situationsgetreu dargestellt, die Planung, die Möglichkeiten. Aber alles ist natürlich eine Frage des Budgets. Wenn ich immer von allen anderen Fraktionen als Umweltlandesrat bei der Budgetgestaltung unterstützt werde, dann haben wir die Möglichkeiten, diese Formen und dargelegten Zusammenhänge auch zu realisieren. Das ist möglich und es gibt natürlich auch für jede einzelne Energieform einen so genannten Energiekataster

für das Land Steiermark. D.h. einfach ausgedrückt: Wo ist es sinnvoll, Windenergie zu platzieren? Wo ist Geothermie, wo ist die Biomasse beheimatet? Wir haben ja heute schon eine derartige Karte von Dipl.-Ing. Jilek in der Power-Point-Präsentation gesehen. D.h. das alles gibt es. Wenn sich die Regierung gemeinsam mit dem Landtag bei der neuen Budgetgestaltung darauf einstellt, dass wir der erneuerbaren Energie und damit höchstmöglicher Energieautonomie Vorrang geben, dann müssen wir das im Budget berücksichtigen und dann könnten wir in der Steiermark einen neuen Wirtschaftszweig, der ja schon funktioniert, aber der noch lange nicht am Zenit angelangt ist, weiter ausbauen. Man könnte natürlich dieses Wechselspiel zwischen Ökonomie und Ökologie noch wesentlich verstärken. Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Allgemeiner Beifall)

Präsidentin Beutl: Ich danke dem Herrn Landesrat für seine Ausführungen und darf als erstem Diskussionsredner dem Herrn Univ.-Prof. Dr. Narodoslawsky das Wort erteilen. Er kommt von der TU-Graz und wird zur Technologie-Entwicklung für erneuerbare Ressourcen in der Steiermark sprechen. Sie haben 5 Minuten, Herr Professor.

Und als Nächsten in Vorbereitung darf ich ankündigen den Herrn Univ.-Prof. Dr. Gerhard Braunegg. Bitte.

Univ.-Prof. Dr. Narodoslawsky: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine verbliebenen Damen und Herren aus der Politik, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir haben heute über Klimaschutz gesprochen – sehr intensiv – und wir haben sehr häufig das Wort „Querschnittsmaterie“ gehört und das liegt für mich sehr nahe an dem Bereich Querschnittslähmung. Ich bin tatsächlich heute, wenn ich hier hinausgehe aus der Türe nicht ganz sicher, wie weit wir in Richtung Querschnittslähmung in diesem Bereich gegangen sind. Tatsächlich ist diese Tagung für mich nicht wirklich eine – sagen wir einmal – inspirierende, dass ich aufbreche. Ich möchte Ihnen aber doch einiges erzählen in Bezug auf die Technologieentwicklung im gesamten, auch im internationalen Bereich. Vielleicht ist das heute ziemlich zu kurz gekommen. Wir haben ziemliche Nabelschau betrieben.

Wissen Sie, wir sind getrieben. Wir haben auf der einen Seite die Klimaentwicklung, die uns ganz klar aus dem Fossilen hinaustreibt und wir haben auf der anderen Seite den steigenden Preis der fossilen Energieressourcen, der uns auch hinaustreibt. Wir haben diese beiden Kräfte, die das 21. Jahrhundert bestimmen werden. Am Ende dieses 21. Jahrhunderts werden wir eine vollkommen andere Industriestruktur vorfinden, es ist außer Zweifel. Darauf sollten wir uns vorbereiten. Wer früher dran ist in der Technologieentwicklung hat mehr vom Leben. Das sollten wir auch überlegen. Wir sollten auch überlegen, dass das was wir heute gehört haben über Forschung was wir alles können und sonst was – naja, Forschung ist nicht Technologie, da fehlt etwas. Da müssen wir das auch hinüberbringen. Wir müssen nicht nur forschen, das können wir in der Steiermark super – wir sind wirklich gut darin. Wir müssen das auch umsetzen. Wir müssen dort hinkommen, wo die Technologien auch wirklich

angewandt werden. Wenn wir das nicht tun, brauchen wir gar nicht anzufangen. Wenn wir dort Führerschaft übernehmen wollen, dann müssen wir etwas tun, meine Damen und Herren. Wissen Sie, warum mich das so ärgert? Österreich war vor 15 Jahren die führende Kraft in the second generation feelds. Heute investiert, im Jahr 2007, allein die USA 700 Millionen Dollar in diesen Bereich. Wissen Sie, wo wir sind? Nirgends! Das war steirisches Know-how und wir haben das versaut – um es einmal ganz hart zu sagen. Und um es noch härter zu sagen: Wir haben hier in der Steiermark die grüne Bioraffinerie entwickelt, eine ganz wesentliche Innovation in diesem Bereich. Und das machen jetzt die Oberösterreicher? Interessant! Oder? Wissen Sie was ich daraus als Fazit ziehe? Österreich fällt technologisch zurück und die Steiermark fällt innerhalb Österreichs zurück. Das ist die Situation, vor der wir stehen.

Was ist zu tun? Es ist relativ einfach. Wir in der Steiermark sind einfach die führenden Kräfte. Wenn es irgendwen in Österreich gibt, der Technologie macht, dann sind das wir Steirer. Und wir können uns nur selber im Weg stehen und das tun wir im Moment. Darauf sollten wir aufpassen. Wir sollten unsere Stärken nutzen. Wir sollten die Stärken nutzen indem wir Pilotzentren bauen im Bereich der Schlüsseltechnologien, wir sollten unsere Stärken nutzen, indem wir das Wissen der Menschen in der Region nutzen und wir sollten nutzen, das Wissen über Schlüsseltechnologien. Dort sind wir Spitze. Wir sind tatsächlich Spitze im Bereich der regionalen Anwendung nachwachsender Rohstoffe auf der Welt. Und das sollten wir einfach nutzen. Wissen Sie, die Gefahr für die Steiermark ist nicht, dass wir in die Hoffnungslosigkeit versinken und in dem globalen Hunger oder sonst irgendwas. Die Gefahr für die Steiermark ist ganz etwas anderes: Das ist die „Burgenlandisierung“ der Steiermark. Das heißt, das was im Kalten Krieg das Burgenland mitgemacht hat, dieses Vorbeiführen der Dynamik an der Steiermark oder an Burgenland in dem Fall, dieses Fremdbestimmtsein, dieses dann plötzlich Notwendighaben von sehr viel Investition, damit wir wieder auf den Stand kommen, das fürchte ich. Wir sind in der Steiermark im Moment nicht erstklassig. Wir sind unterklassig und dort sollten wir ansetzen. Wir sollten unsere Forschungsergebnisse, wir sollten unsere Energie hineinsetzen, so wie wir auch den Fußabdruck, den der Herr Pekny gesagt hat, den gibt es auch in der Steiermark, nicht nur Eisbären abbilden, sondern auch Steirer abbilden. Danke Ihnen schön. (*Beifall*)

Präsidentin Beutl: Als nächster Redner ist der Herr Univ.-Prof. Dr. Gerhard Braunegg gebeten. Er kommt von der TU Graz, Institut für Biotechnologie, und wird über nachwachsende Rohstoffe, Energie versus Produkte sprechen, in Vorbereitung der Herr Ewald Selvicka – ich hoffe, ich habe es richtig ausgesprochen. Bitte Herr Professor!

Univ.-Prof. Dr. Gerhard Braunegg: Sehr geehrte Frau Präsidentin, Herr Landesrat, alle noch anwesenden Politiker und alle Zuhörer!

Was mir heute aufgefallen ist, ist dass diese ganze Themenstellung etwas einseitig betrachtet wurde. Wir haben sehr viel über Energiegewinnung gehört. Wir haben eigentlich nichts gehört über Produktentwicklung aus nachwachsenden Rohstoffen. Das hat nicht den Stellenwert wie die

Energiegewinnung im Moment, aber wenn Sie mich fragen, wenn ich mir die Steiermark in 20 Jahren anschau, wenn all die Konzepte, die ich heute in Richtung Energie gehört habe, aufgehen, dann werden wir energetisch recht gut ausschauen. Nur, was machen wir mit der Energie? Welche Produkte gehen wir an? Wir haben nachwachsende Rohstoffe, die umsetzbar sind, wir haben international eine Entwicklung in Richtung weißer Biotechnologie, die weltweit greift. Ich berate in Südamerika, im Staat Sao Paulo eine sehr sehr große Zuckerindustrie, Zucker und Ethanol. Wir stellen drüben im Moment 500.000 Tonnen Zucker und 600.000 Tonnen Ethanol her. Wenn ich mir also das anschau, was hier in Niederösterreich traurigerweise abläuft mit Rohstoffen, die man besser hätte verwerten können, dann ist das einfach eine Zehnerpotenz drüber. Was passiert hier? Man nimmt Konzepte, die irgendwo sehr gut funktionieren, vergisst sämtliche Randbedingungen, bringt sie bei uns zur Anwendung und stellt dann zum Erstaunen fest: Das geht nicht! Ich habe das vorher schon gesagt und bin dann angefeindet worden. Wir Verfahrenstechniker lernen eines von Anfang an: Bilanzieren. Und wenn eine Bilanz stimmt, kann ich mich dahinter stellen. Wenn eine Bilanz nicht stimmt, geht es in die Hose. In Niederösterreich ist das passiert. Wir haben in der Steiermark Ansätze in Richtung Produkte, in Richtung Produktbildung. Wir versuchen im Moment ein Netzwerk aufzubauen in der Steiermark zwischen Industrie und den Universitäten mit dem schönen Namen „NUVIOR“. Wir versuchen hier nicht nur die Steiermark, sondern auch die umgebenden Regionen Sloweniens, den nördlichen Teil von Slowenien, Teile von Kroatien mit einzubeziehen, weil wir glauben, dass in dieser Gemeinschaft, die historisch gesehen ja immer Bestand hatte, mehr Leistung für diese Steiermark möglich ist. Wir haben in ca. 10 Tagen die erste größere Veranstaltung dort unten und ich hoffe, dass wir ein Stückchen weiter kommen.

Aber mir sind heute noch andere Sachen aufgefallen: Zellulose, Papier, hier wurde uns mitgeteilt, es gibt also Bestrebungen klarerweise – ich finde das völlig richtig – also Laugenverbrennung, Energiegewinnung über diese Schritte, aber dann sofort die Frage nach der Förderung dahinter. Darf ich eines sagen: Ich persönlich lebe mit meinen Forschungsprojekten auch von Förderungen. Aber das, was die Republik Österreich bei mir beiträgt sind Peanuts. Ich habe von der deutschen Industrie, hier berate ich die BASF, größenordnungsmäßig pro Jahr 250.000, Sie wissen, wie hoch die Forschungsbudgets in der Steiermark sind, ich brauche mich um diese Peanuts nicht bewerben. Aber ich glaube, dass man mehr machen kann mit den Peanuts, wenn man sie richtig einsetzt. Und diese Zellulose und die Förderungen und die Frage: Papier in der Zukunft? Ja für mich ist Zellulose ein fantastisches Ausgangsmaterial in Richtung weißer Biotechnologie. Nur ist in 30 Jahren, wenn der Konkurrenzdruck so hoch ist, tatsächlich Papier noch das Produkt, das wir machen sollten? Ich glaube nicht. Ich glaube, dass wir hier in eine andere Richtung gehen müssen.

Und last but not least möchte ich vielleicht noch eines anziehen und dann aufführen, es war in einem Vortrag ein Satz drinnen: „Was lernen wir daraus?“ Und da ging es dann um Ecological Footprints, die von Rees und Wackernagel ums Jahr 1989 entwickelt worden sind. Ich möchte hier schon klar staten, Ecological Footprint ist eine Sache, die in der Steiermark sehr frühzeitig entwickelt wurde, viel früher da war und jederzeit kostenfrei im Rahmen der TU bei uns abgerufen werden kann - hier im

Rahmen des sogenannten SPI, der für die Industrie von Interesse ist, wo sie in der Lage sind über die Daten, die sie eingeben, jeden Industrieprozess zu bewerten. Und ich glaube, wenn man sich das Ganze anschaut stellt man fest, dass in der Steiermark sehr sehr viel innovative Kraft vorhanden ist. Und ich hoffe, dass es gelingt, diese Kraft zu nutzen und ich hoffe im Sinne Klima, Klimaschutz - das ist für mich ein Schlagwort – wenn wir nicht darüber hinausgehen und uns gleichzeitig Gedanken machen, wie für unsere Landsleute hier in dieser Steiermark die Zukunft aussehen wird, dann haben wir verspielt, politisch verspielt. Und genauso meiner Meinung nach haben wir auch auf den Universitäten verspielt. Ich kann mir mein Spielfeld aussuchen. Es kann hier sein, es kann im Ausland sein. Ich darf eines sagen: Ich arbeite viel lieber in Österreich als in Südamerika, schon weil die 8 Stunden Flug in meinem Alter ein bisschen beschwerlich sind. Aber ich glaube, dass man hier was machen kann und meine Bitte wäre (*Glockenzeichen der Präsidentin*), dass man wirklich etwas daraus macht. Dankeschön. (*Allgemeiner Beifall*)

Präsidentin Beutl: Als nächster Redner ist der Herr Ewald Selvicka am Wort. Er kommt vom Institut für nachhaltige Technologien in Gleisdorf und spricht zum Thema „Solarland Steiermark“, in Vorbereitung Herr Stubenschrott bitte.

Ing. Ewald Selvicka: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrten Damen und Herren!

Solarland Steiermark, Fragezeichen. Ich darf grundsätzlich einmal über die Solartechnologie in der Steiermark oder die thermische Solarenergienutzung in der Steiermark etwas anmerken. Wir nennen uns oder haben sehr oft versucht eben, dieses Thema auch als steirisches Thema innerhalb Österreichs zu platzieren, einerseits weil es die Solarthermie oder die Solartechnik generell eine der wenigen Technologien ist, die kein Ressourcenproblem hat. Das heißt, wir sind mit dieser Technologie auch in Zukunft nicht abhängig von Flächen, also von landwirtschaftlichen Flächen, wir haben sehr viel Potential an unseren Gebäuden und daher ist es aus unserer Sicht eine der wesentlichen Kerntechnologien für die Zukunft. Die Steiermark hat ungefähr eine 30-jährige Geschichte mit dieser Technologie, d.h. also grundsätzlich noch eine relativ junge Technologie, wo auch Betriebe wie Austro.... (?) oder Vogl & Noot begonnen haben zu arbeiten. Allerdings in diesen ersten 10 Jahren ist sehr wenig passiert. Erst ungefähr seit 1986 ist ein Markt entstanden, einerseits eben mit der Diskussion um Hainburg die entsprechende Öffentlichkeit. Wir haben gemeinsam mit dem Land auch versucht, hier Ermutigung zu geben, nicht nur für die Politik sondern auch für die Bevölkerung und haben immer versucht, die Steiermark als Solarland zu titulieren. Tatsache, was die Umsetzung betrifft war und ist, dass wir hier nicht gerade führend sind. Wir sind technologische Führer, d.h. solares Kühlen, solare Großanlagen, Solaranlagen in China, Solaranlagen in den USA, alles Dinge die aus der Steiermark oder in der Steiermark passieren. Was die Märkte betrifft, sind wir leider etwas in Rückstand geraten. Wir haben in den ersten 15 Jahren ungefähr 250 Quadratmeter pro 1.000 Einwohner geschafft, also umgerechnet auf den einen Quadratmeter pro Steirer war das ein viertel Quadratmeter vor 15 Jahren, da waren wir noch an dritter Stelle. Im Jahr 2006, da waren es schon 350

Quadratmeter pro 1.000 Einwohner, da sind wir auf den 7. Platz zurückgefallen. Kärnten, Tirol, Salzburg, Vorarlberg haben uns überholt. Kärnten ist natürlich ein sonnenreicheres Land, ist klar. Andere Länder haben ganz einfach Aktivitäten gesetzt und haben – wir haben das gemeinsam mit dem Haus Solar dem Bundesverband der Österreichischen Solarindustrie untersucht – massive Fördermittel eingesetzt.

Uns ist klar, dass es angesichts der Budgetlagen nicht möglich ist, hier große Finanzmittel wieder aufzubringen. Es gibt andere Möglichkeiten, wie heute angesprochen, legislative Maßnahmen, die Maßnahmen über die Wohnbauförderung. Aber hier denken wir, dass es ganz notwendig ist, hier konsequent zu sein. Derzeit passiert, dass Warmwasser wieder elektrisch gemacht wird, es wird geheizt mit elektrischem Strom. Die Wärmepumpen machen rund 40 Prozent des Neubaues aus. Das heißt, unser Stromverbrauchszuwachs wird in den nächsten Zeiten weitergehen, wenn wir weiterhin die Wohnbauförderungsrichtlinien so belassen, dass die Wärmepumpe genau so unterstützt bzw. genauso gefördert wird, wie erneuerbare Energieträger, hundert Prozent erneuerbare Energieträger wie Biomasse und Solar.

Klimaschutz kostet Geld. Die Menschen sind sicher bereit, dieses Geld zu investieren. Das heißt, wir brauchen entsprechende Anreizsysteme und es braucht die entsprechenden legislativen Regelungen. Und was den Wirtschaftsfaktor Solarenergie betrifft, in Österreich sind ungefähr 5.000 Beschäftigte in der Solarindustrie in Arbeit. Die österreichischen Solarfirmen versorgen 25 Prozent des europäischen Marktes und das Wachstum liegt bei 25 Prozent. Auf die Steiermark umgelegt: Im Jahr 2006 ungefähr 20 Prozent der Bevölkerung, 30 Prozent an Umsatz – das hätten andere Branchen wahrscheinlich gerne – auf einem relativ hohen Niveau wie schon gesagt.

Und allein – hier darf ich Zahlen von ECO-World Styria verwenden – mit Ende 2006 können wir 11.000 Beschäftigte im Bereich erneuerbare Energie nachweisen und ich denke, dass das eine durchaus optimistische und sehr viel versprechende Entwicklung ist. Danke. (*Allgemeiner Beifall*).

Präsidentin Beutl: Ich ersuche den Herrn Stubenschrott ganz kurz um Verständnis, der Herr Landesrat möchte einige Dinge korrigieren. Ganz kurz, bitte.

Landesrat Ing. Wegscheider: Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich kann nicht alles im Raum stehen lassen, wenn es nicht stimmt. Es tut mir leid, aber ich muss jetzt korrigierend eingreifen, was die Solaranteile in Quadratmetern betrifft. Man darf nicht immer dort aufhören, wenn das nächste Jahr schon fertig ist. Das heißt, wir haben eine Steigerung der Quadratmeter-Solarfläche von 2005 mit 8.170 Quadratmetern, im Jahr 2006 21.453 Quadratmetern und jetzt bitte zuzuhören im Jahr 2007 – und das sollte man erwähnen, weil das ist schon fertig, man sollte nicht bei 2006 aufhören, wenn es 2007 schon gibt – mit 47.060 Quadratmetern und die damit verbundenen Fördermitteln, die sich um 353 Prozent, also um das 3,5-fache gegenüber dem Jahr 2005 erhöht haben und das in der Steiermark.

Und jetzt kommt der letzte Satz und dann ist diese Minute vorbei. Es ist schon richtig, dass wir in der Fördersumme pro Quadratmeter hinter den anderen Bundesländern liegen, aber was nicht richtig ist oder was vielleicht auch richtig wäre, hätte ich gesagt, zu erwähnen, dass wir die Effizienz unserer Fördermaßnahmen so eingesetzt haben, dass Oberösterreich das Vierfache an Fördermitteln hat, aber nur den doppelten Anteil an Steigerungsraten. Das heißt, dass unsere Fördermittel sehr, sehr effizient und in einem guten Wertmaßstab eingesetzt sind. Das muss ich hier erwähnen.

Präsidentin Beutl: Ich danke für diese Klarstellung und darf nun den Herrn Erwin Stubenschrott, Geschäftsführer der KWB – Kraft und Wärme aus Biomasse GmbH. zu Wort bitten. „Beheizen von Ein- und Zweifamilienhäusern ist sein Thema. In Vorbereitung Herr Ing. Gerhard Korpitsch.

Erwin Stubenschrott: Sehr geehrte Frau Präsidentin, Herr Landesrat, geschätzte Damen und Herren! Klimaschutz ist das heutige Thema, Veranstalter der Steirische Landtag. Ich habe eine große Familie zu Hause mit vielen Kindern. Sechs davon noch in der Schule, die kommen immer wieder und wollen auch immer ein bisschen geprüft werden. Sie haben jetzt gerade das Thema in der Hauptschule „Wie setzt sich der Steirische Landtag zusammen?“ Ich habe ihnen vor einigen Tagen noch erklärt, dass das 56 Abgeordnete sind. Ich muss sie leider enttäuschen, ich muss auch den Lehrkörper enttäuschen. Es sind, glaube ich, nur sechs oder acht. Also anscheinend hat man da auch die falschen Zahlen oder es könnte auch sein, dass hier Prioritäten gesetzt werden. Das ist auch möglich, das passiert auch bei uns im alltäglichen Leben, auch in der Firma, in der Familie. Man muss reihen nach der Art der Wichtigkeit, Themen besetzen. Ich kann mir auch das sehr gut feststellen, nachdem ich heute die Zahlen gehört habe, leider für mich erschreckend, dass wir erst tätig werden, wenn wir zu 90 Prozent Betroffene sind. Ich hoffe nicht, dass das bei uns in der Steiermark so ist, dass uns das Dach über dem Kopf davon fliegen muss und wir bis zum Knöchel unter Wasser stehen müssen. Ich hoffe, es passiert vorher etwas. Die Kinder fragen natürlich immer, warum passiert dieses und jenes und sie fragen natürlich auch „Papa, du bist in der erneuerbaren Energie tätig und ihr verkauft keine Pelletsheizungen, aber im Gegensatz wird die Erdwärme so forciert. Das muss doch was ganz Tolles und Gutes sein. Wir haben auch gehört, das ist reine Sonnenenergie und reine Energie aus der Erde.“ So wird das auch verkauft und ich habe gestern noch einen Anruf bekommen von einer lieben Kollegin, die ganz enttäuscht war, als sie auf der Messe in Salzburg hören musste, dass zu dieser Energieform, mit der Ein- und Zweifamilienhäuser – inzwischen geht man auch ins Gewerbe und in die Industrie hinein – auch eine weitere Energie, nämlich Strom verwendet werden muss. Viele der Menschen wissen nicht, dass man zum Betrieb einer Erdwärmepumpe – das Wort nennt man nicht, weil wenn man Pumpe sagt, dann weiß man schon, da braucht man zusätzlich Energie – dass man hier Strom verwenden muss. Wenn man da genauer dahinter schaut, dann sieht man, dass diese anscheinend so saubere und erneuerbare Energie absolut nicht erneuerbar und sauber ist, weil für den Betrieb so einer Pumpe braucht man Strom. Um den Strom zu erzeugen muss man drei Einheiten Strom einmal hineinstecken, Energie hineinstecken. In Österreich auch nicht erneuerbar, gerade im

Winter nicht. Wir haben da über 60 Prozent nicht erneuerbar. In den umliegenden Ländern, in Deutschland, da ist es noch viel schlimmer, da haben wir 90 Prozent atomar, kalorisch. Und dann kommen wir mit einer Arbeitszahl von drei wieder praktisch auf das, was man vorher vernichtet hat, reingesteckt, wieder heraus. Also erneuerbar, Abhängigkeit, CO₂-neutral und so weiter, weit gefehlt. Man erzählt das den Menschen nicht, man sagt ihnen auch nicht, dass das Geld kostet, dass die Betriebskosten im Jahr etwa, wenn wir eine Zahl nehmen, wenn sie 1.000 Euro ausmachen an Stromkosten, sie bei einer Pelletsheizung auch 1.000 Euro haben, nur bei einer Pelletsheizung haben Sie ein halbes Prozent, 50 Euro an Stromkosten, bei einer Erdwärmepumpe haben Sie 1.000 Euro Stromkosten. Es ist eine reine Stromheizung. Und wenn ich hier höre, dass wir nicht wissen, wo wir in Zukunft den Strom hernehmen sollen, dass uns hier massive Probleme ins Haus stehen und dass wir letztendlich alles über unserer Begleichungen unserer Rechnungen auch noch ermöglichen, dass solche Pumpen überhaupt vordergründig wirtschaftlich sind, weil ja die Tarife für solche Heizsysteme und zusätzlich vergünstigt sind, da sind wir bei 8 bis 12 Cent per Kilowatt-Stunde. Das ist ein Nachtstromtarif, wir zahlen alle 18 Cent pro Kilowatt-Stunde, für das was wir täglich brauchen, also stützen wir das nicht (??). Dann verstehen meine Kinder nicht, wieso es so etwas gibt und die sagen „Papa, wie kann das so sein?“ Dann fragen sie auch noch „Wieso streiten die auch im Landtag?“ Dann sage ich, weil wir Menschen sind, dahinter sind natürlich Konzerne und die müssen Gewinne erwirtschaften, weil die da vorne stehen, die werden natürlich an den Gewinnen entsprechend gemessen und entsprechend dafür bekommen sie auch ihr Honorar. Das müsst ihr verstehen! Das verstehen sie dann natürlich doch nicht so genau, aber ich werde heute Abend die Möglichkeit nutzen, über das Thema weiter zu sprechen, vielleicht auch über Glaubwürdigkeit und Vertrauen und so weiter und damit auch Vorbildfunktion.

Wir haben heute gehört, wir sind in der Steiermark das Grüne Herz. Ich wünsche mir, dass wir in einem Spezialistentum und der Forschung, das wir unbedingt brauchen – das brauchen auch wir – nicht nur Spezialisten haben, dass wir nicht für die linke Herzklappe einen Spezialisten haben und für die rechte. Ich spreche jetzt aus Erfahrung. Meine Frau ist vier Wochen im Spital gewesen. Sie ist eingeliefert worden mit Tuberkulose, hatte dann sechs Ärzte mit sechs Diagnosen, vom Lungenkrebs bis zum Brustkrebs, letztendlich hat sie wahrscheinlich nichts, ist sie gesund. Dass wir eine Gesamtschau vornehmen, dass wir vernetzen, die Spezialisten einbinden und im Sinne der ganzheitlichen Medizin eine gesamtheitliche ehrliche Klimapolitik betreiben, wo die Kinder auch in Zukunft stolz sein werden und sagen: „Papa, wir nehmen unseren Teil, unsere Aufgabe wahr und werden auch gut vertreten.“ In diesem Sinne herzlichen Dank für die Einladung und ich bin ein positiver Mensch, ich freue mich auf die Zukunft. Wir werden die Herausforderungen meistern. Danke! (*Allgemeiner Beifall*)

Präsidentin Beutl: Sehr geehrter Herr Stubenschrott, ganz kurz nur zur Erklärung: Die Anwesenheit aller 56 Landtagsabgeordneten ist bei einer Enquete laut Geschäftsordnung nicht vorgesehen und das bitte ich so zu verstehen, dass wir laut Geschäftsordnung eben so einteilen, dass von jeder Fraktion

eine gewisse Anzahl von Abgeordneten, die sich auch inhaltlich mit diesen Fragen beschäftigen, anwesend sind. Ansonsten lade ich herzlich ein, zu einer normalen Plenumsitzung ins Haus zu kommen – auch die Kinder sind herzlich willkommen – und sich das Engagement der Kolleginnen und Kollegen dort anzuhören, ja die Probe aufs Exempel zu machen.

Als nächster Redner ist der Herr Ing. Gerhard Korpitsch am Wort. Er ist Geschäftsführer der Firma Solartechnik Graz und vom Bundesverband für Photovoltaik. Sein Thema ist die Photovoltaik in der Steiermark.

In Vorbereitung ist Herr Papousek und ich möchte darauf hinweisen, dass Herr Totter und Herr Kury dann noch mit einer kurzen Power-Point-Präsentation sich gemeldet haben. Als letzte Wortmeldung habe ich dann noch Herrn Dipl.-Ing. Bachhiesl. Bitte.

Ing. Gerhard Korpitsch: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren!

Ich habe es meinen Kollegen versprochen, von der Photovoltaik, dass ich heute die Gelegenheit wahrnehme und nach der Einladung, die Sie mir ausgesprochen haben, hier zu sprechen. Ich wollte eigentlich um 3.15 Uhr schon aufhören, ich habe mir gedacht, jetzt gehe ich eigentlich, weil wir haben eine Klima-Enquete gehabt über – sage ich jetzt einmal – Steiermark und das Wort Photovoltaik, eine der wichtigsten Faktoren der Weltwirtschaft, das Wort ist nicht einmal ausgesprochen worden. Also damit dieses Missverständnis jetzt nicht noch einmal aufkommt, ich spreche jetzt nicht über Solarthermie, die in unserem Land ja wirklich sehr gut verbreitet ist mittlerweile. Ich spreche über Photovoltaik, das ist Solarstrom, Strom erzeugen aus der Sonne.

In diesem Zusammenhang muss ich Ihnen ganz ehrlich mitteilen, haben wir am 4. 2. – also ganz am Anfang dieses Monats – ein drastisches Erlebnis gehabt. Wir haben nämlich ca. 1.800 – das ist mein Wissensstand, Herr Landesrat bitte korrigieren Sie mich – Anträge von Leuten, die eine Anlage errichten wollten. Es werden jährlich immer mehr. Durch das von der Landesregierung Steiermark gewählte System haben alle um 11.00 Uhr nach einem „Windhundprinzip“ vom Bundesministerium dort stehen müssen. 230 haben das „Windhundprinzip“ geschafft. D.h. es sind alle am Computer gesessen, um 11.00 Uhr gleichzeitig, haben draufgedrückt, hat mit der Uhrzeit nicht ganz funktioniert – und von diesen ca. 230 Anträgen, die eingegangen sind, sind 43 Anlagen ausgewählt worden, die durchschnittliche Anlagengröße ist Maximum d.h. mehr als 5 KW zahlt es sich nicht aus, also machen wir 5 KW daraus, das sind 200 KW-Pik und ich mir erlaubt, bei aller Freundschaft, das auszurechnen, umzurechnen. Ich bin doch mittlerweile 15 Jahre Photovoltaik-Pionier in diesem Lande. Das ist 1 Million Umsatz und diese 1 Million Umsatz bei einem Deckungsbeitrag bei uns in der Photovoltaik sind das 50.000,-- Euro. Mit 50.000,-- Euro, muss ich Ihnen ganz ehrlich sagen, können wir heutzutage uns keinen hochqualifizierten Mitarbeiter leisten in der Steiermark, sprich den ganzjährigen Beschäftigten, ein Auto geht sich schon noch aus, ein Handy nicht mehr, Computer vielleicht und ein Büro schon gar nicht. Sie wissen, das ist die Tatsache.

Ich habe Ihnen einmal wirklich sagen müssen, wissen Sie 200 KW Co-Finanzierung – muss ich Ihnen dazu sagen -, wenn man das Geld zurücklegt, ich weiß nicht ob das Land Steiermark 1mal einen Beamten angestellt hat und das Geld für 43 Jahre zurücklegt hat? Hier passiert das auf 11,34 Jahre hochrechnen und damit definitiv auch publizieren, dass Sie 500.000,-- Euro für die Photovoltaik ausgeben und das Budget rausgegeben haben. Tatsache ist, es sind 44.000,--, wenn man es mit Inflationsrate herunterrechnet kommt man auf ca. 30.000,-- Euro/Jahr. D.h. das schnellstwachsende Business, diese 42 % Wirtschaftswachstumsrate, die letzten Jahre steigend bis 47 % weltweit, wird mit 30.000,-- Euro im Land Steiermark gefördert. Ich glaube, das ist mit Wahrscheinlichkeit oder Sicherheit ausreichend.

Ich mache Ihnen von meinen Kolleginnen und Kollegen einen Vorschlag: Erhöhen Sie einfach das, was Sie uns voriges Jahr auch schon einmal gesagt haben, von 1 Megawatt. Bei uns ist das nicht so tragisch. Wir sind mittlerweile in 7 Ländern tätig, aber die Kolleginnen und Kollegen, die hier wirklich vor Ort, regional die Leute betreuen und unsere Kunden sind, haben bis zu 100 % Forderungsausfall und nach so vielen Jahren, die sie tätig sind, werden sie das heurige Jahr wahrscheinlich nicht mehr überleben. Die Zeit ist nämlich wirklich reif. Hätten Sie nämlich die 1.800 Anlagen errichten lassen – und das habe ich mir früher kurz durchgerechnet und gesagt Co-Finanzierung hin, Co-Finanzierung her, wir machen das –, dann hätten Sie nach unserer Sprache in der Photovoltaik Kraftwerke in einem Gesamtausmaß von 8 Megawatt, wenn eine Anlage so 5 KW hat. Und es waren auch die Anträge, die bei uns ungefähr im Unternehmen eingegangen sind, hätten es 9 Megawatt Kraftwerk 9 Millionen oder 9 Gigawattstunden/Jahr sauberen, umweltfreundlichen Strom. Dann sind wir ungefähr bei 0,5 Tonnen CO₂-Reduktion und wenn ich das noch umrechne, hätten wir das CO₂-Zertifikat für den Bundeskanzler, der ohnehin so gerne CO₂ -Zertifikate kauft, teuer verkaufen können.

In der Wirtschaftssprache hätten Sie Ihr Wirtschaftswachstum von 45 Millionen Euro geschaffen pro Jahr – jetzt nicht pro Monat aber pro Jahr doch, nicht. In der Arbeitsmarktsprache wären das, wenn man das realisiert und realistisch umrechnet, 200 Arbeitsplätze im Jahr. Wenn ich es volkswirtschaftlich umrechne, und der Ansatz sei mir erlaubt hier – 5 bis 7 Mitarbeiter binden wir, Planer, Elektriker, Dachdecker, Spediteure, wir müssen das sogar transportieren – müssen wir davon ausgehen, dass wir 1.300 bis 1.600 Arbeitsplätze weiterhin geschaffen hätten. Und wenn ich Ihnen abschließen noch sagen darf: Sie hätten – in Politikersprache gesprochen – 4.000 Wählerstimmen beim nächsten Mal mehr gehabt. Weil das sind ungefähr die Leute, die im Moment verdrossen sind. Und dann könnten wir wirklich sagen, dann wären 100 % Wertschöpfung im eigenen Land mit sauberer Energie gewesen.

Ich habe Ihnen gesagt, 42 % Wirtschaftswachstum – das größte Business der Erde. Und glauben Sie mir, wenn Österreich eine Insel wäre, dann hätten wir Recht, wenn wir Photovoltaik ausschließen würden, dann würden wir CO₂-Zertifikate kaufen, das wäre leichter. Aber unsere Nachbarländer – nicht nur der Steiermark – Slowenien, Deutschland, Tschechien, Italien, die Schweiz, die haben hervorragende Einspeisegesetze nach dem Vorbild der erneuerbaren Energie und dort funktioniert das.

Dort funktioniert es tadellos und Sie wissen, wir können die Zahlen belegen. Die Zahlen sind da. Ich muss Ihnen weiterhin sagen, schön wäre es, wenn sie uns unterstützen. Geben sie die Photovoltaik einfach frei. Sie können diese nicht länger restriktieren. Wie können Sie freie Energie für freie Menschen einer Restriktion unterlegen? Sie können es stoppen, verhindern, ein bisschen aufhalten, ein bisschen länger hinauszögern – egal. Wir stehen bereit mit den Energieversorgern, ebenfalls wie unsere Kollegen im Ausland. Wir machen das im Ausland erfolgreich. Wir laden Sie ein, wir haben das Know-How. Das Know-How ist schon öfter angesprochen worden in der Steiermark, es ist perfekt. (*Glockenzeichen der Präsidentin*) Und dass wir vielleicht eine gemeinsame Lösung finden, und dass Sie mit Ihren Kollegen im Bund es endlich schaffen, ein erneuerbares Energiegesetz in Österreich zu schaffen. Ich danke Ihnen vielmals.

(*Allgemeiner Beifall*)

Präsidentin Beutl: Herr Ing. Korpitsch hat den Herrn Landesrat Ing. Wegscheider zu einer kurzen Replik herausgefordert. Bitte.

Landesrat Ing. Wegscheider: Es ist mir schon bewusst, Herr Ing. Korpitsch, dass ich heute für alles hier angesprochen werde, weil ich der Einzige bin, der heute da sitzt. Aber es müsste noch ein Minister hier sitzen, an den wir jetzt seit 2 Jahren die Forderungen weitergeben und ich bitte, dies jetzt wirklich so zu verstehen, wie ich es sage. Das geht jetzt nicht mehr parteipolitisch. Wenn dieses Ökostromgesetz nicht geändert wird – und ich habe es in der Zeitung auch so gesagt, der Markt ist eigentlich schon tot, leider aufgrund dieses Ökostromgesetzes, wenn es nicht geändert wird – kommen wir europaweit in die Situation, hätte ich gesagt, dass wir eine Nummer 25 sind. Weil an Nummer 21 stehen wir ohnehin schon. Und ich sehe das genau so wie Sie. Nur mit den derzeitigen Möglichkeiten und Mitteln, die wir haben, können wir nicht anders handeln. Sonst würden wir eigentlich fahrlässig sein. Denn wenn wir diese Forderung, die seit 1 ½, 2 Jahren beim Herrn Minister liegt, jetzt aufbrechen und aufweichen seitens des Landes Steiermark und im Sommer oder im Herbst eine Gesetzesänderung kommt, wo keine Co-Finanzierung mehr verlangt wird seitens der Länder, dann sind letztlich die Steuerzahler des Landes Steiermark die Dummen, weil dann haben wir ja genau dafür – wo wir eigentlich dagegen sind, dass es das gibt, dann ist es aufgelöst worden – Geld in Förderungen investiert. Diese unmenschliche Art – ich halte es genau so wie Sie, es ist unmöglich auf Knopfdruck, und dann stehen alle dort, dann haben wir innerhalb von 13 Sekunden alle 500.000 Euro an Förderungen vergeben, es sind 200 kW, wie Sie sagen. (*Unverständlicher Zwischenruf*) 1 Megawatt wäre schon das, was wir alle wollten. Wir wollen es auch. Aber wir sind mit dieser Forderung permanent beim Minister. Wir haben deshalb diese Allianz zwischen grünem, schwarzem und rotem Landesrat in diesen 3 Bundesländern gegründet. Wir werden es auch weiter vertreten. Es ist für mich eigentlich entsetzlich – und ich war der Erste, der heute Photovoltaik angesprochen hat, möchte ich nur sagen, oder der Zweite. (*LTAbsg. Lechner-Sonnek: „Der Zweite.“*) Es ist entsetzlich,

dass Photovoltaik nicht mehr Eingang insgesamt in Österreich findet. Da gebe ich Ihnen Recht.
(Allgemeiner Beifall)

Präsidentin Beutl: Als Nächstem zu Wort darf ich den Herrn Boris Papousek bitten. Er ist Geschäftsführer der Grazer Energieagentur, spricht zu Energieeffizienz und Umsetzungsvorschläge. In Vorbereitung der Herr Ökonomierat Karl Totter bitte.

Dipl.-Ing. Boris Papousek: Sehr geehrte Damen und Herren!

Jetzt kommt ein bisschen Bewegung in die Diskussion. Es gibt ja oft die Konkurrenz zwischen verschiedenen erneuerbaren Energieträgern, was jetzt die bedeutenderen sind auf dem Weg Richtung Klimaschutz und einer Energieautonomie oder erneuerbaren Energieversorgung. Aber ich glaube, dass es schon heute Vormittag auch sehr deutlich geworden ist, dass eine auf erneuerbaren Energieträgern basierende nachhaltige Energieversorgung eigentlich nur langfristig möglich ist, wenn wir sie zuvor mit drastischen Effizienzsteigerungen verbinden. Weil nur dann – erneuerbare Energieträger sind auch begrenzt von den Ressourcen her, von den Flächen her - und sie werden nur dann in der Lage sein, einen bedeutenden Beitrag, einen bedeutenden Anteil zu liefern, wenn wir zuvor den Bedarf, das Niveau unseres Energieeinsatzes drastisch reduzieren. Das heißt also, Energieeffizienz, Reduktion des Bedarfs first und dann die entsprechende Abdeckung durch Erneuerbare. Jede Kilowattstunde, die nicht gebraucht wird, braucht auch nicht erzeugt werden, d.h. hier haben wir auch 100 % Umweltentlastung und was vielleicht auch eine nützliche Anmerkung ist: Man reduziert damit sowohl das CO₂, das damit verbunden ist, als auch Feinstaub und die klassischen Schadstoffe, d.h. das ist dieser Bereich, wo es auch eine hohe Synergie zwischen Klimaschutz auf der einen Seite und der Luftreinhaltung auf der anderen Seite gibt. Energieeffizienz ist vielfach auch der kostengünstigste Weg, diese Ziele der CO₂-Reduktion zu erreichen. Es kostet oft nicht etwas, sondern es bringt oft auch einen Gewinn. Wir haben das bei Gebäuden schon teilweise heute gehört. Um ein Beispiel zu nennen aus der Stadt Graz für den Bereich der Straßenbeleuchtung: In einer ersten Phase wurden auf den Hauptverkehrsstraßen neue effiziente Leuchten installiert mit einer Energieeinsparung von 58 %, absolut 65.000 Euro Einsparungen pro Jahr, wobei nach Abzahlung der Investitionen 30.000 Euro bei der Stadt an finanziellem Vorteil bleiben, d.h. es rechnet sich. In einer zweiten Phase wurde das auf das Stadtgebiet ausgeweitet, 20 % Energieeinsparung, aber immer noch ein Nettoertrag für die Stadt in der Höhe von 50.000 Euro.

Nun, ich denke, wie wir heute gehört haben, die Grundlagen sind vorhanden, die Technologien sind eigentlich auch vorhanden, es gibt sogar gemeinsame Ziele hier im Haus. Woran es jetzt wirklich fehlt ist, dass wir an Umsetzungsinstrumenten arbeiten und daran feilen, wie wir das am effizientesten weiterbringen. Dazu ein paar Anmerkungen:

1. Punkt: es gibt die Energieeffizienzrichtlinie seitens der EU, Ziel 9 % Einsparung bis 2016. Es gibt die neuen EU-Ziele vom Jänner: minus 20 % bis zum Jahr 2020. Ich denke, Österreich hat einen ersten Aktionsplan vorgelegt, der Bund, ich denke, auch die Steiermark könnte und sollte einen

entsprechenden Energieeffizienzaktionsplan erarbeiten, vorlegen, der mindestens diese Ziele zur Grundlage hat und vielleicht kann man sogar etwas engagierter sein.

2. Klimaschutz, haben wir schon gehört, ist eine Querschnittsmaterie. Es sind fast alle Ressorts davon betroffen. Es sind viele Gesetzesmaterien betroffen, wo man etwas tun kann von der Raumordnung über die Wohnbauförderung, über andere Förderungen, Verkehrspolitik etc. Daher – wie auch heute gesagt worden ist – ist das sicher sehr schwer machbar, das in einem Klimaschutzgesetz irgendwie zu bündeln. Aber was es sicher benötigt, ist hier eine abgestimmte Vorgangsweise, eine koordinierte Vorgangsweise, wo die einzelnen Ziele konkretisiert werden und ausstrahlen in die verschiedenen Ressorts. Das heißt, ein Umsetzungsprogramm, der ja im Landesenergieplan gut festgelegten Ziele wäre notwendig, mit den Bedingungen, dass man hier auch möglichst einen gemeinsamen Regierungsschwerpunkt definiert dafür, dass man einen Prozess initiiert unter Einbindung der relevanten Akteure im Land, wo man das konkretisiert in einem gemeinsamen Prozess, dass man – wie auch schon dargestellt – Ziele definiert mit Zwischenzielen und Zwischenetappen, die möglichst Legislaturperiodenlänge vielleicht haben sollten. Und – last but not least – wird es sich am Budget zeigen, wie ernst es natürlich auch dem Land, dem Landtag ist, dem eine entsprechende Priorität zu geben, dass hier dann entsprechende Geldmitteln hier zur Verfügung gestellt werden.
3. Punkt, auch schon ganz kurz dargestellt, der öffentliche Sektor muss, so denke ich, Vorbild sein, um letztlich auch von der Bevölkerung, von den Betrieben her etwas verlangen zu können. In der Landesimmobiliengesellschaft gibt es einige sehr positive Ansätze. Ich denke, es gibt das Beispiel eines Projektes an der TU Graz, wo mit sehr einfachen Maßnahmen in dokumentierter Art und Weise 20 % Energieeinsparung durchgeführt werden konnten. Ich bin mir sicher, dass wir dieses Potential auch in anderen (*Glockenzeichen der Präsidentin*) öffentlichen Gebäuden finden. Insbesondere denke ich, dass hier gerade im Bereich der Krankenhäuser, im Bereich der KAGes ein sehr großes Potential schlummert. Ohne da genau hinzusehen würde ich behaupten, dass hier auch dieses Potential vorhanden ist und ein Energieeffizienzplan – Krankenhäuser wäre eine ganz konkrete Anregung hier.

Noch zwei - im Telegrammstil – Stichwörter: Die Unterstützung von Gemeinden, Gemeindeprojekten ist glaube ich auch etwas sehr Wichtiges, die Koppelung der Bedarfszuweisung an den Klimaschutzkriterien ist etwas Unerlässliches, um etwas zu bewegen. Beim Bereich Wohnen und Verkehr hat– wie wir heute schon gesehen haben – der Verkehr eine so dominante Rolle auf die gesamten CO₂-Emissionen, dass man den Mut haben sollte zu sagen: Einfamilienhäuser auf der grünen Wiese werden im Rahmen der Wohnbauförderung nicht mehr gefördert. Sie müssen ja nicht verboten, aber nicht mehr gefördert werden. Und ich glaube last but not least, dass wir in vielen Bereichen ein Informationsproblem haben, sodass hier auch entsprechende verstärkte Bewusstseinsbildungsmaßnahmen und Kampagnen für Energieeffizienz notwendig sind. Dankeschön.
(Beifall)

Präsidentin Beutl: Ich danke für die Wortmeldung und darf nun den Herr Ökonomierat Karl Totter von der SEK Mureck, Österreichischer Biomasseverband, ans Rednerpult bitten und er wird eine hoffentlich, von der Zeit her vorgesehene 5 Minuten – sehr gut, ja – Powerpointpräsentation am Beispiel Mureck, dezentrale Erzeugung und Verwendung bringen. Bitte.

Ök.-Rat Karl Totter: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

Danke für die Einladung zum heutigen Klimaschutzevent. Ich möchte hier vielleicht als vorletzter Redner Mut machen, hier in diesem Haus Mut machen an dem Beispiel Mureck, wie man es umsetzen sollte und müsste und muss, ohne Wenn und Aber. Effiziente Klimaschutzsicherheit und –beschäftigung kann nur dezentral sein, dezentrale Erzeugung, dezentrale Verwendung. Wir müssen endlich einmal draufkommen, dass wir die Arbeit zum Menschen bringen müssen, so wie es Erwin Stubenschrott immer sagt und nicht umgekehrt. Das ist das Wesentliche, mit dem man nach Hause gehen sollte heute: Dezentrale Erzeugung, dezentrale Verwendung. Wir haben Gott sei Dank schon früh begonnen in der Steiermark. Wenn Sie da schauen, 1987 haben wir den ersten Liter Biodiesel in den Traktortank gefüllt - aus Raps, sehr viel aus Altspeiseöl. Wenn man bedenkt, die Grazer Verkehrsbetriebe benötigen wöchentlich 2 bis 3 Tankzüge, der Tankzug ist um 2.000 bis 3.000 Euro billiger wie fossile Energie und zusätzlich pro Woche bitte 200.000 Tonnen weniger CO₂ hier in Graz, wöchentlich bitte dadurch. Also es ist Einiges geschehen. Auch im Nahwärmebereich ist viel passiert, Gott sei Dank, hier nur ein Beispiel: Beispiel Mureck, wenn man das auch ökonomisch betrachtet, kommt das, energieäquivalent auf 1.000 Liter Heizöl berechnet, mit Holz heizen mindestens um 250 Euro billiger. Das heißt, der Konsument spürt das in seiner Brieftasche. Die sind sehr froh, für Mureck sind das ungefähr gute 300.000 Euro pro Jahr. Die gesamte Wertschöpfung, was das kostet, bleibt in der Region, das ist das Wesentliche dabei. Auch in Mureck: Biogasanlage, Ökostromerzeugung, ein wichtiges Segment, leider ein bisschen eine Krise jetzt – ich komme zu dieser noch. Mureck kann damit nicht direkt sondern indirekt den gesamten Strombedarf decken, was hier erzeugt wird. Wo kommen die Rohstoffe her und das ist das Wesentliche? Aus der Region: 6 km im Umkreis der engere Kreis für Biogaserzeugung, der rote Kreis für Holz maximal 50 km aus unseren Wäldern und aus der Holzindustrie, der grüne Kreis, Raps, da sind wir schon bei 100 km Radius und der gelbe Kreis für Öl, Altspeiseölsammlung, das sind sehr wohl 200, 250 km. Wir sind nicht nur in Österreich, sondern auch in Ungarn, in unseren Nachbarländern, Slowenien, Kroatien usw. Wir leben ja mitten in Europa, Gott sei Dank, früher waren wir „im Eck“. Und noch eines dazu: Es sind diesbezüglich an die 1.000 Zulieferer von Rohstoffen und direkt 20 Leute beschäftigen zusätzlich noch indirekt an die 30 Leute, 50 Leute Dauerarbeitsplätze, die sich damit beschäftigen können. Und noch eines: Energie im Wert von 11 Millionen Euro ohne Mehrwertsteuer pro Jahr - 15 Millionen Liter Erdöl brauchen nicht gekauft werden, die gesamte Wertschöpfung ist in der Region. Was ganz wichtig ist, vor allem für den heutigen Tag: 45.000 Tonnen CO₂-Einsparung pro Jahr.

Meine Damen und Herren, wenn wir tagtäglich hören in den Medien, was das für ein schlimmes Problem ist, wenn man Biokraftstoffe macht und alle die Dinge, mit der Energiebilanz und dem CO₂,

bitte, wir distanzieren uns von diesen Aussagen. Wir sind hier bitte nicht dabei aufgrund der Regionalität, dezentrale Erzeugung und Verwendung, da möchte ich ganz besonders darauf hinweisen. Bewusstseinsbildung. Wir brauchen gewaltige Bewusstseinsbildung auch in diesem Haus bitte. Wenn man bedenkt, dass sich noch viele erlauben können, pro Jahr in etwa 1.200 Euro auszugeben und das Geld mit fossiler Energie, ist es Öl oder Gas, geht in andere Kontinente, ist ein Kaufkraftabfluss für jede Gemeinde, bei einer 1.000 Einwohner-Gemeinde 1,2 Millionen Euro.

Hohes Haus, bitte ich wünsche mir Rahmenbedingungen. Energieeffizienz, erneuerbare Energien müssen gekoppelt sein an die Bedarfszuweisungen. Es kann nicht sein, dass es draußen noch Bürgermeister gibt, für die erneuerbare Energie ein Fremdwort ist, vielleicht selbst einen Wald haben und eine Landwirtschaft haben und noch mit Öl heizen. Das kann es bitte nicht geben. Wir müssen hier in diesem Haus beginnen. Ich wünsche mir, dass das raschest umgesetzt wird.

Dann ist noch eines bezüglich der Bewusstseinsbildung. Ich glaube, dass man in der steirischen Bauordnung (?) diese Bewusstseinsbildung noch beschleunigen kann. Das kann man hier in diesem Haus beschließen, nicht nur reden davon, sondern umsetzen. Wir haben viele gute Beispiele in der Steiermark. Viele gute Beispiele! Dass das gelungen ist, sage ich einmal der Politik danke. Es waren Vorausdenker in der Politik, in den Interessensvertretungen, Kopetz, Jilek und so weiter, die mitgeholfen haben, dass wir solche Beispiele haben. Wir haben gute Beispiele. Das Sprichwort sagt, nicht immer in die Ferne schweifen, denn das Gute liegt so nah.

Ich lade wirklich alle Parlamentarier ein, bitte macht Info, fährt hinaus, damit das Bewusstsein hier im eigenen Haus stärken kann, dann kann man es auch umsetzen.

Wir haben Zukunftspläne mit unseren Nachbarn, das steirische Mur-Drau-Bioenergieprojekt, was wir umsetzen wollen. Das Ziel: 100 Prozent eigene Energie, das heißt, Lebensmittel, Futtermittel und Energie und da werden wir die Photovoltaik dringend brauchen dazu. Wir haben gar kein Problem bitte schön, wir sind Optimisten, wir schaffen das. Bitte um die Unterstützung diesbezüglich.

Ökostrom-Gesetz angesprochen. Herr Landesrat, wir sind da an letzter Stelle ganz unten. Das Rote ist Österreich bitte, dann sind die Ungarn. Die Ungarn sind ein bisschen hinter uns. Da ist gewaltiger Nachholbedarf. Wenn da nichts passiert bitteschön können wir reden und reden, da sage ich auch danke für den Vorstoß von den Landesräten her, dass es gelungen ist und bitte so weitermachen, dass man hier von der Länderebene wirklich zu vernünftigen Lösungen kommen. Scheinbar passiert auf Bundesebene momentan zu wenig.

Unsere Politik ist gefordert, meine Damen und Herren, eine zukunftsfähige und nachhaltige Energieversorgung sicherzustellen, wie soll das gehen? (*Klingelzeichen*)

Ich bin schon fertig, es ist das Vorletzte. Die Sonnenenergie nützen, Wind nützen. Biomasse nützen, Wasser nützen, effizient machen das Ganze und sparen, das ist heute deutlich angesprochen worden.

Die letzte Folie. Die Laterne steht in Mureck. Eine Bioenergielaterne, vier Wörter sind darauf: Natur, Energie, Region, Friede. Im Advent brennt sie immer dort, soll die Menschen anregen zum Nachdenken, der regionale Kreislauf.

Ich möchte mit dieser Folie auch sagen, wir brauchen auch eine Friedenspolitik. Einen Frieden in der Politik bitte. Wir brauchen mehr Effizienz, effektiver arbeiten, dann kommen wir weiter, sonst kommen wir nicht weiter. Danke vielmals! (*Allgemeiner Beifall*).

Präsidentin Beutl: Ich danke dem Herrn Ökonomierat und darf als Nächstem dem Herrn Mag. Georg Kury das Wort erteilen. Auch er wird, wenn ich richtig informiert bin, eine kurze Power-Point-Präsentation liefern und zwar zum Thema Wind-Energie. Ich bitte auch hier um zeitliche Genauigkeit.

Mag. Georg Kury: Nachdem ich der letzte Redner bin, halte ich mich natürlich besonders kurz. (*Präsidentin Beutl: Vorletzter Redner! Es ist nach Ihnen noch jemand.*) Ich werde mich trotzdem besonders kurz halten. Nachdem ich vom Beruf her Meteorologe bin bzw. in der Abteilung für Klimatologie an der Zentralstelle (?) gearbeitet habe, möchte ich ein paar Worte sagen zum dem, was wir eigentlich hier schützen wollen, nämlich das Klima. Ich habe ein Windenergie-Projekt in der Oststeiermark am Masenberg in 1.200 Meter Seehöhe und es hat mich interessiert, wie sehr die Windkraftanlagen, die ich dort bauen möchte, vom Vereisen betroffen sein werden. Es gibt dort eine Station der Landesregierung direkt daneben und ich habe mir da die Temperaturdaten angesehen. Die Station gibt es seit 1990 und habe dann festgestellt interessanterweise, zwischen 1990 und 2007 ist die Temperatur am Masenberg um 1,7 Grad gestiegen. Das klingt jetzt nicht viel, das sind 0,1 Grad pro Jahr, ist aber wesentlich höher, was bisher in den Studien herausgekommen ist. Wenn man das fortsetzt haben wir 2050 eine Temperatur, die 6 Grad über dem liegt, was 1990 war. Um das zu veranschaulichen, die Temperatur am Masenberg in 1.200 Metern Seehöhe wäre dann gleich, wie die Temperatur in Neusiedl am See auf 200 Metern Seehöhe 1990. Man kann sich vorstellen, was das für Auswirkungen auf den Fichtenwald hat.

Und jetzt zum Thema Windenergie. Warum habe ich mich entschieden, mit Windenergie zu arbeiten und nicht mit Solarenergie. Die Windenergie ist sehr schnell realisierbar. Ein Projekt ist innerhalb von fünf Monaten gebaut, wenn alle Bewilligungen da sind. Die Planungszeiten sind wesentlich länger, so zwischen drei und vier Jahren. Die Windenergie ist nahezu schadstofffrei. In etwa das Vierzigfache von dem, was für die Herstellung und die Wartung der Windkraftanlagen benötigt wird, wird von den Windkraftanlagen im Betrieb erzeugt. Das ist natürlich sehr wichtig für das Klimaschutzziel. Sie ist nach der Wasserkraft die günstigste Energieform. Wir haben heute schon eine Folie gesehen, der Einspeisetarif für Windkraft lag bisher bei 7,8 Cent, inzwischen ist er durch das neue Ökostrom-Gesetz auf 7,5 Cent gefallen, gleichzeitig wurde die Tariflaufzeit verringert. Das heißt, derzeit sind Windkraftanlagen in Österreich nicht wirtschaftlich realisierbar.

Was glaube ich auch im Einverständnis mit dem Biomasseverband ist, dass die Biomasse vom Treibstoffmarkt und vom Wärmemarkt sehr stark beansprucht wird und Windenergie eine Energiequelle ist, die nur im Strombereich Anwendung findet. Daher ist es sinnvoll, wenn man hier eine Arbeitsteilung macht, dass die Windenergie mehr im Strombereich tätig ist und die Biomasse

mehr im Wärme- und im Treibstoffbereich tätig ist. Für die, die sagen, in fünfzig Jahren haben wir die ideale schadstofffreie Energiequelle: Windenergie ist schnell und vollständig demontierbar.

Wie schaut es derzeit in der Steiermark aus? Wir haben 33 Windkraftanlagen an sieben Standorten mit 50 Megawatt Leistung. Aktuell erzeugen diese Anlagen 110 Millionen Kilowatt-Stunden, das ist Strom für 31.000 Haushalte. Und die zwei größten Projekte machen zwei Drittel dieser Stromerzeugung aus. Das heißt, durch die Konzentration auf weniger Standorte mit zehn Anlagen bzw. dreizehn Anlagen, kann ein Großteil des Stroms erzeugt werden.

Ganz kurz, damit man weiß, wie schaut so etwas aus, wie viel Strom liefert so ein Windpark. Windpark Oberzeiring liefert 42 Millionen Kilowatt-Stunden und der zweitgrößte Windpark liefert 32 Millionen Kilowatt-Stunden. Das heißt, wir haben da in Summe schon 80 Millionen Kilowatt-Stunden. Das sehen wir als realistisches Potential. 15 bis 25 Standorte mit 300 Megawatt-Leistung. Was bedeutet das? Etwa 600 Millionen Kilowatt-Stunden. 7 Prozent des steirischen Stromverbrauchs, Strom für 170.000 Haushalte, 180 Millionen Euro österreichische Wertschöpfung und 1.000 Arbeitsplätze.

Warum passiert das nicht oder warum nutzt man diese Chance nicht? Es hat im Jahre 2006 die Novelle des Ökostrom-Gesetzes gegeben. (*Glockenzeichen der Präsidentin*) Das war ein großes Problem. Es hat keine Bevorzugung geeigneter Standorte im Raumordnungsverfahren gegeben. Es waren sehr langwierige Verfahren. Mit der Jägerschaft hat es das eine oder andere Problem gegeben, auch im Naturschutzbund.

Ganz zum Schluss – ich möchte jetzt die Details nicht erwähnen – aber was ich mir wünsche ist, kein Geld für die Windenergie, aber ein klares Bekenntnis der Landespolitik zum Nutzen der Windenergie, so wie es in Niederösterreich und Burgenland geschehen ist. Wir brauchen eher die moralische Unterstützung als die finanzielle Unterstützung. Danke. (*Allgemeiner Beifall*).

Präsidentin Beutl: Danke vielmals. Ich darf als Letztem Herrn Dr. Udo Bachhiesl das Wort erteilen. Er kommt von der TU-Graz. Sein Thema ist die Energieinnovation. Bitte.

Dr. Udo Bachhiesl: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Landesrat Ing. Wegscheider, sehr geehrtes Auditorium!

Ich hatte eigentlich gar keine Rede vorbereitet, nur im Zuge der Diskussionen sind ein paar Aspekte aufgefallen. Ich möchte mich nur ganz kurz halten und etwas Positives zum Thema Forschung in der Steiermark berichten: U.z. hatten wir vom 13. bis 15. Februar ein Symposium Energieinnovation hier in Graz und es war das größte Symposium auf universitärem Raum im Energiebereich. Das ist eigentlich schon herauszustreichen. Es waren insgesamt 630 Teilnehmer dabei und wir hatten über 200 Vortragende, vor 2 Wochen hier in Graz. Behandelt wurden das Energiesystem, Aufbringung, Übertragung, Energieeffizienz bis hin zu Gebäude- und Verkehrsthemen und man muss es unterstreichen, es war eine Demonstration auch der Forschungslandschaft in der Steiermark. Warum? Weil aus der Steiermark Präsentationen vorgestellt wurden von FH-Joanneum, von der Montan-

Universität Leoben, von der Karl-Franzens-Universität, Wegener-Center, Joanneum-Research hier in der Steiermark, wo insgesamt 14 Institute vertreten waren und sich präsentiert haben. Das Thema war Energieinnovation und auch das Stichwort Querschnittsmaterie ist schon gefallen. Wir müssen uns bei aller Diskussion bewusst sein, wir haben verschiedene Akteure, die alle bei einer Energieinnovation mitwirken müssen und das ist die Wirtschaft, die Wissenschaft, die Politik, die Verwaltung und die Bevölkerung. Wenn einer dieser Faktoren fehlt, wird es nicht funktionieren.

In so ferne möchte ich mich an dieser Stelle noch einmal bedanken für die Unterstützung seitens der Politik und Verwaltung allem voran, Landeshauptmann Mag. Voves und Landesrat Ing. Wegscheider, die dieses Symposium auch unterstützt haben, bei der Stadt Graz und auch dem Energiebeauftragten Herrn Dipl.-Ing. Jilek und möchte kurz noch damit schließen: Wir sollten alle unsere Energien bündeln und gemeinsam positiv in die Zukunft schauen und die Zukunft somit gestalten. Dankeschön.
(Allgemeiner Beifall)

Präsidentin Beutl: Ich danke für diese sehr positive, optimistische Schlusswortmeldung. Bedanke mich auch sehr, sehr herzlich bei allen, die tatsächlich bis zum Ende der Enquete ausgeharrt haben. Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor und ich darf daher ganz offiziell diese Diskussion und die Enquete schließen.

Ich weise darauf hin, dass eine Publikation dieser Veranstaltung im Internet sowie in der Schriftenreihe des Landtages Steiermark erfolgen wird.

Nochmals herzlichen Dank für Ihre rege Teilnahme und auch für die äußerst interessanten Beiträge, die auch – so wie wir hoffen – zu Ergebnissen führen werden, zu ganz konkreten Ergebnissen hier im Landtag und darf nun die Enquete für beendet erklären und Ihnen allen eine gute, unfallfreie Heimfahrt wünschen. Danke vielmals. *(Allgemeiner Beifall)*

Ende der Enquete: 16.47 Uhr